

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post-Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

21. September 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die Stossrichtung der vorgeschlagenen Gesetzesrevision wird begrüsst. Ergänzend erlauben wir uns, noch auf folgende Punkte hinzuweisen:

Ausstellung einer Betreibungsauskunft (Art. 8a Abs. 3^{bis} VE SchKG)

Die vorgesehene Gesetzesänderung einer schweizweiten Einheitsregelung zum ergänzten Inhalt eines Betreibungsregisterauszugs wird begrüsst. Die vorgeschlagene Regelung entspricht bereits heute dem Standard im Kanton Aargau. Allerdings wäre die Einführung eines schweizweiten Registers zu prüfen, um der gesteigerten Mobilität der Bevölkerung Rechnung zu tragen und die Aussagekraft des Betreibungsregisterauszugs zu erhöhen.

Der Betreibungsregisterauszug ist momentan nicht fälschungssicher, weshalb eine Anpassung der Formatvorlage (zum Beispiel analog dem Strafregisterauszug) zu prüfen wäre.

Elektronische Zustellungen (Art. 34 Abs. 2 VE SchKG)

Die Digitalisierungsschritte werden begrüsst. Allerdings ist bei dieser Geschäftsabwicklung ein besonderes Augenmerk auf die Daten- und Fälschungssicherheit zu legen.

Versteigerungen über private Online-Plattformen (Art. 129a VE SchKG)

Die Verwertung gepfändeter Gegenstände über private Online-Plattformen entspricht – unter anderem wegen ihrer Effizienz – einem Bedürfnis der Betreibungsämter, weshalb die Schaffung einer Gesetzesgrundlage erwünscht ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- zz@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
zz@bj.admin.ch

Appenzell, 5. Oktober 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) im Bereich Betreuungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Stossrichtung der Vorlage einverstanden. Sie wünscht aber, dass in der weiteren Bearbeitung des Geschäfts folgende Anliegen berücksichtigt werden:

1. Allgemeines

Die Änderungen werden begrüsst, weil diese teilweise bereits während des Notrechts der Pandemie funktioniert haben und die Revision somit eine Realität, welche bereits teilweise praktiziert wird, in ordentliches Recht überführt.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 8a Randtitel und Abs. 3^{bis}

Die Auskunft wird bereits von beiden Betreibungsämtern im Kanton Appenzell I.Rh. so erteilt, dass die Erfassung im Einwohnerregister daraus hervorgeht. Sofern es sich um eine Betreuung am Aufenthaltsort oder um einen speziellen Betreuungsort handelt, wird dies ebenfalls vermerkt, unter Angabe der dem Amt bekannten Meldeadresse. Dies ebenso ins Gesetz aufzunehmen, macht Sinn. Zusätzlich regen wir an, die gesetzliche Regelung um die Angaben zu ergänzen, ob dem Amt gemeldete Massnahmen nach dem Erwachsenenschutzrecht bekannt sind sowie ob die Schuldnerin oder der Schuldner der Konkursbetreibung unterliegt (unter Hinweis auf die eingetragene Unternehmung, z.B. Inhaber der Einzelunternehmung XY mit Sitz in Z.). So weiss die Gläubigerin oder der Gläubiger bereits, ob die Betreuung auf Pfändung oder Konkurs weitergeführt würde. Vor allem bei Privatpersonen ist dies der Gläubigerin oder dem Gläubiger nicht bekannt und allenfalls bedeutsam. Zur Frage des damit einhergehenden Aufwands kann darauf verwiesen werden, dass das Betreibungsamt bereits jetzt verpflichtet ist, diese Handelsregisterdaten nachzuführen.

Art. 12 Abs. 3

Diese Regelung fällt aus der Zeit. Heute werden einerseits Massnahmen in diversen Gesetzen zur Eindämmung der Konkursreiterei und zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Geldwäscherei und zur Durchsetzung internationaler Sanktionen umgesetzt, aber genau die Möglichkeit der Geldwäscherei mittels Barzahlung beim Betreibungsamt wird nicht eingedämmt, vielleicht auch, weil sie nicht so bekannt ist. Beispiel: Person A hat Fr. 500 000.– deliktischer Herkunft. Er spricht sich mit seinem Kollegen B ab, und sie beschliessen, dass B ihn aus einer nicht existierenden Forderung betreibt. A kommt anschliessend auf das Betreibungsamt und macht fünf Teilzahlungen in bar Fr. 100 000.–. Das Betreibungsamt überweist das Geld auf das Konto von B, worauf dieser die Betreibung zurückzieht und gegen eine Provision das Geld wieder an A retourniert. Es kann nicht sein, dass eine staatliche Behörde eine Lücke im Abwehrdispositiv gegen Geldwäscherei bildet. Hier müssen die Sorgfaltspflichten des Geldwäschereigesetzes (GwG) analog zur Anwendung kommen, insbesondere, aber nicht ausschliesslich die Barbetragsgrenze von Fr. 15 000.–. Nur so kann der bereits öffentlich geäusserten Kritik entgegnet werden (vgl. die Presseberichte vom 22. Juni 2022 in Blick, 20 Minuten etc., aber auch die Pressemitteilung gleichen Datums von Transparency International).

Da die Thematik der Barzahlungen in einem neuen Artikel im allgemeinen Teil geregelt wird, kann Art. 129 Abs. 2 bis auf den zweiten Satz ersatzlos gestrichen werden. Dasselbe gilt für Art. 136 Abs. 2.

Bei Versteigerungen sind heute in der Praxis unwiderrufliche Zahlungsversprechen üblich und werden von den Ämtern auch akzeptiert. Es ist deshalb nicht mehr notwendig, grosse Anzahlungen für Liegenschaftsganten in bar zu machen. Auch für die Abwendung einer Zwangsversteigerung einer Liegenschaft einer Schuldnerin oder eines Schuldners in «letzter Sekunde» gibt es heute die Möglichkeit von Expressaufträgen bei Banken, welche innert weniger Minuten eine Gutschrift auf ein anderes Konto ermöglichen.

Art. 34 Abs. 2, erster Satz

Diese Anpassung an die Realität ist per se sowie als Beitrag zur Digitalisierung sehr begrüssenswert. Im Sinne der Datensicherheit muss diese Kommunikation aber zwingend via eSchKG (der Applikation des elektronischen Verkehrs mit Betreibungs- und Konkursämtern) erfolgen, welche seit über 10 Jahren vom Bundesamt für Justiz betrieben wird. Es ist zwingend notwendig, dass nicht noch ein neuer Kommunikationskanal dazukommt, welcher zusätzlich gepflegt werden muss, sondern bestehende Kanäle genutzt werden. Es sollte präzisiert werden, welche Regeln für qualifiziert zuzustellende Betreibungsurkunden gelten.

Art. 67 Abs. 4

Diese Änderung macht Sinn, weil es sonst vorkommen kann, dass Begehren eingereicht werden, welche auf den amtlichen Formularen gar nicht wiedergegeben werden können. Zudem sollen sich Gläubigerinnen und Gläubiger auf das Wesentliche beschränken.

Art. 129a

Auf diese Änderung warten die Betreibungs- und Konkursämter seit bald 20 Jahren. Auch im Sinne der Effizienz sowie der Anpassung des Rechts an die heutige Realität ist diese Änderung absolut notwendig. Da es sich um eine Online-Versteigerung handelt, sollte keine Barzahlung möglich sein (betrifft Abs. 4 und dort den Verweis auf Art. 129 Abs. 2).

Art. 275

Es macht Sinn, dass auch der rechtshilfemässige Arrestvollzug möglich wird und ein Lead-Amt bestimmt werden kann.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Volkswirtschaftsdepartement Appenzel I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
per E-Mail: zz@bj.admin.ch
[PDF- und Wordversion]

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 23. September 2022

Eidg. Vernehmlassung; Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement EJPD eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) bis zum 17. Oktober 2022 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er unterstützt die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG). Kanton und Gemeinden von Appenzell Ausserrhoden verfolgen mit der gemeinsam festgelegten eGovernment- und Informatik-Strategie 2021 die Vision "Digital first!". Insbesondere sollen die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien konsequent genutzt werden, um Effizienz, Wirkung, Transparenz, Leistungsqualität und damit insgesamt die Wirtschaftlichkeit des staatlichen Handelns zu verbessern. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung trägt dazu bei. Die Änderung des SchKG erachtet der Regierungsrat deshalb als sinnvoll. Er bringt zur Vorlage folgende Anmerkungen ein:

- Wohnsitzüberprüfung bei der Betreibungsauskunft

Der neue Abs. 3^{bis} von Art. 8a EV-SchKG sieht vor, dass die Auskunft aus dem Betreibungsregister die Angabe umfasst, ob die genannte Person im betroffenen Zeitraum im Einwohnerregister des Betreibungskreises erfasst war, und gegebenenfalls in welchem Teil dieses Zeitraums. Diese Information ist für Gläubiger von grosser Bedeutung, da sie die Aussagekraft der Auskunft unter Umständen stark relativiert und so dem Missbrauch von Betreibungsregisterauskünften von beliebigen Orten effektiv entgegenwirkt.

- Elektronische Zustellungen



Mit dem Einverständnis der betroffenen Person können Mitteilungen, Verfügungen und Entscheide gestützt auf Art. 34 Abs. 2 SchKG bereits heute elektronisch zugestellt werden. Die neue Fassung dieser Bestimmung (Art. 34 Abs. 2 erster Satz EV-SchKG) schafft jedoch einen Anspruch der betreffenden Person auf elektronische Zustellung und sieht überdies für bestimmte Fälle standardmässig die ausschliessliche elektronische Zustellung vor.

Damit wird einerseits der elektronische Rechtsverkehr im Allgemeinen und andererseits die Ausstellung, Aufbewahrung und Übertragung von elektronischen Zahlungsbefehlsdoppel sowie von Verlustscheinen im Besonderen gefördert, da diese bis dato üblicherweise als Papierurkunden aus- und zugestellt werden. Die neue Bestimmung bringt deutlich zum Ausdruck, dass unter Umständen keine Papier-Originale von zugestellten Urkunden bestehen und somit originär elektronisch ausgestellte Urkunden von dritten Ämtern als Originale akzeptiert werden müssen. Der Regierungsrat erachtet dies als sinnvollen Schritt, um die Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen weiter voranzutreiben.

- Online-Versteigerungen

Das SchKG sieht heute grundsätzlich nur die öffentliche Versteigerung oder den Freihandverkauf als Verwertungsform von beweglichen Vermögensstücken vor. Online-Versteigerungen sind nicht gesetzlich geregelt und in der Praxis umstritten. Dies, obschon sie sich im Rechtsverkehr unter Privaten schon seit längerer Zeit grosser Beliebtheit erfreuen und grundsätzlich bewährt haben. Transaktionen können bequem und kostengünstig durchgeführt werden. Da sodann ein grosses Publikum angesprochen werden kann, lassen sich auch vergleichsweise gute Preise erzielen.

Hingegen lässt sich bei der Verwertung von Fahrnis auf dem Weg der amtlichen Versteigerung, nach Abzug der Kosten für die Durchführung der Verwertung, oftmals nur ein geringer Erlös erzielen. Freihandverkäufe sind ebenfalls sehr aufwendig und eignen sich erfahrungsgemäss nur bei speziellen und besonders werthaltigen Gegenständen. Zudem bedürfen sie der ausdrücklichen Zustimmung sämtlicher Beteiligten, respektive eines Beschlusses der Gläubigerversammlung.

Online-Versteigerungen versprechen dank ihrer Effizienz, der geringen Kosten und der Möglichkeit, ein grosses Publikum zu erreichen, gerade bei Alltagsgegenständen einen höheren Verwertungserlös. Es erscheint deshalb durchaus sinnvoll, diese Variante auch für Verwertungen im Bereich des SchKG vorzusehen. Der vorliegende Vorentwurf schafft eine klare gesetzliche Grundlage. Das Verfahren ist durchdacht und hinreichend bestimmt.

- Vorgaben an Betreibungsbegehren

Im Zuge der Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen wurden diverse Formulare überarbeitet. Eine wesentliche Anpassung bestand darin, den Zahlungsbefehl auf zwei Seiten zu beschränken. Damit einhergehend musste auch die Anzahl der Eingabefelder und die Zahl der verwendbaren Zeichen begrenzt werden. So wurde beispielsweise die zulässige Anzahl von Forderungen auf zehn beschränkt. Das Bundesgericht erachtete in einem Entscheid die entsprechende rechtliche Grundlage auf Verordnungsstufe (Verordnung des EJPD über die vom Gläubiger zu stellenden Begehren im Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren; SR 281.311) jedoch als ungenügend und verlangte für eine derartige Begrenzung eine gesetzliche Grundlage in einem formellen Gesetz (vgl. BGE 144 III 353).



Da die obgenannten Beschränkungen notwendig sind, um verschiedene praktische Probleme zu bewältigen und dem Gläubiger daraus keine nennenswerten Nachteile erwachsen, ist die Ergänzung in Art. 67 Abs. 4 EV-SchKG sowohl erforderlich als auch zumutbar.

- Präzisierung betreffend Arrestvollzug

In einem einzelnen Arrestverfahren können Vermögenswerte des Arrestgegners in der ganzen Schweiz mit Arrestbeschlagnahmung belegt werden. Obschon es seit der jüngsten Bundesgerichtspraxis diesbezüglich kaum mehr Probleme betreffend Verfahrenskoordination und Rechtshilfe gibt, wird mit der Anpassung von Art. 275 EV-SchKG auf formeller Ebene klargestellt, dass schweizweite requisitorische Verarrestierungen möglich sind, was auch letzte Zweifel beseitigen wird.

- Begrenzung der Barzahlung des Schuldners an das Betreibungsamt

Anlässlich Versteigerungen von beweglichen Sachen und Grundstücken sind Barzahlungen an das Betreibungsamt bereits seit 2016 auf Beträge von 100'000 Franken beschränkt. Mittels der neuen Regelung in Art. 12 Abs. 3 EV-SchKG werden diese in Zukunft generell auf einen Maximalbetrag von 100'000 Franken begrenzt. Mit der neuen Bestimmung soll die Gefahr von Missbrauch, Geldwäscherei etc. weiter verringert werden. Obschon solche Zahlungen in der Praxis kaum vorkommen, sind sie für Betreibungsämter jeweils mit besonderem Aufwand und Risiko verbunden.

Der Regierungsrat stellt zusammenfassend fest, dass mit dem vorliegenden Vorentwurf die Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen weiter vorangetrieben wird, was die Effizienz erhöht und Ressourcen schont. Zudem werden rechtliche Unklarheiten beseitigt und Missbrauch in verschiedenen Fällen erschwert. Die Ausgestaltung der neuen, respektive der angepassten Bestimmungen erscheint angemessen, gut durchdacht und verspricht die erwähnten Ziele zu erreichen. Der Regierungsrat schliesst sich den Ausführungen des Bundesrates, beziehungsweise des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements EJPD deshalb vollumfänglich an und begrüsst die entsprechende Änderung des SchKG.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail (zz@bj.admin.ch)

RRB Nr.: 983/2022
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

21. September 2022

Vernehmlassung des Bundes: Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)
Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur erwähnten Vorlage Stellung nehmen zu können. Der Regierungsrat möchte dazu die nachfolgenden Bemerkungen anbringen.

1. Grundsätzliches

Der Regierungsrat stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Sie bezweckt die Förderung der Digitalisierung insbesondere im Betreuungswesen und soll die Rechtssicherheit für Online-Verwertungen gewährleisten. Sie ist zeitgemäss und entspricht der langjährigen Stossrichtung der Betreibungs- und Konkursämter des Kantons Bern, welche die Digitalisierung ebenfalls unterstützen und seit Jahren vorantreiben.

Einige der Neuerungen erfordern auf kantonaler Ebene Anpassungen an den eingesetzten Fachapplikationen, welche die Abwicklung im Massengeschäft unterstützen. Wir bitten Sie deshalb darum, für die Inkraftsetzung ausreichend Vorlaufzeit einzuberechnen.

2. Anträge

2.1 Art. 129a VE-SchKG

Antrag

Die Bestimmung sei wie folgt anzupassen:

Randtitel: 2a Versteigerung über private Online-Plattform

Abs. 1: Die Verwertung von beweglichen Vermögensstücken kann durch eine Versteigerung über eine allgemein zugängliche Online-Plattform eines privaten Betreibers *oder des Betreibungsamtes* erfolgen.

Begründung

Es wird begrüsst, dass Versteigerungen künftig online durchführbar sind. Im Kanton Bern werden heute schon Freihandverkäufe über eine von den Betreibungsämtern betriebene Online-Plattform abgewickelt. Werden Vermögenswerte über eine private Plattform angeboten, kommen die AGB des privaten Anbieters zum Tragen, was die Rechtssicherheit beeinträchtigen kann. Den Betreibungsämtern sollte deshalb ermöglicht werden, auch Versteigerungen über eine eigene Online-Plattform abzuwickeln.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christine Häsler
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler
– Direktion für Inneres und Justiz

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Per Mail: zz@bj.admin.ch

Liestal, 27. September 2022

**Vernehmlassung betreffend
Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungs-
auskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir befürworten die vorgeschlagene Gesetzesrevision. Die Wohnsitzüberprüfung durch die Betreibungsämter anlässlich von Auskünften wird zu einer Qualitätssteigerung führen. Im Weiteren können durch die konsequente Digitalisierung Effizienzsteigerungen bei den Betreibungsämtern und auch bei der Kundschaft (Gläubiger/innen und Schuldner/innen) realisiert werden.

Betreffend Ausstellung von Betreibungsurkunden haben wir folgende Anregungen:

- Der im erläuternden Bericht erwähnten Unsicherheit in Bezug auf die Zulässigkeit der Entgegennahme von elektronischen Dokumenten als Originalurkunden würde durch die Gesetzesänderung begegnet. Dennoch verbleiben vereinzelt Fälle, in denen das elektronisch als «Originalurkunde» eingereichte Dokument nicht als solches entgegengenommen werden darf. Um die mit der Prüfung der «Originalurkunden» befassten Mitarbeitenden der Betreibungsämter zu unterstützen, wäre eine Auflistung von Fällen, in welchen das Dokument nicht als Originalurkunde entgegengenommen werden darf, wünschenswert (z.B. fehlende elektronische Signatur, erkennbare Manipulationen an der Urkunde usw.).
- Bereits heute werden auf unterschiedliche Weisen elektronische Gesuche an die Betreibungsämter gerichtet. So werden in der heutigen Praxis Gesuche um Auskunft beispielsweise per E-Mail, über die Plattform eSchKG und auch über die kantonale Online-Plattform eingereicht. Sofern künftig ein Anspruch darauf bestehen soll, die Antwort auf ein elektronisches Gesuch auch elektronisch zu erhalten, wäre zu definieren, ob die elektronische Beantwortung über dieselbe Plattform zu erfolgen hat, über die das Gesuch eingegangen ist oder ob das Betreibungsamt eine Wahlmöglichkeit hat.

- Wir regen an, dass bei elektronischen Eingaben immer von Amtes wegen eine elektronische Eingangsbestätigung erfolgen muss.
- Unklar ist, was in Artikel 34 Absatz 2 mit «elektronischer Zustellung» gemeint ist. Ist hier eine qualifizierte elektronische Signatur im Sinne des Bundesgesetzes über die elektronische Signatur (ZertES, SR 943.03) gemeint? Oder genügt auch ein elektronisches Dokument ohne Signatur? Wir bitten Sie um Klarstellung in den Erläuterungen.

Die vorgeschlagene gesetzliche Abstützung der Verwendung von Online-Verkaufsplattformen findet unsere Unterstützung. Zur detaillierten Ausgestaltung haben wir folgende Bemerkungen:

- Das Verfahren auf einer Online-Plattform muss gemäss dem erläuternden Bericht aus einem Bieterwettbewerb bestehen. Das würde die Verwertung über eine Plattform wie *Tutti.ch* vorweg untersagen, da diese Plattform kein Bieterverfahren vorsieht. Gleichzeitig ist in gewissen Fällen die Verwendung einer «Sofort-Kaufen-Option» sinnvoll, wie sie Ricardo oder Ebay anbieten – so insbesondere dann, wenn der damit verlangte Sofort-Kaufen-Fixpreis mindestens so hoch angesetzt wird, dass Drittkonditionen und ein günstiges Verwertungsergebnis vorliegen würden. Wir werfen daher die Frage auf, ob es tatsächlich dem Willen des Revisionsentwurfs entspricht, gewisse Online-Plattformen, die keinen Bieterwettbewerb vorsehen, ganz generell von der Verwendung durch Betreibungs- und Konkursämter auszuschliessen.
- Eine Online-Versteigerung soll neu auch eine Zwangsversteigerung nach Art. 125ff. SchKG darstellen können. Wir stellen uns die Frage, ob in der Praxis Mischformen der beiden Verwertungsarten - Zwangsversteigerung und Freihandverkauf - entstehen könnten, was Probleme bei der rechtlichen Qualifikation (mit unterschiedlichen Rechtsfolgen) nach sich ziehen könnte. Wir bitten Sie zu prüfen, ob statt der Schaffung einer weiteren, selbständigen Verwertungsart, die Anerkennung der Verwertung über Online-Plattformen - unabhängig von der Verwertungsart – im Hinblick auf die Rechtssicherheit die bessere Lösung wäre.
- Die Auswahl einer der vielen Anbieter von Online-Plattformen durch das Betreibungsamt kann submissionsrechtliche Fragen aufwerfen. Wir vermissen diesbezüglich Ausführungen im erläuternden Bericht und bitten um Ergänzung. Ein sich wiederholendes Submissionsverfahren im Vorfeld zu einer Verwertung könnte zu einer unerwünschten Verfahrensverzögerung führen. Ein entsprechender Kriterienkatalog für die Auswahl einer Verwertungsplattform wäre wünschenswert.

Zu Artikel 8a (Betreibungsauskunft) haben wir folgende Bemerkungen:

- Gemäss dem erläuternden Bericht stellt die Vorlage auf den «Meldeort» einer Person ab, «d.h. auf den Ort, an welchem die betreffende Person bei den Einwohnerbehörden registriert ist» (erläuternder Bericht Seite 14). Es bestehe die Pflicht, sich am Ort des Lebensmittelpunktes, in der sogenannten Niederlassungsgemeinde anzumelden (erläuternder Bericht Seite 14). Die vorgesehene Normierung erscheint unpräzise. Im Anmelderegister sind neben Niedergelassenen auch weitere Personen registriert, so z.B. Aufenthalter (Art. 6 RGH, SR 431.02) sowie nach Massgabe des kantonalen Rechts weitere Personenkreise (für den Kanton Basel-Landschaft beispielsweise Personen, die im Kanton über Grundeigentum verfügen (§ 9 Abs. 2 ARG, SGS 111)). Durch die Anknüpfung an das rein formale Kriterium der «Erfassung im Ein-

wohnerregister» wird somit ein zu weiter Personenkreis erfasst. Wir regen an, Art. 8a Abs. 3bis E-SchKG wie folgt umzuformulieren:

«Die Auskunft über Betreibungen gegen eine Person umfasst die Angabe, ob die betreffende Person im von der Auskunft erfassten Zeitraum im Einwohnerregister des Betreibungskreises als niedergelassen erfasst war, und gegebenenfalls in welchem Teil dieses Zeitraums. »

- Die Formulierung im erläuternden Bericht deutet darauf hin, dass nicht wie im Gesetzesentwurf (Art. 8a) vorgesehen «gegebenenfalls in welchem Teil dieses Zeitraumes» relevant ist, sondern, seit wann die Person in der Gemeinde niedergelassen ist. Wir regen an, entweder die Bestimmung anzupassen oder die entsprechende Passage in den Erläuterungen.

Hochachtungsvoll


Kathrin Schweizer
Regierungspräsidentin


i. V. Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per E-Mail an:
zz@bj.admin.ch

Basel, 18. Oktober 2022

**Regierungsratsbeschluss vom 18. Oktober 2022
Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)
betreffend Betreuungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 hat Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter dem Kanton Basel-Stadt den Vernehmlassungsentwurf und den Erläuternden Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SchKG, SR 281.1) betreffend Betreuungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die voranschreitende Digitalisierung erfasst zunehmend auch das Betreibungs- und Konkurswesen, dies widerspiegelt sich jedoch noch nicht genügend in den gesetzlichen Grundlagen. Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die Stossrichtung des Vorentwurfs zum teilrevidierten SchKG. In Einzelfragen erachtet der Kanton Basel-Stadt allerdings eine weitergehende Regelung als diejenige der Vorlage bereits heute als sinnvoll und verweist auf die nachfolgenden Anregungen und Hinweise.

1. Wohnsitzüberprüfung bei Betreuungsauskunft (Art. 8a Randtitel und Abs. 3^{bis} VE-SchKG)

Die Abklärung des Wohn-, resp. des Meldeortes des Schuldners bildet ein zentrales Instrument der laufenden Revision, mit welchem dem Missbrauch von Betreibungsregisterauskünften begegnet werden soll. Der Kanton Basel-Stadt begrüsst diese Änderung, erachtet sie jedoch als Minimallösung.

Zusätzliche Auskunft über den Zuzugs- und Wegzugsort

Es wäre konsequent, wenn zusätzlich zum Zeitraum, in welchem der fragliche Schuldner im Einwohnerregister des jeweiligen Kantons verzeichnet ist, bzw. war, auch den Zuzugs- und Wegzugsort auf der Betreibungsregisterauskunft verzeichnet würde. Der Kanton Basel-Stadt pflichtet dem Bundesrat zwar bei, dass diese Informationen die Aussagekraft der Auskunft nicht direkt zu stärken vermögen (Erl. Bericht, S. 15 f.). Dennoch ist er der Ansicht, dass – im Lichte der angestrebten

ganzheitlichen Verbesserung des Gläubigerschutzes – dem Gläubiger sämtliche dienlichen Auskünfte an die Hand gegeben werden sollen, um rasch und unkompliziert einen Überblick über die Wohnverhältnisse seines Schuldners zu erhalten. So kann eine für Gläubiger und Einwohnerdienst mit Mehraufwand verbundene Nachforschung ggf. bei verschiedenen Einwohnerdiensten durch den Gläubiger von vornherein vermieden werden.

Technische Umsetzung der Wohnsitzüberprüfung

Die technische Umsetzung der vorgeschlagenen Änderung wird durch den Entwurf nicht näher konkretisiert, eine elektronische Abfrage der Betreibungs- und Konkursämter auf die Daten der Einwohnerkontrolle wird jedoch bevorzugt (Erl. Bericht, S. 16). Die weiteren Anforderungen sollen im Einzelnen im Rahmen der Weisungen der Dienststelle Oberaufsicht für Schuldbetreibung und Konkurs festgelegt werden (Erl. Bericht, S. 20). Der Kanton Basel-Stadt weist darauf hin, dass aus Effizienzüberlegungen ein generelles Abfragesystem einem System der Einzelabfragungen vorgezogen wird.

Wortlaut von Art. 8 Abs. 3^{bis} E-SchKG

Die Vorlage stellt nebst dem zivilrechtlichen Wohnsitz ersatzweise auf den Meldeort einer Person ab (Erl. Bericht, S. 14). Der im Vorentwurf vorgeschlagene Wortlaut von Art. 8 Abs. 3^{bis} E-SchKG erscheint hinsichtlich dieser Frage unpräzise. Im Einwohnerregister sind, in Anlehnung an Art. 6 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 23. Juni 2006 (Registerharmonisierungsgesetz RHG, SR 431.02), nebst den niedergelassenen Personen (vgl. Art. 3 lit. b RHG) auch Personen erfasst, welche sich am betreffenden Ort lediglich aufhalten (Art. 3 lit. c RHG). Von dieser Zweiteilung geht auch der Erläuternde Bericht (S. 14 f.) aus. Um diesem Umstand zu begegnen, sollte der Wortlaut von Art. 8 Abs. 3^{bis} E-SchKG folgendermassen präzisiert werden:

*3^{bis} Die Auskunft über Betreibungen gegen eine Person umfasst die Angabe, ob die betreffende Person im von der Auskunft erfassten Zeitraum im Einwohnerregister des Betreibungskreises **als niedergelassen** erfasst war, und gegebenenfalls in welchem Teil dieses Zeitraums.*

Mit diesem Zusatz wird einerseits erreicht, dass sich – aus datenschutzrechtlichen Überlegungen – der Personenkreis, welcher durch das rein formale Kriterium der „Erfassung im Einwohnerregister“ geschaffen wird, verkleinert. Zudem wird so die Unterscheidung zwischen niedergelassenen und sich lediglich aufhaltenden Personen – wie sie auch dem RHG inhärent ist – aus dem Gesetzestext deutlich.

2. Elektronische Zustellungen (Art. 34 Abs. 2 VE-SchKG)

Die Dichte an parlamentarischen Vorstössen auf Bundesebene zu diesem Themenbereich zeigt, dass die elektronische Zustellung und die damit beabsichtigte einfachere Ausstellung, Aufbewahrung und Übertragung insbesondere von Verlustscheinen ein praktisches Bedürfnis darstellt. Der Kanton Basel-Stadt teilt diese Ansicht grundsätzlich und verweist zusätzlich auf die nachfolgenden Punkte.

Elektronische Verlustscheine in der geltenden Praxis

Vorweg sei festgehalten, dass die im Erläuternden Bericht unter Ziff. 1.1.3 skizzierten Ursachen für die bisher fehlende Verbreitung elektronischer Verlustscheine nicht primär in der Verwirrung verschiedener Betreibungsämter über die Originalqualität von Papier-, bzw. elektronischen Verlustscheinen zu suchen sind. Der Grund der fehlenden Verbreitung liegt viel mehr in den gesetzlichen Bestimmungen, insb. in Art. 5 Abs. 2 lit. b eSchKG-Verordnung. Hiernach sind die „Technischen und organisatorischen Vorschriften für den elektronischen Datenaustausch im Betreibungswesen“ rechtsverbindlicher Bestandteil der eSchKG-Standards. Gemäss S. 26 Abschnitt 6 des Regelwerks

soll der elektronische Verlustschein nur als „Kopie“ gesendet werden dürfen.¹ Besagtes Regelwerk wurde per 1. Juni 2022 neu aufgelegt und per 1. September 2022 in Kraft gesetzt. Am zitierten Abschnitt hat sich im Zuge der Revision jedoch nichts geändert. Aus dem Erläuternden Bericht geht nicht hervor, ob eine erneute Überarbeitung dieser rechtsverbindlichen Bestimmungen angedacht sei. Im Zuge der Revision sind deshalb auch diese Regelwerke zwecks Vorbeugung weiterer Ungewissheiten, sowie zur Erreichung des angestrebten Ziels der grösseren Verbreitung elektronischer Verlustscheine, zu revidieren. Dies insbesondere auch deshalb, weil es ausserhalb des eSchKG-Verbundes in der Praxis bisher kaum elektronische Eingaben gab.

Wortlaut von Art. 34 Abs. 2 erster Satz VE-SchKG

Die Vorlage sieht vor, dass jemand mit seiner Eingabe in Papierform Antwort auf elektronischem Weg verlangen kann. Dieser Weg erhellt sich unserer Ansicht nach nicht. Von der Möglichkeit, nach Einreichung einer Papiereingabe dennoch eine elektronische Zustellung zu wünschen, würden vermeintlich allein diejenigen Personen Gebrauch machen, die sich entweder im Unklaren darüber sind, dass die alleinige Angabe einer Mailadresse dafür nicht ausreichend ist, oder diejenigen, welche das Verfahren querulatorisch zu behindern versuchen. Die Vorlage soll sich deshalb auf die Regelung beschränken, dass nur diejenigen Eingaben elektronisch beantwortet werden, welche auch elektronisch eingereicht worden sind. Nur dann hat sich der Betreffende den Regeln der jeweiligen Zustellplattform unterworfen und es ergibt sich, wohin die elektronische Antwort zu senden ist. Der Kanton Basel-Stadt schlägt deshalb vor, die entsprechende Wendung ersatzlos zu streichen und Art. 34 Abs. 2 erster Satz VE-SchKG stattdessen folgendermassen zu formulieren:

² Mitteilungen, Verfügungen und Entscheide werden elektronisch zugestellt, sofern die betreffende Person ihre Eingaben elektronisch eingereicht und nicht ausdrücklich eine Zustellung auf Papier verlangt hat.

Elektronische Zustellung von Zahlungsbefehlen

Der Erläuternde Bericht (S. 17) betrachtet die elektronische Zustellung auch von Zahlungsbefehlen als ein wahrscheinliches und sich in näherer Zukunft aktualisierendes Szenario. Über die bisherige Planung hinaus, sollen deshalb bereits bei der jetzigen Revision die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die elektronische Zustellung von Zahlungsbefehlen vorgesehen werden. Setzt man für solche Zustellungen gesetzlich voraus, dass diese an einen eindeutig identifizierten Empfänger gehen, welcher sich mit dieser Form der Zustellung einverstanden erklärt hat, so werden entsprechende Projekte in Kantonen und Gemeinden mangels gesetzlicher Grundlage nicht unnötig gehemmt.

3. Online-Versteigerungen (Art. 129a VE-SchKG)

Die gesetzliche Verankerung dieser Praxis erscheint grundsätzlich zielführend. Die Bestrebung, durch die Online-Verwertung einen höheren Verwertungserlös zu erzielen, schützt gleichermassen Gläubiger- wie Schuldnerinteressen. Die Revision wird damit im Grundsatz begrüsst; die fraglichen Regelungen sind jedoch unserer Einschätzung nach ausbaufähig. Der Kanton Basel-Stadt weist im Einzelnen auf die folgenden Punkte hin:

Regelung der Online-Versteigerung

Anstatt die Versteigerung über Online-Plattformen isoliert in Art. 129a VE-SchKG zu regeln, erwartet der Kanton Basel-Stadt eine ganzheitliche Betrachtungsweise, welche auch die Verwertungsbestimmungen des Obligationenrechts in die Revision miteinbezieht. Damit erscheint als Aufhänger der fraglichen Bestimmungen nicht die Frage, ob eine Verwertung online oder unter physischer Präsenz der Bietenden durchgeführt wird, sondern die Frage, nach der privat- bzw. öffentlich-rechtlichen Natur der Verwertung. So kann eine separate Regelung der freiwilligen – online wie physisch-

¹ Vgl. auch Technische und organisatorische Vorschriften für den elektronischen Datenaustausch im Betreuungswesen (Version Juni 2022), S. 64 a.E.: «Wenn das Betreibungsamt einen Verlustschein ausstellt, so meldet es die Verlustscheindaten in der SP- oder RC-Meldung und legt ein PDF bei, das beim Druck unmissverständlich als Kopie gekennzeichnet sein muss, da das elektronische Dokument keine rechtliche Wirkung hat.»

schen – Versteigerung gemäss Art. 229 Abs. 2 OR einerseits, sowie die Regelung der zwangsweisen – ob von einem Amt oder durch Private betriebenen – Verwertung gemäss Art. 229 Abs. 1 OR, bzw. Art. 125 ff. SchKG andererseits erfolgen. Diese Vorgehensweise fängt die Möglichkeit auf, dass auch private Anbieter Online-Plattformen betreiben können, welche den Regeln des SchKG unterliegen. Wäre dies der Fall, so wird eine solche Plattform einzig das Erfordernis des dreimaligen Aufrufs gemäss Art. 126 Abs. 1 SchKG nicht erfüllen können. Für eine zwangsvollstreckungsrechtliche Verwertung über eine Online-Plattform müsste man von diesem Grundsatz eine gesetzliche Ausnahme vorsehen. Der praktische Regelfall ist ohnehin, dass die Online-Plattformen den Bietzeitraum verlängern, wenn innert einer bestimmten Zeitspanne vor Steigerungsende ein Gebot eingeht. Im Ergebnis kommt dies einem mehrfachen Aufruf gleich.

Keine vorgängige Verfügung

Die Vorlage sieht vor, dass nur der Entscheid über die Wahl der Verwertungsart und ihrer Modalitäten mit Beschwerde angefochten werden kann (Erl. Bericht, S. 18). Eine Versteigerung nach zwangsvollstreckungsrechtlichen Regeln über eine Online-Plattform sollte jedoch – wie andere Zwangsversteigerungen – keiner vorgängigen Verfügung bedürfen. Eine solche verzögert das Verfahren und bietet eine weitere Gelegenheit, dessen ordnungsgemässen Ablauf zu behindern.

Regelung über erfolglos gebliebene Versteigerungen

Im Übrigen wäre zu regeln, was die Folge einer privatrechtlichen, aber erfolglos gebliebenen Online-Versteigerung sein soll. Naheliegenderweise müsste für eine solche Art. 126 Abs. 2 SchKG ebenfalls gelten.

4. Weitere Änderungen (Art. 12 Abs. 3, Art. 67 Abs. 4, Art. 275 VE-SchKG)

Begrenzung der Barzahlungen des Schuldners an das Betreibungsamt (Art. 67 Abs. 4 VE-SchKG)

Der Kanton Basel-Stadt teilt die Ansicht, dass Barzahlungen über 100'000 Franken an das Betreibungsamt in der Praxis sehr selten sind und dieser Obergrenze aus praktischer Sicht nichts entgegensteht.

Vorgaben an Betreibungsbegehren (Art. 67 Abs. 4 VE-SchKG)

Die Verankerung einer formellgesetzlichen Grundlage zur Beschränkung der Anzahl Betreibungen pro Betreibungsbegehren wird begrüsst. Dies erlaubt insbesondere eine bessere Abstimmung des Betreibungsbegehrens auf das (obligatorische) Formular des Zahlungsbefehls. So kann vermieden werden, dass Zahlungsbefehle mit Anhängen oder Zusammenzügen versehen werden, oder Angaben des Gläubigers zu den einzelnen Forderungen gestaucht werden müssen. Damit wird der Gefahr unnötiger Streitigkeiten über die Gültigkeit der Zustellung des Zahlungsbefehls (Vollständigkeit, etc.) und über die korrekte Verkürzung der Angaben des Gläubigers vorgebeugt.

Präzisierung betreffend Arrestvollzug (Art. 275 VE-SchKG)

Die Bestimmung kodifiziert die jüngste bundesgerichtliche Rechtsprechung (BGE 148 III 138) und schafft Klarheit bezüglich des rechtshilfeweisen Arrestvollzugs. Die Revision wird deshalb begrüsst.

Der Kanton Basel-Stadt bedankt sich für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme. Bei Fragen steht Ihnen Herr Felix Multerer (felix.multerer@jsd.bs.ch) vom Zentralen Rechtsdienst im Justiz- und Sicherheitsdepartements Basel-Stadt gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'BJ' with a stylized flourish.

Beat Jans
Regierungspräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'B. Schüpbach-Guggenbühl'.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : zz@bj.admin.ch

Fribourg, le 27 septembre 2022

2022-996

Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation citée en titre. Dans le délai imparti et après consultation des services concernés de l'Etat de Fribourg, le Conseil d'Etat fribourgeois vous fait parvenir ses remarques quant à ce projet de modification.

1. En général

Nous soutenons les propositions émanant de cette consultation dans la mesure où elles répondent d'une part à une évolution de la société vers le numérique et pérennisent d'autre part des pratiques innovantes mises en place lors de la pandémie et qui ont démontré tant leur efficacité que leur économicité.

2. En particulier

2.1. Vérification du domicile de l'extrait du registre – Article 8

L'extrait des poursuites avec les dates du contrôle des habitants est une vraie plus-value pour le requérant. Cela étant, il y a lieu de relever qu'il existe une solution plus efficace, laquelle sera d'ailleurs prochainement offerte par le canton de Fribourg, avec la mise sur pied d'un registre cantonal des poursuites. En effet, un tel registre permettra aux offices de délivrer des extraits de registre portant sur l'ensemble du territoire cantonal et ainsi d'exclure que le débiteur ait été poursuivi précédemment dans un autre district.

Bien entendu, le risque sera toujours d'actualité pour les poursuivis provenant d'autres cantons. L'institution dans chaque canton suisse d'un registre cantonal des poursuites permettrait par ailleurs d'envisager un jour un registre fédéral des poursuites.

Il sied encore de relever que le requérant devra toujours faire attention que l'inscription au contrôle des habitants corresponde à son domicile réel. S'il y a une différence entre le lieu d'inscription de la requête et le for, il devra en être fait mention sur l'extrait.

2.2. Paiement au comptant à l'office des poursuites – Article 12

La limitation générale des paiements au comptant à l'office des poursuites à un montant de 100 000 francs fait pleinement sens, dans la mesure où elle contribue véritablement au respect des dispositions en lien avec la loi sur le blanchiment d'argent. Les exceptions acceptées jusqu'alors pouvaient générer un certain potentiel d'abus de sorte qu'il est effectivement opportun d'y renoncer. D'ailleurs, certains offices fribourgeois appliquent déjà cette pratique.

2.3. Notification par voie électronique – Article 34

Le recours aux notifications par voie électronique ne peut qu'être salué dans la perspective du e-gouvernement. Cela étant, une notification qualifiée, par voie électronique des commandements de payer pourrait être encore plus pertinente.

2.4. Exigences pour la réquisition de poursuite – Article 67

La création de cette base légale offre enfin un ancrage législatif à la norme e-LP conforme à la requête émise par le Tribunal fédéral.

2.5. Enchères en ligne – Articles 129a, 132a, 256, 257

La pandémie a offert aux offices des poursuites et faillites l'opportunité de procéder par le biais des enchères en ligne, ce qui a été extrêmement concluant. Il est primordial de donner à ces offices un cadre légal clair et précis leur permettant de pouvoir procéder à la réalisation de biens par le biais de plateformes de vente en ligne.

La jurisprudence et la doctrine en relation avec l'article 256 LP admettent que le soin de procéder à la réalisation par le biais d'une vente soit confié à un tiers dans le cadre d'une procédure de liquidation par voie de faillite. Cependant, il existe encore une zone d'ombre concernant l'utilisation de supports de vente en ligne tel que ricardo.ch, qui doit être réglée par une modification de la LP.

L'utilisation de plateforme de vente en ligne présentent de nombreux avantages, soit :

- > Les frais de réalisation sont notablement inférieurs à ceux d'une vente aux enchères publique ;
- > Il a été constaté dans la pratique une plus grande efficacité et efficience des collaborateurs ;
- > Le public cible est beaucoup plus large que celui du territoire cantonal (tout le territoire suisse, voir au-delà) ;
- > Les prix d'adjudication sont beaucoup plus élevés que dans le cadre de vente aux enchères ordinaires, ce qui permet le versement de dividendes plus conséquents en faveur de nos créanciers figurant en 1^{re} classe (salariés, caisses de prévoyance LPP) ou de 2^e classe (charges sociales AVS/AI/APG, LAMAL, LAA, etc.).

Cette pratique ne présente que des avantages. Elle correspond par ailleurs à l'évolution de notre société de plus en plus connectée. Les supports de vente en ligne font partie intégrante du quotidien.

Cela étant, il serait opportun de compléter l'article 256 al. 1 en précisant concernant l'article 129a que seul le 1^{er} alinéa est concerné. En effet, les alinéas 2 à 4 de l'article 129 LP ne sont pas applicables en faillite (notamment la notification au débiteur/failli de réaliser un bien par le biais d'une vente en ligne). Les articles 256 al. 2 et 4 LP demeurent en vigueur.

L'article 132a al. 4 qui définit que seule la décision concernant les modalités de ce mode de réalisation peut être attaquée, soit le mode de réalisation, le choix de la plateforme privée et de l'enchère minimale, est des plus utiles.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer sur ce projet de révision et vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos respectueuses salutations.

Au nom du Conseil d'Etat :

Olivier Curty, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle, le Service de la justice et par ce dernier les instances concernées du Pouvoir judiciaire ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 12 octobre 2022

Le Conseil d'Etat

4321-2022

Département fédéral de justice et police
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : consultation 2021/33 relative à la modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous avons bien reçu votre courrier du 22 juin 2022, adressé à l'ensemble des gouvernements cantonaux concernant l'objet cité sous rubrique, et nous vous en remercions.

Après avoir pris connaissance de votre courrier précité, de l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (ci-après : AP-LP) et du rapport explicatif l'accompagnant, nous vous informons que notre Conseil approuve les grandes lignes des modifications proposées.

Nous relevons néanmoins qu'au vu des importants volumes à traiter, la possibilité de mettre en œuvre les processus d'automatisation adéquats déterminera le succès de ces innovations. Les développements informatiques à prévoir nous semblent conséquents, avec des implications restant à évaluer en termes de coûts et de délais de réalisation.

Tout d'abord, les nouvelles mentions sur l'extrait du registre des poursuites (Art. 8a AP-LP) donneront de précieuses indications aux créanciers quant à l'opportunité de vérifier la solvabilité de leur débiteur auprès des autorités d'autres arrondissements de poursuite. Cette innovation présuppose néanmoins la reprise automatisée des données pertinentes auprès du registre de l'habitant afin de traiter quelque 185 000 extraits délivrés chaque année à Genève.

Ensuite, la notification par voie électronique (Art. 34 AP-LP) semble pouvoir générer des gains d'efficacité très prometteurs au niveau des offices des poursuites, moyennant les processus d'automatisation adéquats, en particulier pour les nombreux usagers du protocole *e-LP*.

En revanche, il ne sera pas aisé d'identifier parmi les autres utilisateurs ceux qui soumettent systématiquement leurs documents par signature électronique qualifiée (plateforme *easygov*), de sorte qu'une analyse humaine sera sans doute nécessaire, avec les ressources et les ralentissements que cela suppose, tant aux offices des poursuites qu'aux offices des faillites.

De plus, la suppression de l'original papier des actes de défaut de biens (ci-après : ADB) requiert une attention particulière. En effet, la coexistence possible de plusieurs exemplaires numériques de l'ADB compliquera la légitimation précédemment attachée à ce titre de créance, vis-à-vis des

débiteurs, des offices des poursuites et des tribunaux. C'est pourquoi nous recommandons de prévoir dans la loi, en cas de cession à un tiers, l'obligation d'enregistrer le cessionnaire auprès de l'office en tant que nouveau titulaire de l'ADB. De même, nous préconisons d'adapter l'article 150 LP qui prévoit la restitution de l'ADB lorsque le créancier a pu être partiellement ou totalement désintéressé, afin que l'office procède à la mise à jour du titre de la créance. De cette manière, seule la dernière version de l'ADB connue de l'office pourra bénéficier d'un code d'authentification électronique.

Sous l'angle technique, la notification par voie numérique exigera d'adapter substantiellement les systèmes informatiques respectifs des offices des poursuites et des offices des faillites (notamment pour les options d'édition et d'impression), ainsi que les prestations en ligne cantonales (pour la vérification de la validité et du titulaire légitime de l'ADB), voire les interfaces avec la plateforme *easygov* (afin de pouvoir répondre aux expéditeurs ayant recours à cet outil).

Enfin, notre Conseil est très favorable à l'inscription dans la loi de la possibilité d'organiser des ventes aux enchères en ligne sur des plateformes privées ouvertes au public (Art. 125 ss AP-LP). Ce système a été testé avec succès dans le cadre du dispositif de réponse à la pandémie.

Nous sollicitons cependant trois précisions et corrections des dispositions prévues, pour permettre leur application correcte en matière de faillites, conformément au but exposé dans le rapport explicatif. Premièrement, le principe de la vente aux enchères en ligne est consacré à l'art. 256 al. 1 AP-LP alors que cette disposition ne s'applique pas en procédure sommaire (art. 231 al. 3 LP). Même si le rapport explicatif inclut les faillites en procédure sommaire, qui sont aussi les plus fréquentes, l'AP-LP doit être précisé pour éviter toute interprétation ultérieure. Deuxièmement, l'application de l'article 129a al. 2 AP-LP devrait être exclue dans les faillites en procédure sommaire, où l'office n'a pas à soumettre sa décision aux créanciers quant au choix du mode de réalisation forcée. Troisièmement, le principe de couverture selon l'article 127 LP ne s'appliquant pas en cas de faillite, le renvoi à cette disposition doit être supprimé aux articles 129a AP-LP et 256 AP-LP.

Pour toute question ou information complémentaire, Madame Sarah Namer (tél. 022 388 89 80; sarah.namer@etat.ge.ch) se tient à votre disposition.

Vous remerciant d'avoir consulté notre Conseil, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière

Michèle Fighetti

Le président :

Mauro Poggia

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD
3003 Bern

Glarus, 4. Oktober 2022
Unsere Ref: 2022-151

Vernehmlassung i. S. Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und können mitteilen, dass die Vorlage von uns im Grundsatz befürwortet wird. Anpassungen beantragen wir in folgenden Bereichen vorzunehmen:

1. Elektronische Zustellung

Die Zustellung auf Papier soll weiterhin erlaubt sein. Insbesondere erweist sich eine solche bei Unmöglichkeit der elektronischen Zustellung weiterhin als angebracht. Sie sollte auch zulässig sein, wenn andere sachliche Gründe gegen eine elektronische Zustellung sprechen. Der Entscheid über eine elektronische Zustellung ist daher weiterhin in das Ermessen des Amtes zu stellen.

2. Online-Versteigerung

Die Online-Versteigerung kann für das Betreibungs- und Konkursamt einen erheblichen Mehraufwand darstellen (Erfassung zahlreicher Vermögenswerte auf Online-Plattform inkl. fotografieren und bezeichnen des Gegenstandes sowie bestimmen des Preises etc.). Eine amtliche Versteigerung ist in solchen Fällen die bessere Option. Die Gegenstände könnten zudem im Rahmen einer ohnehin schon stattfindenden amtlichen Versteigerung verwertet werden. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur das Interesse am Verwertungserlös zu berücksichtigen, sondern auch dasjenige an einer kostengünstigen Administration. Entsprechend sollte auch hier dem Amt ein grösserer Ermessensspielraum bei der Wahl der Verwertungsart eingeräumt werden.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Benjamin Mühlemann
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- zz@bj.admin.ch

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom

11. Oktober 2022

Mitgeteilt den

12. Oktober 2022

Protokoll Nr.

791/2022

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an: zz@bj.admin.ch

**Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)
(Betriebsauskunft, elektronische Zustellung und Online-Versteigerung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähn-
tem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung begrüsst die
Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG). Auf
eine weiterführende inhaltliche Stellungnahme verzichten wir.

Abschliessend danken wir Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

PAR COURRIEL en version PDF et Word

Département fédéral de justice et police
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Palais fédéral
3003 Berne

Courriel : zz@bl.admin.ch

Delémont, le 27 septembre 2022

Procédure de consultation

Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite

(Extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement jurassien a été invité par votre Département à se prononcer au sujet de la procédure de consultation mentionnée en objet et il vous en remercie.

De manière générale, le Gouvernement soutient les modifications légales proposées qui n'appellent pas de commentaire particulier, sous réserve de ce qui suit :

Vérification du domicile pour l'extrait du registre (art. 8a, titre marginal, et al. 3bis)

Le Gouvernement relève que l'option la plus efficace pour mettre un terme aux abus des extraits du registre des poursuites serait la mise en place d'un extrait national du registre des poursuites.

Pratiquement, les conditions de l'art. 8a al. 3bis LP tel que rédigé seraient problématiques à satisfaire, en particulier si le débiteur a résidé dans l'arrondissement à plusieurs reprises dans les cinq ans. Aucune transmission automatique des données entre le registre des habitants et les programmes informatiques des offices des poursuites ne pourra être mise en place et cela augmentera le risque de transmettre des informations erronées ou incomplètes.

Le Gouvernement vous remercie de lui avoir donné la possibilité de prendre position à ce sujet et il vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


David Eray
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail
zz@bj.admin.ch

Luzern, 27. September 2022

Protokoll-Nr.: 1137

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 22. Juni 2022 haben Sie die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Vorentwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und erlauben uns die folgenden Bemerkungen:

Wir unterstützen die vorgeschlagene Änderung des SchKG und begrüssen, dass die Digitalisierung im Betreibungswesen weiter vorangetrieben werden soll.

Inhaltlich erlauben wir uns die folgenden Bemerkungen:

zu Artikel 8a Absatz 3^{bis} VE

Wir begrüssen die Verbesserung der Aussagekraft der Betreuungsauskunft und befürworten die Neuerung. Bereits heute wird das Zu- und Wegzugsdatum von vielen Betreibungsämtern aufgeführt, soweit sie Zugriff auf das kantonale Register haben. Damit ist für den Empfänger des Auszuges schnell und einfach ersichtlich, ob und wie lange die angefragte Person im Betreibungskreis wohnhaft war. Mittelfristiges Ziel müsste dennoch die Schaffung eines schweizweiten Betreibungsregisterauszugs sein.

Zu beachten gilt, dass sich viele Schuldner nicht pünktlich und korrekt bei der Einwohnerkontrolle an- und abmelden. Trotzdem kann sich die Person im Betreibungskreis aufhalten und ist dem Betreibungsamt bekannt, da die Anmeldung beim Einwohnerdienst nicht Bestandteil der Gegebenheiten nach Artikel 46 i.V.m. Artikel 67 SchKG ist. Bei diesen Personen ist kein Zu- oder Wegzugsdatum bekannt. Im Weiteren wird das Zuzugsdatum nicht aufgeführt,

wenn der Zuzug länger als fünf Jahre zurückliegt, da der Betreuungsauszug nur für diese Zeitspanne ausgestellt wird.

zu Artikel 34 Absatz 2 VE

Wir begrüßen diese Neuerung mit gewissen Vorbehalten.

Verlustscheine werden durch die Gläubiger verkauft und gehandelt. Ein Verlustschein verjährt erst nach 20 Jahren, was eine sehr lange Zeit ist. Viele Schuldner haben ihre Ausstände nicht im Griff. Oft wissen sie nicht, wie viele Verlustscheine über welchen Betrag an welche Gläubiger im Verlauf der Jahre ausgestellt wurden. Wenn dieser Verlustschein zu einem späteren Zeitpunkt vom ursprünglichen Gläubiger verkauft wird, ist bei den meisten Schuldnern die Übersicht endgültig verloren.

Mit der Einreichung des Original-Verlustscheins beim zuständigen Betreibungsamt bei der späteren Weiterführung der Betreuung ist sichergestellt, dass die Verlustscheinforderung noch besteht, auch wenn der Gläubiger in der Zwischenzeit gewechselt oder der Schuldner seinen Wohnsitz geändert hat. Das Betreibungsamt behält den Verlustschein während des Verfahrens bei sich und löscht diesen nach einer vollständigen Zahlung oder ersetzt den alten Verlustschein durch einen neuen, wenn dieser im Verlauf des Pfändungsjahres nicht vollständig bezahlt wurde. Wurde der Verlustschein ursprünglich von einem anderen Betreibungsamt ausgestellt, stellt das vollstreckende Betreibungsamt den Verlustschein diesem Amt zur Löschung zu. Damit sollte sichergestellt sein, dass für jede Forderung nur ein Verlustschein vorhanden ist. Dies muss auch in Zukunft sichergestellt sein, wenn die Verlustscheine nur noch elektronisch versendet werden.

Wenn während der Übergangszeit für die gleiche Forderung sowohl ein elektronischer Verlustschein als auch ein Verlustschein in Papierform vorhanden ist, kann nicht überprüft werden, ob die Verlustscheine nach Ablauf einiger Jahre oder bei einem allfälligen Wohnsitzwechsel nicht zweimal geltend gemacht werden. Es ist daher aus unserer Sicht zwingend notwendig, dass die Verlustscheine in Papierform weiterhin dem Betreibungsamt zugestellt werden, damit dieses bei Bezahlung den Verlustschein löschen oder diesen nach Ablauf des Pfändungsjahres durch einen elektronischen Verlustschein ersetzen kann.

Wie im Vernehmlassungstext erwähnt, muss absolut sichergestellt sein, dass die elektronischen Verlustscheine nicht dupliziert werden können. Auch bei den grossen Gläubigern, die Verlustscheine kaufen und verkaufen, kann es über die lange Gültigkeitsdauer eines Verlustscheins vorkommen, dass eine Forderung doppelt geltend gemacht wird. Dieser Umstand muss unbedingt berücksichtigt werden.

Wenn ein elektronisch ausgestellter Verlustschein an einen Gläubiger weiterverkauft wird, der diesen in Papierform will, weil er nicht im E-SchKG Verbund ist, muss sichergestellt sein, dass bei diesem Vorgang der elektronische Verlustschein gelöscht wird.

Es fragt sich, ob die Archivierung der elektronischen Urkunden hinreichend gesichert ist. Zu beachten ist, dass eine elektronische Archivierung zwingend ist, wenn Urkunden nicht mehr in Papierform ausgestellt werden oder wenn es sich bei einer elektronischen Urkunde um die Originalurkunde handelt. Es werden entsprechende Regelungen und Anpassungen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe notwendig sein.

zu Artikel 67 Absatz 4 VE

Die Notwendigkeit einer Delegation an den Bundesrat liegt nicht auf der Hand und wird im Begleitbericht nicht überzeugend begründet.

zu Artikel 129a VE

Wir begrüßen die Neuregelung. Die Bestimmung entspricht einem aktuellen Bedürfnis. Sie dürfte die Arbeit der Betreibungsämter erleichtern und zu schnelleren und besseren Verwertungsergebnissen führen.

zu Artikel 256 Absatz 1 VE

Keine Bemerkungen.

zu Artikel 275 VE

Wir begrüßen die Präzisierung im Gesetz.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne)

Madame la conseillère fédérale,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du sujet de la consultation du Département fédéral de justice et police et vous remercie de lui offrir la possibilité de donner son avis sur ce projet de révision de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP).

Le Conseil d'État approuve toutes ces modifications et n'a pas de commentaire particulier à y apporter à l'exception de celle qui concerne l'article 8a alinéa 3^{bis} (extrait du registre des poursuites).

En effet, cette nouvelle disposition paraît difficilement applicable avec l'indication précise de l'intervalle durant lequel la personne était inscrite au registre des habitants pour la période concernée par cette attestation.

On observe effectivement de plus en plus souvent des usagers qui multiplient les arrivées et les départs dans l'arrondissement et, partant, une lecture particulièrement attentive du contrôle des habitants se révélerait aussi indispensable qu'ardue. Une interprétation erronée de ces données présenterait le risque non négligeable d'induire en erreur le ou la destinataire de l'extrait du registre des poursuites.

Il est encore nécessaire de rappeler ici que le Tribunal fédéral a précisé que le for ordinaire de la poursuite au sens de l'art. 46 al. 1 LP se trouve au lieu où séjourne le débiteur ou la débitrice avec le dessein d'y rester de façon durable et que le lieu où sont déposés ses papiers n'est pas déterminant pour la question du domicile ; ce n'est qu'un indice (ATF 119 III 54). Il n'est donc pas exceptionnel que des poursuites soient introduites dans un arrondissement qui ne correspond pas à l'enregistrement du ou de la poursuivi-e au contrôle des habitants.

Cas échéant, il serait certainement possible de répondre au moins partiellement aux inquiétudes liées à l'usage abusif d'un extrait vierge par un débiteur ou une débitrice notoirement connu-e ailleurs. À cet effet, il conviendrait d'indiquer simplement si, au moment

NE

de l'émission dudit extrait, la personne concernée est, éventuellement depuis quand, ou n'est pas domiciliée dans l'arrondissement. Il appartiendrait aussi au ou à la destinataire d'effectuer des investigations pour connaître les anciens domiciles éventuels de la personne en cause.

Enfin, avec une uniformisation des pratiques et des outils informatiques ainsi que la généralisation des numéros AVS (NAVS13), la mise en place d'un extrait du registre des poursuites à l'échelle nationale nous semblerait être l'alternative la plus efficace pour atteindre les buts fixés par cette modification législative.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 31 août 2022



Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping horizontal strokes.

La chancelière,
S. DESPLAND

A handwritten signature in black ink, written in a cursive style that clearly identifies the name "Despland".



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 27. September 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellung und Online-Versteigerung). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 haben Sie uns eingeladen, zu den Ausführungen im erläuternden Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellung und Online-Versteigerung) Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit dazu.

1 Handlungsbedarf, Ziele und Grundzüge der Revision

Die Vorlage bezweckt die Förderung der Digitalisierung im Betreibungswesen. Zudem soll sie Rechtssicherheit für Online-Verwertungen gewährleisten. Die entsprechenden Vorschläge sind demzufolge grundsätzlich zu begrüssen.

Vor allem im Konkurswesen besteht in Bezug auf die Digitalisierung ein grosser Nachholbedarf. So sind weder elektronische Eingaben durch die Gläubiger möglich, noch werden in absehbarer Zeit die Verlustscheine elektronisch ausgestellt. Diese Tatsache wurde in der Vorlage leider nicht berücksichtigt.

Im Falle der (teilweisen) Inkraftsetzung dieser Gesetzesvorlage ist zu beachten, dass die Fachapplikationen der Ämter angepasst werden müssen. Entsprechend ist dafür die nötige Übergangszeit zu gewähren.

2 Zu den einzelnen Artikeln

Art. 8a Abs. 3bis;

Die Angabe der Zu- und Wegzugsdaten wird in einigen Kantonen (z.B. Zürich) bereits praktiziert und funktioniert gut. Sie stellt sicherlich eine Verbesserung der Aussagekraft einer Betreibungsauskunft dar.

Im Kanton Nidwalden werden die Adressen schon heute regelmässig mit den Daten der Einwohnerregister abgeglichen. Dabei wird (oft) festgestellt, dass die Adressdaten des Betriebsamtes sogar aktueller sind als diejenigen der Einwohnerregister.

Art. 12 Abs. 3:

Die Bestimmung unterstützt den Kampf gegen die Geldwäscherei und ist insofern zu begrüssen. Der Vorschlag ist jedoch zu offen formuliert. Es ist nicht klar, ob die Obergrenze von CHF 100'000 pro Betreuung, pro (Abschlags-)Zahlung, pro Tag, pro Amtsbesuch etc. gilt. Er ist deshalb zu präzisieren.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass in den letzten Jahren beim kantonalen Betreibungs- und Konkursamt Nidwalden nie eine Barzahlung über CHF 100'000 verzeichnet worden ist.

Art. 34 Abs. 2 erster Satz:

Die Formulierung lässt einen ständigen Wechsel zwischen elektronischer Zustellung und einer Zustellung mittels Papier zu. Das ist unpraktisch. Sodann öffnet dies auch Tür und Tor für Missbräuche. Aus diesem Grund ist Absatz 2 erster Satz dahingehend zu präzisieren, dass Mitteilungen, Verfügungen und Entscheide elektronisch zugestellt werden, sofern die betreffende Person ihre Eingabe elektronisch eingereicht hat.

Zudem ist zu verdeutlichen, dass es sich bei den elektronischen Eingaben nur um solche in strukturierter Form über eSchKG und nicht über eine andere Plattform oder Eingabeart (z.B. E-Mail, eGovernment etc.) handeln darf. Eingaben, welche nicht über eSchKG, sondern in beliebiger Form erfolgen, stellen für die Ämter keinen Effizienzgewinn dar – im Gegenteil. Wenn nötig, ist die eSchKG-Plattform den Anforderungen entsprechend auszubauen.

Art. 67 Abs. 4

Kein Kommentar

Art. 125

Kein Kommentar

Art. 129a

Um das bestmögliche Verwertungsergebnis zu erzielen, besteht das Bedürfnis, Vermögensstücke gegebenenfalls auch online versteigern zu können.

Sehr problematisch und daher abzulehnen ist jedoch, dass gemäss Vorschlag private Anbieter die Leitung einer öffentlichen Zwangsversteigerung übernehmen sollen. Bei der Zwangsversteigerung handelt es sich um einen hoheitlichen Akt. Es ist ordnungspolitisch und rechtsstaatlich höchst bedenklich, diesen Grundsatz in Frage zu stellen. So fehlt bei privaten Anbietern die Transparenz; sodann droht ein unübersichtliches Durcheinander verschiedenster Konditionen (AGB), die den gesetzlichen Bedingungen auch noch zuwiderlaufen können. Daher sollte der Bund (oder z.B. die eOperations Schweiz AG [Aktionäre sind ausschliesslich Bund, Kantone und Gemeinden]) eine allgemein zugängliche Online-Plattform schaffen, über welche die beweglichen Vermögensstücke der Betreibungs- und Konkursämter elektronisch versteigert werden können.

Art. 132a Abs. 4

Kein Kommentar

Art. 256 Abs. 1

Kein Kommentar

Art. 257

Kein Kommentar

Art. 275

Mit der Gesetzesanpassung fliesst auch die neuste bundesgerichtliche Rechtsprechung mit ein.

Mit Bedauern stellen wir jedoch fest, dass die elektronische Zustellung von Betreibungsurkunden in der Gesetzesrevision nicht thematisiert wurde. Eine elektronische Zustellung v.a. an den Schuldner entspricht einem grossen praktischen Bedürfnis der Ämter und würde eine enorme Effizienzsteigerung bedeuten. Auch würden weniger Gebühren anfallen.

Wir stellen demzufolge den Antrag, dass Art. 34 auch für die Zustellung von Betreibungsurkunden anwendbar sein soll. Die elektronische Zustellung einer Betreibungsurkunde an den Schuldner soll für diesen jedoch eine freiwillige Option sein (geknüpft an seine explizite Einverständniserklärung für diese Zustellart).

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Joe Christen
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- zz@bj.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4419
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 21. September 2022

**Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellung und Online-Versteigerung);
Stellungnahme.**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

geschätzte Karin

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit der Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellung und Online-Versteigerung).

Wir begrüßen die Vorlage grundsätzlich, haben jedoch einige Anmerkungen dazu.

Wohnsitzüberprüfung bei der Betreuungsauskunft (Art. 8a Abs. 3bis E-SchKG)

Eine mögliche Problematik in diesem Bereich ergibt sich aus dem Umstand, dass sich erfahrungsgemäss viele Schuldnerinnen und Schuldner nicht pünktlich und korrekt bei der Einwohnerkontrolle an- und abmelden. Dennoch kann die Person sich im Betreuungskreis aufhalten und ist dem Betreibungsamt allenfalls gar bekannt. Auch wird das Zuzugsdatum nicht aufgeführt, wenn der Zuzug länger als fünf Jahre her ist, da ein Betreuungsauszug nur für diese Zeitspanne ausgestellt wird. Eine Wohnsitzabklärung hat daher inhaltlich und zeitlich eine beschränkte Aussagekraft. Zudem ist die Registrierung bei der Einwohnerkontrolle nicht zwingender Bestandteil für die Einleitung einer Betreuung (Art. 46 SchKG i.V.m. Art. 67 SchKG).

Elektronische Zustellung (Art. 34 Abs. 2 E-SchKG)

Verlustscheine werden bei den Gläubigern verkauft, gehandelt und weiter veräussert. Im Weiteren verjährt ein Verlustschein erst nach 20 Jahren. Die Übersicht über die Verlustscheine betreffend einen bestimmten Schuldner ist oft schwierig.

Mit der Einreichung des Verlustscheines (Originalurkunde) beim zuständigen Betreibungsamt zur Weiterführung der Betreibung ist sichergestellt, dass die Verlustscheinforderung noch besteht, selbst wenn zwischenzeitlich ein Gläubigerwechsel stattgefunden und der Schuldner seinen Wohnsitz geändert hat. Das Betreibungsamt bewahrt den Verlustschein während des Verfahrens auf und löscht diesen im Anschluss bei einer vollständigen Zahlung. Möglich ist auch ein Ersetzen des alten durch eine Ausstellung eines neuen Verlustscheins, falls dieser im Verlauf des Pfändungsjahres nicht komplett bezahlt wurde. Wurde der Verlustschein ursprünglich von einem anderen Amt ausgestellt, stellt das Betreibungsamt den Verlustschein diesem Amt zur Löschung zu. Damit sollte sichergestellt sein, dass für jede Forderung nur ein aktueller Verlustschein vorhanden ist.

Sollten in Zukunft die Verlustscheine nur noch elektronisch versendet werden, gestaltet sich diese Sicherstellung schwierig. Es ist daher Folgendes sicherzustellen:

- Bei einer elektronischen Zustellung dürfen die elektronischen Verlustscheine nicht dupliziert werden können.
- Gläubiger, die mit Verlustscheinen handeln, können – während der langen Laufzeit (20 Jahre) – Forderungen nicht doppelt einverlangen.
- In einer Übergangszeit dürfen weiterhin Papier-Verlustscheine ausgestellt werden oder digitale Verlustscheine in Papierform umgewandelt werden (dies z.B. für den Weiterverkauf eines Verlustscheins an einen Gläubiger, der nicht dem E-SchKG Verbund angeschlossen ist). Bei einer Umwandlung muss der elektronische Verlustschein gelöscht werden.

Heute bestehen sehr viele Papierverlustscheine, auf denen ursprüngliche Forderungen vermerkt sind, die sich zum Teil durch Abzahlungen verändert haben. Ein digitaler Verlustschein müsste die Veränderung mitmachen und so immer dem aktuellen Stand entsprechen. Betreibungsauszüge, in welchen die Verlustscheine vermerkt sind, müssten den aktuellen Stand dieser Verlustscheine wiedergeben. Heute werden die Register nur dann nachgeführt, wenn der Schuldner oder der Gläubiger eine Meldung macht.

Vorgaben an das Betreibungsbegehren

Insbesondere bei der digitalen Verarbeitung von Betreibungsbegehren ist die Anzahl zulässiger Forderungen zu beschränken. Auch wenn es selten vorkommt, dass eine Forderung die Anzahl Zeilen überschreitet, ist es doch von Vorteil, wenn in Zukunft keine Zusatzblätter mehr ausgestellt werden müssen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Landammann

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Amt für Justiz
- Datenschutzbeauftragter
- Staatskanzlei (Kommunikation)



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 30. September 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung.

Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sehen weitere Schritte in der Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen vor. Dies ist zu begrüßen. Zu folgenden Elementen der Vorlage sind noch Bemerkungen anzubringen:

– *Wohnsitzüberprüfung bei der Betreuungsauskunft*

Mit der bisherigen Praxis, ohne Konsultierung des Einwohnerregisters und ohne Nennung des Wohnsitzes in der Betreuungsauskunft, ist die Aussagekraft der Betreuungsauskunft zu relativieren und es besteht auf einfache Weise Missbrauchspotenzial. Auch wenn mit der vorgeschlagenen Änderung nicht alle Probleme behoben sind, ist diese zu begrüßen.

– *Online-Versteigerung*

Die Ermöglichung von Versteigerungen von beweglichen Sachen über Online-Plattformen ist zeitgemäss und entspricht einem Bedürfnis. Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage ist daher zu begrüßen. Während für die Pfändung (Art. 129a VE-SchKG) und den Konkurs (Art. 256 Abs. 1 VE-SchKG) die entsprechenden Gesetzesanpassungen vorgeschlagen werden, ist im Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung keine Anpassung von Art. 322 SchKG erfolgt. Gemäss geltender Fassung sieht diese Bestimmung die Verwertung der Aktiven in der Regel durch Eintreibung oder Verkauf der Forderungen, durch freihändigen Verkauf oder öffentliche Versteigerung der übrigen Vermögenswerte einzeln oder gesamthaft vor. Wir erachten eine Anpassung dieser Bestimmung ebenfalls als angezeigt.



Während im Betreuungswesen die Digitalisierung bereits schon seit längerer Zeit voranschreitet und seit dem Jahr 2007 einen elektronischen Datenaustausch zwischen betreibenden Gläubigerinnen bzw. Gläubigern und den Betreibungsämtern ermöglicht, ist eine Erweiterung des eSchKG-Standards auf das Konkurswesen im Übrigen nicht festzustellen und gemäss Bundesamt für Justiz auch nicht vorgesehen. Der Kanton St.Gallen würde es begrüessen, wenn auch im Konkurswesen die Grundlagen für einen schnittstellenfreien Austausch von Daten geschaffen werden könnten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Fredy Fässler
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
zz@bj.admin.ch

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

27. September 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betriebsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 haben Sie uns die Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betriebsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir begrüssen die vorgeschlagene Änderung des SchKG mit einer Ausnahme und möchten Ihnen dazu folgende Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen unterbreiten:

Art. 8a Randtitel und Abs. 3^{bis} VE-SchKG

Der vorgeschlagenen Änderung wird zugestimmt.

Obwohl weiterhin bei jedem beliebigen Betreibungsamt ein Betriebsauszug verlangt werden kann, erhält der Gläubiger neu zumindest die Information, ob sein potentieller Kunde bzw. der Schuldner überhaupt einmal am von ihm angegebenen Ort gewohnt hat. Dies steigert die Transparenz und den qualitativen Wert der Betriebsauskunft.

Art. 12 Abs. 3 VE-SchKG

Der vorgeschlagenen Änderung wird zugestimmt.

Es ist u.E. nur logisch, dass die bei öffentlichen Versteigerungen geltende Beschränkung von Barzahlungen für sämtliche Zahlungen des Schuldners an das Betreibungsamt gelten soll.

Art. 34 Abs. 2 erster Satz VE-SchKG

Der vorgeschlagenen Änderung wird zugestimmt.

Der mit dieser Bestimmung zu erfolgende Grundsatz, wonach jeder Beteiligte, der das will, auf die Zustellung von Papier-Urkunden verzichten und stattdessen die elektronische Zustellung wählen kann, ist zeitgemäss.

Art. 67 Abs. 4 VE-SchKG

Der vorgeschlagenen Änderung wird zugestimmt.

Die vorgeschlagene Bestimmung ist ein praktisches Bedürfnis im Rahmen der elektronischen Registerführung und des elektronischen Geschäftsverkehrs.

Art. 125 Randtitel und Art. 257 Randtitel VE-SchKG

Den vorgeschlagenen Änderungen wird ohne weitere Bemerkungen zugestimmt.

Art. 129a, 132a Abs. 4 VE-SchKG

Den vorgeschlagenen Änderungen wird zugestimmt.

Die neue Möglichkeit, eine Online-Auktion durch das zuständige Amt zu verfügen, erleichtert und beschleunigt das Verwertungsverfahren, bedingte doch die Durchführung einer Online-Auktion bisher die Zustimmung der Beteiligten.

Art. 256 Abs. 1 VE-SchKG

Der vorgeschlagenen Änderung wird **nicht zugestimmt**.

Im vorgeschlagenen Art. 256 Abs. 1 VE-SchKG wird auf im Konkursverfahren nicht anwendbare Gesetzesartikel verwiesen, nämlich auf Art. 126 und 127 SchKG sowie Art. 129a Abs. 2 und Abs. 3 VE-SchKG.

Art. 126 und 127 SchKG regeln das Deckungsprinzip bei der amtlichen Versteigerung im Betreibungsverfahren. Auch Art. 129a Abs. 3 VE-SchKG sichert im Rahmen der betriebsrechtlichen Online-Versteigerung dieses in Art. 126 festgesetzte Deckungsprinzip. Bei der Zwangsversteigerung im Rahmen des Konkursverfahrens kommt dieses Deckungsprinzip jedoch nicht zur Anwendung (BSK SchKG II-BÜRGI, Art. 258 N 1).

Der Art. 129a Abs. 2 VE-SchKG verlangt vom Betreibungsbeamten die Anordnung der Online-Versteigerung durch Verfügung an den Schuldner, die Gläubiger und die beteiligten Dritten. Das Konkursamt hingegen bestimmt im summarischen Verfahren die Art der Verwertung nach freiem Ermessen (BSK SchKG II-LUSTENBERGER/SCHENKER, Art. 231 N 33 / Art. 256 Abs. 1 SchKG). Dies umfasst auch die Durchführung der Online-Versteigerung.

Die Bestimmungen der Art. 126 und 127 SchKG sowie von Art. 129a Abs. 2 und 3 VE-SchKG sind im Konkursverfahren nicht anwendbar. Aus diesem Grund muss Art. 256 Abs. 1 VE-SchKG wie folgt lauten:

«Die zur Masse gehörenden Vermögensgegenstände werden auf Anordnung der Konkursverwaltung nach den Artikeln 125, 128, 129 und 129a Abs. 1 und 4 versteigert oder, falls die Gläubiger es beschliessen, freihändig verkauft».

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Hinweisen zu dienen, und danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Dr. Remo Ankli
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

zz@bj.admin.ch

Schwyz, 27. September 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs – Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis zum 17. Oktober 2022 Stellung zu nehmen. Für die Einladung danken wir Ihnen bestens. Der Kanton Schwyz stimmt der Vorlage im Wesentlichen zu, hat jedoch bezüglich der neuen Bestimmung, wonach Mitteilungen, Verfügungen und Entscheide elektronisch zugestellt werden können, sofern die betroffene Person dies ausdrücklich verlangt, Bedenken. Im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht stehen sich typischerweise Parteien mit gegenteiligen Interessen an einem effizienten Verfahren gegenüber. Während die eine Partei das Verfahren möglichst beschleunigen will, will die andere Partei Gegenteiliges. Gerade elektronische Zustellungen, die jede Partei verlangen kann, sind derzeit nicht geeignet, ein zuverlässiges, schnelles Verfahren zu garantieren. Entsprechende beweisrechtliche Probleme stellen sich unweigerlich.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

André Rüegsegger
Landammann



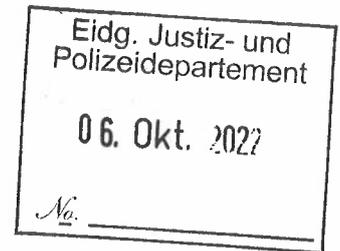
Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie zur Kenntnis an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern



Frauenfeld, 4. Oktober 2022
588

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; SR 281.1) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden sind. Zu einzelnen Bestimmungen gestatten wir uns die nachfolgenden Bemerkungen und bitten Sie, diese für die weiteren Rechtsetzungsarbeiten zu berücksichtigen.

Art. 12 Abs. 3

Bezüglich Art. 12 Abs. 3 des Entwurfs erwarten wir eine striktere und zeitgemässere Regelung. Wir vertreten die Auffassung, dass generell für Barzahlungen ab Fr. 10'000 ein Nachweis der Herkunft des Geldes erfolgen sollte. Dies würde die Möglichkeit der Geldwäscherei weiter einschränken. Statt Barzahlungen oder Checks könnten zudem künftig bei Grundstücksverwertungen unwiderrufliche Zahlungsverprechen zur Sicherheit eingesetzt werden. Die zuständigen Stellen im Kanton Thurgau haben in den letzten Jahren sehr gute Erfahrungen mit solchen Zahlungsverprechen gemacht. Checks und Wechsel haben heute ihre einstmalige Bedeutung als Geldersatz- und Sicherungsmittel verloren.

Art. 34 Abs. 2

Wir begrüssen die ausschliessliche elektronische Zustellung, sofern die betreffende Person dies ausdrücklich verlangt oder ihre Eingaben ebenfalls elektronisch eingereicht und nicht ausdrücklich ein Zustellungspapier verlangt hat. Entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht auf S. 20 unten wird mit der neuen Bestimmung aber gerade nicht „klar zum Ausdruck gebracht, dass unter Umständen keine Papier-Originale von

2/2

zugestellten Urkunden bestehen“. Dies muss nach unserer Auffassung zwingend deutlicher formuliert werden und – um Missverständnisse zu vermeiden – in den elektronisch zugestellten Unterlagen klar vermerkt sein.

Art. 256 Abs. 1

Nach unserer Auffassung kann auf einen Verweis auf Art. 125 bis Art. 129a SchKG verzichtet werden. Diese Artikel sind für das Konkursverfahren nicht relevant. Im geltenden Recht fehlt der entsprechende Verweis daher zu Recht.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

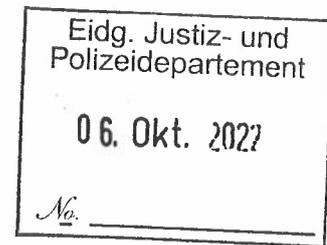


Der Staatsschreiber



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern



Frauenfeld, 4. Oktober 2022
589

Vorentwurf des Bundesgesetzes über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Vorentwurf für das E-ID-Gesetz (BGEID). Wir unterstützen die Bestrebungen, möglichst rasch eine Lösung für eine staatliche elektronische Identität zu erarbeiten und dafür die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Wir erlauben uns aber den Hinweis, dass der Entwurf relativ abstrakt und eher schwer verständlich ist, und bitten Sie, die nachfolgenden Bemerkungen für die weiteren Rechtsetzungsarbeiten zu beachten.

1. Allgemeine Bemerkungen

Im Ingress werden als Verfassungsbestimmungen Art. 38 Abs. 1, Art. 81 und Art. 121 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV; SR 101) angegeben. Diese Bestimmungen äussern sich allerdings nicht zu einer E-ID und bieten nach unserer Auffassung daher keine genügende verfassungsmässige Grundlage für das BGEID.

Art. 1 Abs. 1 lit. b bestimmt, dass das BGEID die Infrastruktur zum Ausstellen, Widerrufen, Überprüfen, Aufbewahren und Vorweisen von elektronischen Nachweisen regelt. Im Anschluss an diese Bestimmung wird in Klammern der Begriff „Vertrauensinfrastruktur“ eingeführt. Im Gesetz werden jedoch die Begriffe „Infrastruktur“ oder „Vertrauensinfrastruktur“ in den nachfolgenden Artikeln uneinheitlich verwendet (vgl. Art. 2, Art. 12, Titel 5. Abschnitt, Art. 22 bis Art. 25 sowie Art. 28 BGEID). Wird ein Begriff am Anfang eines Erlasses eingeführt, sollte er im gesamten Erlass einheitlich verwendet werden.

2/5

Wir beantragen, dass im gesamten Erlass aufgrund der Einheitlichkeit und Klarheit der Begriff „Vertrauensinfrastruktur“, wie er in Art. 1 Abs. 1 lit. b BGEID eingeführt wurde, verwendet wird.

2. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 3

Es ist sinnvoll, die E-ID basierend auf einem bereits gültigen Schweizer Ausweis auszustellen und auf eine erneute Identitätsprüfung zu verzichten. Bezüglich der Ausweise für Asylsuchende im laufenden Verfahren (N-Ausweise) und Ausweise für vorläufig Aufgenommene (F-Ausweise) gilt es indessen zu erwähnen, dass diese zum jetzigen Zeitpunkt noch auf Papier und ohne im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) hinterlegte Gesichtsfotos ausgestellt werden. Die Umstellung der N- und F-Ausweise des Bundes auf moderne Plastikkarten mit Fotoerfassung direkt aus dem ZEMIS wird mutmasslich erst in den nächsten ein bis zwei Jahren erfolgen. Die letzten bis zu fünf Jahre gültigen EU/EFTA-Papierausweise werden schweizweit wohl erst bis 2026 durch Plastikkarten mit direkt im ZEMIS erfassten Fotos ersetzt sein.

Art. 4

Aus Effizienzgründen wäre es sinnvoll, wenn bei der Ausstellung einer klassischen Identitätskarte oder eines Passes die E-ID gleich mitgeneriert würde. Deren Aktivierung könnte dann später auf Wunsch der oder des Betroffenen erfolgen.

Soweit datenschutzrechtlich zulässig, wäre zudem zu begrüssen, wenn bereits bestehende (behördliche) E-ID Lösungen durch die neue E-ID des Bundes ersetzt würden. Dies hätte für die Bürgerinnen und Bürger den Vorteil, dass im Kontakt mit allen Behörden eine einheitliche E-ID verwendet werden könnte. In diesem Zusammenhang wäre es für die Kantone von Vorteil, wenn der Bund bei der Migration von kantonalen E-ID-Lösungen zur E-ID des Bundes mitwirken würde.

Art. 5

Bei Inaktivsetzung eines Ausländerausweises im ZEMIS oder eines Ausweises im Informationssystem Ausweisschriften (ISA) vor Ablauf der Gültigkeitsdauer gilt es, auch die E-ID zu widerrufen. Dies ist in den Ausführungsbestimmungen zu Art. 5 des Vorentwurfes zu berücksichtigen.

3/5

Art. 6

Ein Schweizer Pass ist bei volljährigen Personen zehn Jahre gültig, bei minderjährigen Personen fünf Jahre. Beim Ausländerausweis beträgt die Gültigkeitsdauer je nach ausländerrechtlicher Regelung zwischen vier Monaten und fünf Jahren oder bis zu dessen Widerruf oder Erlöschen.

Bei der Definition der Gültigkeitsdauer einer künftigen E-ID regen wir an, diese explizit mit der (verbleibenden) Gültigkeitsdauer eines Ausländerausweises im ZEMIS oder eines Ausweises im ISA zu koppeln. Bei Inaktivsetzung eines Ausländerausweises im ZEMIS oder eines Ausweises im ISA vor Ablauf der Gültigkeitsdauer gilt es auch die E-ID zu widerrufen. Dies wäre in den Ausführungsbestimmungen zu Art. 5, Art. 6 und Art. 11 Abs. 5 des Vorentwurfes zu berücksichtigen.

Art. 8

Wir teilen die im erläuternden Bericht vertretene Auffassung nicht, wonach Anlaufstellen in der Nähe der hilfeschuchenden Personen (kantonale Ebene) zu schaffen sind. Es ist wenig sinnvoll, wenn das Bundesamt für Polizei (fedpol) zuständig für die Entgegennahme und Bearbeitung von (digitalen) Anträgen zur Ausstellung einer E-ID ist (vgl. Art. 4), aber eine Vielzahl kantonal unterschiedlich angesiedelter Beratungsstellen entkoppelt von diesem Antragsprozess „mitreden“. Dies verkompliziert den Prozess, schafft diffuse und unklare Zuständigkeiten und stiftet damit mehr Verwirrung als Klärung.

Personen, die sich für eine E-ID entscheiden und beantragen, wird es ohne Weiteres möglich sein, telefonisch oder online (ohne physische Anlaufstelle) eine entsprechende Beratung bei einer schweizweit zentralen Stelle einzuholen. Als die den Antrag bearbeitende Behörde wäre das fedpol geeigneter, die Hilfestellung nahe am digitalen Prozess und damit unmittelbar über eine Hotline sicherzustellen.

Würde an der dezentralen Lösung in den Kantonen festgehalten, müsste der Kanton Thurgau zuerst eine solche Stelle schaffen. Auch müsste diese Aufgabe unter Berücksichtigung der Kosten- und Entschädigungsfolgen (Gebührenteilung) ordentlich in die Zuständigkeit der Kantone übertragen werden.

Art. 10

Beim Bezug von rein digitalen Dienstleistungen wäre es angemessen, wenn von den Behörden zwingend eine E-ID verlangt werden kann.

4/5

Art. 11 Abs. 5

In Bezug auf Ausländerausweise gilt es zu beachten, dass die Ausweisdaten (Gesichtsfoto, Unterschrift, je nach Ausweisart auch Fingerabdrücke) für fünf Jahre im ZEMIS gespeichert werden. Die Ausführungsbestimmungen müssten festhalten, was gilt, wenn beispielsweise genau vier Jahre und 364 Tage nach Erfassung des Gesichtsfotos im ZEMIS eine E-ID beantragt würde. Richtet sich die Gültigkeitsdauer dann am Lösungszeitpunkt des Fotos im ZEMIS aus (in diesem Fall noch ein Tag) oder knüpft diese an die Gültigkeitsdauer eines noch mit alten Daten neu ausgestellten Ausländerausweises, der über die Löschung der Ausweisdaten im ZEMIS hinaus gültig bleibt?

Art. 13 Abs. 2

Analog zu Art. 5 ist zu prüfen, ob ein Widerruf zwingend und sofort zu erfolgen hat, wenn die Inhaberin oder der Inhaber verstorben ist.

Art. 14

Es ist nicht notwendig, dass das Gesetz vorschreibt, wie die Inhaberin oder der Inhaber eines anderen elektronischen Nachweises diesen aufzubewahren hat. Dies liegt in ihrer oder seiner Verantwortung.

Wir beantragen daher, dass Art. 14 wie folgt angepasst wird: „Die Inhaberin oder der Inhaber erhält den elektronischen Nachweis als Datenpaket.“

Art. 23

Wir begrüßen, dass der Quellcode veröffentlicht wird. Die Erfahrungen mit der Veröffentlichung des Quellcodes des E-Voting-Systems und des neuen Ergebnisermittlungssystems für Wahlen und Abstimmungen VOTING zeigen aber, dass nicht nur der Quellcode, sondern auch die Dokumentation vollständig offenzulegen ist. Der Quellcode ist so aufzubereiten, dass er von Expertinnen und Experten verstanden und nachvollzogen werden kann. Zudem muss er kompilierbar sein. Wir beantragten, bei Art. 23 folgende Formulierung zu verwenden:

„¹Der Bund veröffentlicht den vollständigen Quellcode, die Spezifikation, die Dokumentation und weitere Dateien mit relevanten Inputparametern der von ihm zur Verfügung gestellten Elemente der Vertrauensinfrastruktur und aller Elemente, die für den elektronischen Nachweis eingesetzt werden.

²Die Offenlegung erfolgt nach best practices. Dies bedeutet insbesondere:

5/5

- a. Quellcode, Spezifikation und Dokumentation sind so aufbereitet, dass Struktur und Inhalt von unabhängigen Expertinnen und Experten einfach nachvollzogen werden können.
- b. Quellcode und Dokumentation sind so aufbereitet, dass Dritte das System in der eigenen Infrastruktur effizient kompilieren, in Betrieb nehmen und analysieren können.
- c. Die Offenlegung erfolgt auf einer für Quellcode üblicherweise eingesetzten Plattform.
- c. Die Darstellung der offengelegten Unterlagen entspricht der gängigen Praxis.
- d. Die Offenlegung ist dauernd und wird regelmässig aktualisiert.
- e. Es wird ein detailliertes Änderungsprotokoll (changelog) geführt.
- f. Die offengelegten Dokumente sind anonym zugänglich.
- g. Die Nutzungsbedingungen müssen es erlauben, den Quellcode und die übrigen offengelegten Unterlagen vollständig zu prüfen, zu testen und zu analysieren.
- h. Der Quellcode darf für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden.“

Im Übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) in dieser Sache, der wir uns anschliessen.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Numero
5167

fr

0

Bellinzona
19 ottobre 2022

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Gentile signora
Karin Keller-Sutter
Consigliera Federale
Dip. fed. di giustizia e polizia
Palazzo Federale
3003 Berna

Invio per posta elettronica (Word e pdf):
zz@bj.admin.ch

Procedura di consultazione concernente la modifica della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento (LEF) - Informazione sulle esecuzioni, notificazione per via elettronica e incanto in linea

Stimata Consigliera federale,

la ringraziamo innanzitutto per l'opportunità che ci viene data di esprimerci sul tema della modifica della legge federale sull'esecuzione e sul fallimento (LEF).

Abbiamo attentamente esaminato tutta la documentazione messa a disposizione e ci permettiamo di esprimere qui di seguito diverse considerazioni di ordine civile e procedurale.

1. Premessa

Come indicato nel Rapporto esplicativo, negli ultimi anni, l'introduzione di processi digitali nel settore dell'esecuzione e del fallimento ha portato a notevoli agevolazioni e a una maggiore efficienza che anche il nostro Cantone può confermare. L'avamprogetto prevede che, prima di fornire l'informazione sulle esecuzioni, gli uffici d'esecuzione debbano verificare nel registro degli abitanti il luogo in cui la persona oggetto dell'informazione è iscritta. Le relative indicazioni vanno successivamente annotate nell'informazione sulle esecuzioni. In tal modo l'affidabilità di quest'ultima per i creditori sarebbe notevolmente maggiore. Inoltre, l'avamprogetto stabilisce che in determinati casi la notifica per via elettronica è la soluzione standard e sancisce il diritto del destinatario a notifiche per via elettronica, al fine di promuovere la diffusione nella prassi di attestati elettronici di carenza di beni ed eliminare incertezze nel diritto vigente. Evitando la discontinuità del mezzo di supporto vi sarebbe una riduzione dei costi per gli Uffici d'esecuzione e per i creditori. Infine, l'avamprogetto disciplina espressamente nella legge

la possibilità della realizzazione di beni mobili mediante l'incanto su una piattaforma in linea privata.

Grazie alla sua efficienza e alla possibilità di raggiungere un pubblico più numeroso, l'incanto in linea permetterebbe, in particolare in caso di oggetti di uso quotidiano, di realizzare un ricavo più elevato.

Oltre alle suddette modifiche, l'avamprogetto propone ulteriori adeguamenti: introduce una base legale per definire in un'ordinanza i requisiti relativi alle domande d'esecuzione; precisa il disciplinamento dell'esecuzione del sequestro e limita a 100'000 franchi il pagamento in contanti all'Ufficio di esecuzione.

2. Osservazioni quo alle modifiche proposte

In questa presa di posizione, ci soffermeremo in particolar modo sulle criticità rilevabili a livello pratico basandoci anche sull'esperienza degli Uffici di esecuzione e di fallimento e dell'Autorità fiscale operanti in Ticino.

2.1 Verifica del domicilio per l'informazione sulle esecuzioni

L'avamprogetto prevede che, oltre alla conferma che il debitore è iscritto nel registro degli abitanti, si indichi anche *il periodo* in cui vi era registrato. Per il creditore tale informazione è fondamentale poiché nel caso di un debitore che dimora da breve nel luogo in questione, l'attendibilità dell'informazione è relativizzata. Spetta successivamente al creditore informarsi presso il controllo abitanti, conformemente al diritto cantonale, sul precedente luogo di iscrizione del debitore ed eventualmente chiedere all'Ufficio d'esecuzione competente per tale luogo un nuovo estratto dal registro delle esecuzioni.

Questa modifica, ancorché benvenuta, non ha praticamente alcun impatto nel nostro Cantone. Con la riorganizzazione del settore esecutivo entrata in vigore il 1° gennaio 2015 (cfr. art. 1 Legge cantonale di applicazione della Legge federale di esecuzione e fallimento, LALEF), l'intero Canton Ticino costituisce un unico circondario di esecuzione e un unico circondario dei fallimenti. Di conseguenza tutti gli spostamenti del debitore all'interno del territorio cantonale vengono riportati nell'estratto esecutivo.

2.2 Notifica per via elettronica

Attualmente, previo consenso del destinatario, gli avvisi e le decisioni possono essere notificati per via elettronica (art. 34 cpv. 2 LEF). Le modifiche proposte prevedono invece che il destinatario possa *chiedere* la notifica per via elettronica e che l'ufficio provveda alla notifica elettronica se il destinatario ha trasmesso i suoi atti per via elettronica e non ha chiesto espressamente la notifica in forma cartacea degli avvisi e delle decisioni. In questi casi non sta pertanto (più) agli uffici scegliere se effettuare la notifica per via elettronica e non è neppure prevista una notifica contemporanea di atti cartacei. In tal modo s'intende estendere in maniera considerevole l'uso di atti elettronici. Nel contempo questo disciplinamento implica che in determinate circostanze non vi sia più un originale cartaceo degli atti e quindi la trasmissione di un atto elettronico rilasciato da un altro Ufficio d'esecuzione o dei fallimenti non corrisponda necessariamente alla trasmissione di un atto originale. Questa modifica promuove il rilascio, la conservazione e la trasmissione in forma elettronica di attestati di carenza di beni. Un Ufficio d'esecuzione

deve quindi accettare senz'altro un attestato elettronico di carenza di beni rilasciato da un altro Ufficio e trasmessogli dal creditore conformemente all'articolo 33a LEF.

Tale estensione della notificazione per via elettronica non si limita tuttavia all'attestato di carenza di beni, bensì riguarda tutti gli avvisi e le decisioni. Oltre che per l'attestato di carenza di beni, nella prassi questo è importante soprattutto per la copia del precetto esecutivo al creditore. Conformemente alla disposizione menzionata, anche quest'ultima è notificata al creditore per via elettronica che, se necessario, può in futuro trasmetterla senz'altro per via elettronica a un altro Ufficio d'esecuzione. Non è invece contemplata la notifica elettronica del precetto esecutivo in quanto atto esecutivo ai sensi dell'articolo 64 e seguenti LEF.

Questa modifica viene accolta positivamente in quanto costituisce un ulteriore passo verso la digitalizzazione del settore esecutivo e fallimentare auspicata, tra gli altri, dai creditori che inoltrano un grande numero di domande di esecuzione, come ad esempio le casse malati e le società d'incasso.

Altri creditori che inoltrano un grande numero di esecuzioni, e in particolare l'Autorità fiscale, rilevano inoltre già sin d'ora l'importanza di valutare approfonditamente le conseguenze della notifica per via elettronica degli attestati di carenza beni, della copia del precetto esecutivo e della comminatoria di fallimento. Sarà infatti importante regolamentare dettagliatamente e in maniera univoca alcuni aspetti, come le modalità di restituzione del titolo di credito interamente soddisfatto di cui all'art. 150 LEF, nonché assicurare l'armonizzazione delle disposizioni relative alle procedure elettroniche della LEF con altre procedure di competenza di autorità giudiziarie come il giudice del rigetto dell'opposizione (art. 79 ss. LEF), il giudice del fallimento (art. 166 LEF) e il giudice del sequestro (272 LEF) i quali non risultano attualmente sottoposti per legge alle trasmissioni elettroniche di cui all'art. 33a LEF.

2.3 Incanto online

L'avamprogetto introduce una base legale esplicita per l'incanto online di beni mobili e ne disciplina la procedura. Con questa base legale, specifica per l'incanto online, non è più necessaria una procedura analoga alle regole della vendita a trattative private; in particolare non è più necessario il consenso di tutte le persone coinvolte (cfr. art. 130 LEF). La scelta dell'incanto online, quale modalità di realizzazione rispetto a un'altra, rientra nel margine di apprezzamento dell'Ufficio d'esecuzione. Viste le specificità dell'incanto online, è necessario disciplinare esplicitamente la tutela giuridica delle persone coinvolte.

Poiché per l'incanto online è di regola concluso un contratto di diritto privato secondo le condizioni generali del gestore della piattaforma, in caso di ricorso contro la realizzazione, tale contratto non può più essere revocato unilateralmente dall'Ufficio d'esecuzione. L'avamprogetto prevede pertanto soltanto la possibilità di impugnare la decisione sulla scelta di questo tipo di realizzazione e sulle modalità della realizzazione. Possono quindi essere impugnati in particolare gli aspetti pratici più rilevanti ossia quelli relativi all'adeguatezza di questa modalità di realizzazione, alla scelta della piattaforma privata e al prezzo minimo. Lo svolgimento effettivo e l'esito dell'incanto online può invece essere impugnato soltanto secondo le regole sulla responsabilità nella procedura d'esecuzione e fallimento (cfr. art. 5 cpv. 1 LEF). Questa limitazione delle possibilità d'impugnazione sarebbe giustificata in quanto l'uso della piattaforma online privata garantisce di regola,

in virtù della pubblicità e della concorrenza tra offerenti che vi regna, il trasferimento del bene a condizioni di mercato.

Tale conclusione non può essere condivisa in quanto l'azione di responsabilità ex art. 5 LEF non è concepita per sanare eventuali violazioni della legge o correggere errori di valutazione come per contro sancito dalla procedura di ricorso giusta l'art. 17 LEF. Inoltre la soluzione proposta con l'avamprogetto non appare adeguata ai tempi, relativamente rapidi della procedura esecutiva o fallimentare, trattandosi di un'azione di merito i cui tempi di evasione sono per definizione più lunghi di una procedura ricorsuale. Di conseguenza si auspica che anche lo svolgimento effettivo e l'esito dell'incanto possano essere impugnati mediante ricorso ai sensi dell'art. 17 LEF.

L'avamprogetto precisa che anche nella procedura di fallimento è possibile la realizzazione per via di incanto online. Grazie al corrispondente rimando si applicano i principi dell'incanto online stabiliti in relazione alla realizzazione nell'esecuzione in via di pignoramento.

Infine, per quanto attiene al campo di applicazione della nuova norma di cui al nuovo art. 129a dell'avamprogetto, la sua formulazione non sembrerebbe al momento inglobare (ma nemmeno escludere espressamente) eventuali realizzazioni di crediti o diritti non risultanti da titoli al portatore o all'ordine ai sensi dell'art. 99 LEF. Per una questione di chiarezza giuridica sarebbe pertanto opportuno precisare nella norma se si intende estendere le procedure online anche ai crediti.

2.4 Prescrizioni formali per le domande d'esecuzione

Ai fini del trattamento digitale diretto delle indicazioni del creditore nella domanda d'esecuzione, l'avamprogetto introduce una base legale che permette in futuro al Consiglio federale di emanare prescrizioni relative al contenuto e alla forma della domanda d'esecuzione nonché al numero dei crediti ammessi (cfr. 67 cpv. 4 AP-LEF). L'esecuzione è avviata dal creditore con la domanda d'esecuzione che va presentata all'Ufficio d'esecuzione e deve contenere le indicazioni sul debitore e sul credito o sui crediti (cfr. art. 67 cpv. 1 e 2 LEF). Oltre alle indicazioni necessarie sul contenuto, la LEF non prevede altre prescrizioni per la domanda d'esecuzione.

Nell'ambito della digitalizzazione degli uffici d'esecuzione, avvenuta negli scorsi anni in concomitanza con l'attuazione delle prescrizioni di e-LEF, sono stati redatti diversi nuovi moduli, tra cui anche il modulo relativo al precetto esecutivo. Un adeguamento fondamentale è stato di limitare il precetto esecutivo a due pagine da stampare sul recto e sul verso di un foglio. Il precetto esecutivo deve garantire che il suo contenuto sia chiaramente visibile, affinché il creditore sappia quale sia la situazione dei crediti escussi e possa, se del caso, fare opposizione o opposizione parziale. Inoltre, il precetto esecutivo deve essere trasmesso al debitore in forma cartacea e ne devono essere allestiti vari esemplari e copie. In caso di moduli di più pagine questo non è praticamente più possibile. Il creditore è invece libero di riassumere i singoli crediti se, ad esempio, da un determinato rapporto giuridico risultano più crediti. La conseguente limitazione a due pagine implica tuttavia anche la riduzione del numero dei campi da compilare e quello dei caratteri utilizzabili. In particolare, il numero massimo dei crediti indicabili sul modulo è stato ridotto a dieci.

La presente revisione viene quindi sostenuta, in quanto intende istituire una base legale per tale riduzione, che appare di particolare importanza nel contesto della digitalizzazione del settore esecutivo in atto in tutti i Cantoni.

2.5 Precisazione in merito all'esecuzione del sequestro

La modifica proposta intende permettere esplicitamente esecuzioni requisitorie del sequestro su tutto il territorio svizzero, a prescindere dal fatto che il coordinamento della procedura spetti a un giudice o a un ufficio. In seguito alla revisione del diritto in materia di sequestro intervenuta nel 2011 (Decreto federale dell'11 dic. 2009 che approva e traspone nel diritto svizzero la Convenzione concernente la competenza giurisdizionale, il riconoscimento e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale, RU 2010 5601), attualmente, è possibile sequestrare in una sola procedura i beni della controparte che si trovano su tutto il territorio elvetico. Per l'attuazione pratica di tali sequestri sono state sviluppate prassi cantonali differenti. Alcuni giudici cantonali sono dell'avviso che l'assenza di un rimando all'articolo 89 LEF nel vigente articolo 275 LEF si opponga all'assistenza giudiziaria degli uffici nella procedura di sequestro. In determinate situazioni questo impedisce un modo di procedere coordinato e una comunicazione efficiente che rischiano di vanificare gli effetti di diritto esecutivo del sequestro.

Anche se nel frattempo il Tribunale federale ha deciso che l'esecuzione coordinata del sequestro è ammessa (cfr. sentenza del Tribunale federale 5A_1000/2020 del 1. febbraio 2022 consid. 3.4 e 3.5), reputiamo che si imponga giustamente un rimando esplicito nella disposizione vigente all'articolo 89 LEF, affinché per la prassi sia chiaro che è possibile anche un sequestro requisitorio. Questo chiarimento eliminerebbe i dubbi che sussistono nella prassi nei confronti di questo efficiente e razionale modo di procedere.

2.6 Pagamento in contanti all'Ufficio d'esecuzione

Per intensificare ulteriormente la lotta al riciclaggio di denaro e al terrorismo e per facilitare il lavoro degli uffici d'esecuzione, la limitazione del pagamento in contanti a un massimo di 100'000 franchi, che dal 2016 si applica ai pubblici incanti, è estesa in generale ai pagamenti del debitore all'Ufficio d'esecuzione. A tale scopo l'articolo 12 LEF è completato con un nuovo capoverso 3.

Lo scrivente Consiglio prende atto della modifica, sottolineando come la stessa sia del tutto insufficiente. Nell'ottica di contrastare in maniera più efficace il fenomeno del riciclaggio e ritenendo come la cittadinanza tenda sempre più a utilizzare dei mezzi di pagamento perlopiù senza contanti, anche a seguito della pandemia, reputiamo che occorra abolire totalmente il pagamento agli sportelli e agli incanti pubblici, permettendo in tal modo da un lato di tracciare la provenienza del denaro incassato dagli Uffici di esecuzione e dagli Uffici dei fallimenti, dall'altro di tutelare maggiormente in termini di sicurezza i collaboratori dei due Uffici che si occupano dell'incasso, ritenendo altresì la citata tendenza da parte della popolazione a non più usare contanti. Reputiamo altresì che lo Stato debba adeguarsi alle regolamentazioni e prassi sviluppate in ambito bancario su questo aspetto, anche per una questione di coerenza verso la cittadinanza.

In ogni caso, concludiamo che la limitazione del pagamento in contanti debba essere di fr. 15'000 massimi. Tale importo corrisponde alla prassi bancaria attuale per operazioni

di cassa a contanti e senza formale identificazione della controparte, vincolata nella Convenzione di Diligenza della Banche 2020 e valida per tutti gli operatori del settore.

2.7 Attenuazione delle conseguenze della Legge federale del 18 marzo 2022 sulla lotta contro l'abuso del fallimento

Anche se non strettamente correlato al tema delle procedure elettroniche, riteniamo doveroso sottolineare che l'imminente abrogazione dell'art. 43 n. 1 e 1^{bis} LEF (cfr. Legge federale del 18 marzo 2022 sulla lotta contro l'abuso del fallimento) potrà avere delle ripercussioni finanziarie importanti per le casse dei cantoni e dei comuni, specialmente nei casi in cui la procedura di fallimento si conclude con la sospensione della stessa per mancanza di attivi. Sarebbe pertanto auspicabile che la modifica di legge oggetto della presente consultazione contempli anche una modifica dell'art. 230 cpv. 4 LEF, nella quale venga espressamente sancito che dopo la sospensione della procedura di fallimento per mancanza di attivi, tutte le esecuzioni promosse prima dell'apertura della stessa riprendono il loro corso, inclusa l'esecuzione promossa dal creditore che ha portato alla dichiarazione di fallimento. In questo modo si andrebbe ad attenuare una disparità di trattamento tra il creditore che ha avviato il fallimento (finito poi con una sospensione) e gli altri creditori. Una tale prassi risulta già essere utilizzata in alcuni Cantoni (cfr. a riguardo Vouilloz, PJA 2011, pag. 83; Dallèves/Foëx/Jeandin, Commentaire Romand, Poursuite et faillite, pag. 1013 ad art. 230)

Ringraziandola per l'attenzione che vorrà prestare a queste nostre osservazioni porgiamo, signora Consigliera federale, l'espressione della nostra alta stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Claudio Zali

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle finanze e dell'economia (dfe-dir@ti.ch)
- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Divisione delle contribuzioni (dfe-dc@ti.ch)
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 22. Juni 2022 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; SR 281.1) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Wir begrüssen die Vorlage, die bezweckt, die Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen weiter voranzutreiben. Insbesondere erachten wir die Schaffung einer klaren rechtlichen Grundlage für die Online-Versteigerung als Verwertungsmodus als angezeigt. Im Übrigen verzichten wir auf eine einlässliche Stellungnahme.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 30. September 2022



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

A blue ink signature of Urs Janett, consisting of several vertical and horizontal strokes.

Urs Janett

A blue ink signature of Roman Balli, featuring a large, stylized initial 'R' followed by a long horizontal stroke.

Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral de justice et police

**Par voie électronique (en version word
et pdf) à zz@bj.admin.ch**

Lausanne, le 12 octobre 2022

Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne) : procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur le projet de modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite.

Après avoir mené une consultation auprès des organismes concernés du canton, il a l'honneur de vous faire part de ses déterminations.

I. Remarques d'ordre général

Le Conseil d'Etat comprend et soutient de façon générale le but poursuivi par cette révision législative. Les modifications mises en consultation ont été plébiscitées par une grande majorité des organismes qui se sont exprimés lors de la consultation cantonale, si ce n'est par la totalité d'entre eux pour l'introduction de la vente aux enchères en ligne et la notification par voie électronique.

Si le Conseil d'Etat est favorable aux modifications proposées, il relève que certaines dispositions devraient encore être complétées, pour en assurer une meilleure efficacité et une intégration plus harmonieuse dans la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite.

II. Remarques particulières

Le Conseil d'Etat renvoie, pour les remarques particulières, au commentaire des dispositions qu'il joint à la présente réponse.

III. Conclusion

Le Conseil d'Etat soutient les modifications proposées. La vente aux enchères en ligne recueille un écho général très favorable parmi les organismes consultés au niveau cantonal, qui y voient une possibilité pour les offices de réaliser des objets mobiliers plus rapidement, en touchant un cercle de personne plus large, et d'améliorer la rentabilité des ventes, pour le bénéfice des créanciers, mais également des débiteurs. La notification par voie électronique, qui diminuera les coûts de notification et facilitera le stockage des documents, est également accueillie avec enthousiasme, dans la mesure où elle ne sera pas imposée, mais optionnelle. L'ajout d'informations du registre des habitants dans l'extrait du registre des poursuites permettra, moyennant une adaptation des systèmes informatiques du canton, de rendre l'extrait plus fiable, ce que les milieux économiques ont, dans l'ensemble, jugé opportun. Enfin, les autres modifications envisagées consistent essentiellement à adapter le droit à la réalité pratique actuelle ; il est adéquat de les intégrer à la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite.

Cela étant, le Conseil d'Etat précise que les dispositions soumises à la consultation doivent être affinées ou complétées. Il renvoie, pour le détail, au commentaire qu'il a fait, article par article, sur le projet.

Enfin, même si ce n'est pas l'objet du projet, la volonté d'améliorer la fiabilité et la pertinence de l'extrait du registre des poursuites démontre, de l'avis du Conseil d'Etat, la nécessité de poursuivre la réflexion plus générale concernant la mise en réseau des données des poursuites en Suisse.

En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez aux observations du Canton de Vaud, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER



Christelle Luisier Brodard



Aurélien Buffat

Annexe :

- Commentaire des dispositions

Copies :

- Office des affaires extérieures
- Direction générale des affaires institutionnelles et des communes

Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne) : procédure de consultation – annexe à la Réponse du Conseil d'Etat

Commentaire des dispositions :

Art. 8a, titre marginal et al. 3bis AP-LP :

Le Conseil d'Etat approuve cette modification, qui augmentera la pertinence de l'extrait du registre des poursuites, même s'il ne pourra jamais être exhaustif, et même si le for de la poursuite peut ne pas correspondre au domicile tel qu'enregistré au registre des habitants – en particulier en cas de for spécial de la poursuite. A ce titre, un rappel de ces réserves sur l'extrait des poursuites serait adéquat, pour attirer l'attention du destinataire sur la fiabilité par définition limitée de l'extrait.

La formulation « L'extrait concernant une poursuite » est malheureuse, car elle semble limiter l'extrait à une poursuite particulière. Le Conseil d'Etat propose de remplacer cette expression par « L'extrait du registre des poursuites ».

Le Conseil d'Etat relève que le domicile, l'emménagement ou le déménagement de certaines personnes (victimes, personnalités publiques, personnalités controversées, etc.) peut constituer une donnée sensible. La demande d'extrait ne devrait pas permettre de contourner les éventuelles restrictions à la consultation du registre des habitants prévues par le droit cantonal. Il pourrait être ainsi adéquat de prévoir une réserve en ce sens à l'art. 8a al. 3bis AP-LP, de manière que le requérant ne puisse pas obtenir, dans un tel cas, plus d'informations qu'il n'en a fourni, voire qu'il ne puisse pas obtenir la confirmation des informations qu'il possède déjà.

Enfin, le Conseil d'Etat estime qu'il est opportun de poursuivre la réflexion au sujet de la mise en réseau des données des poursuites dans toute la Suisse.

Art. 12, al. 3 AP-LP :

Le Conseil d'Etat approuve cette modification, mais préconise toutefois d'ajouter, à la fin de la première phrase de l'alinéa, « par poursuite ». Le plafond de 100'000 francs doit en effet s'appliquer non seulement à un paiement, mais au règlement d'une poursuite donnée. La règle introduite par le nouvel alinéa serait trop facilement contournée si l'on pouvait effectuer plusieurs paiements au comptant successifs dépassant au total un montant de 100'000 francs.

Art. 34, al. 2, 1re phrase AP-LP :

Le Conseil est favorable à cette modification, avec certaines réserves toutefois.

Il sied d'abord de signaler une erreur de plume. La version française de l'AP-LP, contrairement aux versions allemande et italienne, mentionne le terme « bis », ce qui est erroné ; il s'agit de modifier l'actuel art. 34 al. 2 LP et non l'art. 34 al. 2bis LP.

Afin que la notification par voie électronique reste optionnelle, même pour celui qui l'aurait dans un premier temps choisie, le Conseil d'Etat estime qu'un droit de rétraction (retrait du consentement à la notification électronique) devrait être explicitement prévu dans la loi.

La loi devrait également préciser, pour un acte électronique de défaut de biens, les modalités de la remise du titre acquitté à l'office par le créancier entièrement désintéressé (art. 150 al. 1 LP) et d'attestation de la somme pour laquelle le titre demeure valable en cas de désintéressement partiel (art. 150 al. 2 LP).

Art. 67, al. 4 AP-LP :

Le Conseil d'Etat n'a pas de remarque à formuler sur cette modification, qui suit la logique de numérisation de la procédure de poursuite.

Art. 125, titre marginal :

Le terme « officielle » est malheureux, car il laisse entendre que la vente en ligne et la vente de gré à gré seraient « officieuses ». Le Conseil d'Etat préconise l'utilisation de l'expression « vente aux enchères publique » à l'art. 125 AP-LP, ainsi qu'à l'art. 257 AP-LP, dont il sera question ci-dessous.

Art. 129a AP-LP :

Le Conseil d'Etat est favorable à l'introduction dans la LP de la possibilité de réaliser des biens meubles par une vente aux enchères en ligne, notamment en raison de la rentabilité et de la rapidité d'une telle solution.

Si le principe est approuvé sans réserve, quelques précisions s'imposent.

L'art. 129a AP-LP, qui renvoie uniquement à l'art. 129 al. 2 LP, ne dit pas ce qu'il advient lorsque le bien meuble est adjugé à un fol enchérisseur ; il conviendrait sans doute de prévoir simplement que l'office ordonne une nouvelle enchère (cf. art. 129 al. 3 LP).

Le Conseil d'Etat relève qu'il n'y a pas de renvoi de l'art 129a al. 4 AP-LP à l'art. 126 al. 2 LP. Si un objet ne trouve pas preneur lors d'une vente aux enchères en ligne, faut-il considérer que la poursuite cesse quant à l'objet à réaliser (art. 126 al. 2 LP) ou peut-on tenter de vendre à nouveau l'objet durant une vente aux enchères publique (« officielle ») ? Il conviendrait que l'avant-projet précise ce point.

Enfin, le Conseil d'Etat regrette que la vente aux enchères en ligne soit limitée à la réalisation des biens meubles. Cette possibilité devrait être étendue aux titres, créances, papiers-valeurs et autres droits.

Art. 132a, al. 4 AP-LP :

Le Conseil d'Etat adhère aux considérations du rapport explicatif et n'a pas de remarque à formuler sur cette nouvelle disposition.

Art. 256 al. 1 AP-LP :

L'alinéa renvoie aux enchères « officielles » de l'art. 125 AP-LP, alors que les art. 257ss LP prévoient des dispositions spéciales en la matière. Ce renvoi est à modifier. Le Conseil d'Etat propose la formulation suivante : « *Les biens appartenant à la masse sont réalisés par les soins de l'administration de la faillite, aux enchères publiques* [note : le Conseil d'Etat préfère ce terme à celui d'enchères « officielles »], *aux enchères sur une plateforme privée en ligne ou, si l'assemblée des créanciers le décide, de gré à gré.* ».

Art. 257, titre marginal AP-LP :

Le Conseil d'Etat voit deux erreurs de plume à corriger dans la version française, en remplaçant le chiffre « 2. » par la lettre « E. » et la lettre « a. » par le chiffre « 1. », comme dans la version actuelle et dans la version allemande de l'avant-projet.

Comme il l'a dit à propos du titre marginal de l'art. 125 AP-LP, « officielle » est malheureux, car il laisse entendre que la vente en ligne et la vente de gré à gré seraient « officieuses ». A nouveau, le Conseil d'Etat recommande l'utilisation de l'adjectif « publique ».

Art. 275 AP-LP :

Le Conseil d'Etat approuve cette modification, qui mettra un terme définitif aux divergences entre cantons.

* * *



2022.04190



Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et police
DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne



Date - 5 OCT. 2022

Procédure de consultation - Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (Extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions pour votre invitation du 22 juin 2022 concernant l'objet cité en référence et vous faisons part ci-après de la prise de position du Gouvernement valaisan.

La présente modification de la Loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite a pour objectif d'adapter les dispositions légales afin de mieux utiliser encore les possibilités offertes par la numérisation.

Le Gouvernement salue la possibilité de donner à tous les Offices de poursuites l'accès aux données des registres des habitants afin de pouvoir procéder à une clarification du lieu de domicile. Le processus de travail et la pertinence des renseignements sur les poursuites seront ainsi considérablement améliorés.

Par ailleurs, l'adaptation susmentionnée de la LP doit permettre de réglementer et d'encourager l'utilisation d'actes de défaut de biens électroniques. Celle-ci est certes déjà possible selon le droit en vigueur, pour autant que l'intégrité du fichier soit préservée, c'est-à-dire que d'éventuelles manipulations du fichier puissent être détectées de manière fiable, ce qui est déjà garanti aujourd'hui par la signature électronique selon la SCSE (Loi sur la signature électronique). Dans la pratique, il existe toutefois des ambiguïtés concernant la notion de "document original" utilisée. La clarification légale est apportée par cette adaptation et encourage l'utilisation d'actes de défaut de biens électroniques, ce qui facilite considérablement leur conservation et leur archivage.

Compte tenu des restrictions imposées pendant la pandémie, des ventes aux enchères en ligne ont déjà été organisées sur la base du droit d'urgence et de la Loi COVID-19. Elles étaient toutefois limitées jusqu'au 21 décembre 2021. L'expérience positive des ventes aux enchères en ligne a suscité le souhait de les prolonger. La modification proposée a pour but de créer une base juridique claire et de préciser les modalités.

En résumé, nous soutenons ces modifications de la Loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite.



En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président



Roberto Schmidt



Le chancelier



Philipp Spörri

Copie à zz@bj.admin.ch

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 25. Oktober 2022 sa

**Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellung und Online-Versteigerung)
Stellungnahme Kanton Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 haben Sie den Kanton Zug eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellung und Online-Versteigerung) Stellung zu nehmen.

Vorbemerkungen

Die Ziele, die mit dem vorliegenden Entwurf verfolgt werden, begrüssen wir. Sie sind für die Modernisierung des Betreibungswesens hilfreich und nötig. Dies gilt insbesondere für die Ermöglichung von Online-Verwertungen für Betreibungs- und Konkursämter. Das Konkursamt Zug hat sich bereits in den Jahren vor der Corona-Pandemie immer wieder mit der Frage auseinandergesetzt, ob unter geltendem Recht Online-Versteigerungen über eine Plattform eines privaten Anbieters zulässig sind. Diese Abklärungen haben jeweils zu einem negativen Resultat geführt. Während der Pandemie hat das Konkursamt Zug sodann von Art. 9 der Covid-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht Gebrauch gemacht und Vermögenswerte über die Plattform eines privaten Anbieters versteigert. Aufgrund der durchwegs positiven Erfahrungen hat das Konkursamt Zug zusammen mit dem Betreibungsamt Zug per 1. Januar 2022 eine gemeinsame eigene Versteigerungsplattform in Betrieb genommen. Um dies zu ermöglichen, war eine Bewilligung der kantonalen Aufsichtsbehörde nötig. Wir begrüssen, dass künftig Online-Versteigerungen unmittelbar gestützt auf das SchKG zulässig sein sollen. Damit wird vermieden, dass jedes Betreibungs- und Konkursamt eine Bewilligung der zuständigen Aufsichtsbehörde einholen muss. Zudem wird Rechtssicherheit geschaffen, indem sichergestellt wird, dass allgemein dieselben Regeln gelten und nicht ein Wildwuchs an kantonalen Bewilligungen entsteht.

Ergänzend stellen wir folgende Anträge:

Antrag 1:

Art. 8a Abs. 3^{bis} ist wie folgt zu ergänzen:

Der Zu- und Wegzugsort ist ebenfalls auf der Betreibungsauskunft anzugeben. Diese Angaben sollen zudem unabhängig vom fünfjährigen Einsichtsrecht angegeben werden dürfen. Weiter sollen die Kantone im EG SchKG die Zugriffsberechtigung der Betreibungsämter auf die Einwohnerdaten regeln und damit die gesetzliche Grundlage schaffen.

Begründung:

Für die Ausstellung eines Betreibungsregistrauszugs soll neu das Betreibungsamt den Meldeort des Schuldners überprüfen müssen und über die Zeitdauer der Anmeldung Auskunft geben. Dazu muss es auf die Daten der Einwohnerkontrolle uneingeschränkt zugreifen können. Um die gesetzliche Grundlage für den Zugriff auf die Daten der Einwohnerkontrolle für Betreibungsämter zu schaffen, soll der Umfang der Zugriffsberechtigung, d.h. welche Daten genau davon betroffen sind, festgelegt werden; zu diesen Daten gehören insbesondere das Geburts- und das Todesdatum.

Auf politischer Ebene wurde der schweizweite Betreibungsregistrauszug gefordert. Aus unserer Sicht ist das lediglich mit der Angabe des Zeitraums, in welchem der Schuldner sich im jeweiligen Betreibungskreis aufgehalten hat, nicht genügend umgesetzt. Es ist für den Gläubiger wichtig zu wissen, woher der Schuldner zu- und wohin er umgezogen ist, um beim Betreibungsamt am vorherigen wie am nachfolgenden Wohnort einen Betreibungsregistrauszug einholen zu können. Das wirkt zudem dem Missbrauch (geschönter Betreibungsauszug für eine Zeitperiode ohne Betreibungen) entgegen. Aus unserer Sicht haben die Angaben über den Zu-/Wegzug eines Schuldners nichts mit dem Einsichtsrecht in das Betreibungsregister zu tun. Es ist deshalb nicht einzusehen, wieso diese an die Fünfjahresfrist (Art. 8a Abs. 4 SchKG) gebunden sein sollten.

Eine explizite Regelung im Gesetz für die Datenabfrage beim Einwohnerregister fehlt, weshalb die gesetzlichen Grundlagen dafür in den kantonalen Gesetzen – sprich EG SchKG – geregelt werden müssen. Gemäss dem erläuternden Bericht (Seite 16 oben) scheint eine diesbezügliche Kompetenz auf Bundesebene zu fehlen. Konkret sollen die Betreibungsämter auf die Einwohnerdaten bezüglich Zu- und Wegzugsort (vgl. auch § 6a EG SchKG des Kantons Zürich), AHV-Nummer, Todesdatum, Arbeitgeber und Familienmitglieder zugreifen dürfen. Ein automatisierter Datenabgleich über eine Schnittstelle zur Fachanwendung soll zudem möglich sein, was ein effizientes und vor allem digitales Arbeiten erlauben würde. Der Zugriff auf diese Daten ist für Zuständigkeitsabklärungen des Betreibungsamts bezüglich des Betreibungsorts dringend notwendig. Zudem müssen im Zusammenhang mit dem Pfändungsvollzug weitere Abklärungen bezüglich Arbeitgeber, Familienmitglieder etc. vorgenommen werden. Schweizweit und auch im Kanton Zug ergeben sich bezüglich der Datenabfrage bei den Einwohnerregistern immer wieder Probleme mit dem Datenschutz. Eine diesbezügliche Regelung fehlt auch im Kanton Zug. Mit einer klaren Regelung im EG SchKG kann dieses Problem gelöst werden.

Antrag 2:

Art. 34 Abs. 2 erster Satz

Zusätzlich soll die Erweiterung und Vereinfachung der elektronischen Zustellung auch für Betreuungsurkunden (Zahlungsbefehle, Konkursandrohungen etc.) ermöglicht werden.

Begründung:

Seit 2017 sind alle Betreibungsämter Teil des eSchKG-Verbunds des Bundesamts für Justiz. Die Vorlage über die elektronischen Zustellungen sorgt für mehr Klarheit und ermöglicht eine medienbruchfreie Abwicklung des digitalen Betreibungsprozesses auch ausserhalb des eSchKG-Verbunds. Artikel 64 ff. SchKG soll in Verbindung mit Art. 34 SchKG für die Zustellung von Betreuungsurkunden anwendbar sein. Der elektronischen Zustellung einer Betreuungsurkunde soll mindestens ein erfolgloser Zustellversuch vor Ort vorausgehen. Zudem soll die elektronische Zustellung von Betreuungsurkunden im Einverständnis des Schuldners erfolgen. Diese Massnahme wurde während der Corona-Pandemie in der Weisung der Dienststelle Oberaufsicht für Schuldbetreibung und Konkurs Nr. 7 vom 16. April 2020 genehmigt. Die Handhabung dieser Zustellform hat sich in der Praxis bewährt. Sie fördert die Modernisierung und Digitalisierung im Betreibungswesen.

Antrag 3:

Art. 129a: Online-Versteigerungen sollen ausschliesslich über Online-Versteigerungsplattformen durchgeführt werden, die für jedermann zugänglich sind und von Betreibungs- und/oder Konkursämtern betrieben werden.

Begründung:

Gemäss Art. 129a Abs. 1 des Entwurfs sollen Versteigerungen über die Online-Plattform eines privaten Betreibers möglich bzw. zulässig sein. Fraglich ist, ob dies e contrario bedeutet, dass Versteigerungen über Plattformen, die von Betreibungs- und/oder Konkursämtern betrieben werden, nicht zulässig sein sollen. Wäre dem so, wäre dieses «Verbot» abzulehnen. Vielmehr ist zu fordern, dass die Online-Versteigerungen auf Plattformen der öffentlichen Hand durchzuführen sind.

Das Betreibungsamt Zug hat in Zusammenarbeit mit dem Konkursamt Zug eine eigene Online-Versteigerungsplattform «eGant» per 1. Januar 2022 in Betrieb genommen. Der Betrieb der eigenen Online-Versteigerungsplattform «eGant» wurde durch die Aufsichtsbehörde (Obergericht des Kantons Zug) bewilligt. Das Betreibungsamt Zug ist zudem berechtigt, für die anderen Betreibungsämter im Kanton im Rechtshilfeverfahren über die «eGant» Versteigerungen vorzunehmen. Diese Art der Versteigerung hat sich in den vergangenen Monaten bewährt und massiv zur Erleichterung der Verfahrensabwicklung beigetragen.

Die in der Vorlage angedachte Online-Versteigerung auf privaten Plattformen birgt viel Konfliktpotenzial. Zum einen kommt es bei der Nutzung von privaten Online-Versteigerungsplattformen (z.B. Ricardo) zum Abschluss eines privatrechtlichen Vertrags, der sich nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des privaten Anbieters richtet. Es können z.B. die Rechts- und Sachgewährleistung nicht wegbedungen werden. Im Weiteren können für die Betreibungs- und Kon-

kursämter in der Zwangsvollstreckung gängige Vermögenswerte wie Wertpapiere, Marken und Patente, Liquidationsanteile etc. über private Online-Versteigerungsplattformen aufgrund deren Ausschlussklauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht versteigert werden. Dies würde eine Verschlechterung des Status Quo bedeuten. Zudem würde ein paralleler Betrieb der eigenen «eGant» mit privaten Online-Versteigerungsplattformen nicht funktionieren, da die Kosten für die eigene «eGant» alleine mit der Versteigerung dieser von der Ausschlussklausel der privaten Anbieter betroffenen Vermögenswerte nicht gedeckt wären. Es müsste für diese Vermögenswerte wieder wie früher eine physische Versteigerung stattfinden. Das würde für die Betreibungsämter und das Konkursamt des Kantons Zug (und jener Kantone die bereits über eine eigene Online-Versteigerungsplattform verfügen) eine Verschlechterung im Verfahrensablauf darstellen. Auch für die Schuldner und die Gläubiger würde das zu einer Verschlechterung führen. Es hat sich herausgestellt, dass über die «eGant» mit viel höheren Verwertungserlösen gerechnet werden kann als bei physischen Versteigerungen. Entsprechend würde sich unter dem Strich auch für die Wirtschaft weniger Ertrag ergeben.

Zurzeit betreiben der Kanton Waadt, das Betreibungsamt Zürich 5, der Kanton Bern und das Betreibungsamt Zug in Zusammenarbeit mit dem Konkursamt Zug eine eigene Online-Versteigerungsplattform. Die Rückmeldungen dieser Kantone wie auch die eigenen Erfahrungen zeigen, dass die Online-Versteigerungsplattformen rege besucht werden und die Vermögenswerte zu einem guten Preis versteigert werden können. Überdies wären Versteigerungen auf den Online-Plattformen von privaten Anbietern nur noch gemäss Art. 5 SchKG anfechtbar, was zu vermehrten Staatshaftungsklagen führen würde. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der privaten Anbieter sind sehr umfangreich und komplex und können jederzeit nach deren Gutdünken angepasst oder abgeändert werden. Dabei entstehen für die Betreibungs- und Konkursämter Gefahren, die nicht abzuschätzen sind. Die Beschränkung der Versteigerung auf Online-Versteigerungsplattformen von privaten Anbietern ist deshalb abzulehnen. Die zwangsrechtliche Versteigerung ist ein hoheitlicher Akt der Zwangsvollstreckungsbehörde und soll es auch bleiben. Das Argument, dass auf privaten Online-Versteigerungsplattformen mehr Erlös erzielt wird als auf den Plattformen der Betreibungs- und/oder Konkursämter ist bislang nicht bewiesen. Mit Sicherheit ist der Erlös bei einer Versteigerung über eine Online-Plattform höher als bei physischen Versteigerungen.

Antrag 4:

Im Rahmen der vorliegenden Revision des SchKG sind im Gesetz Vorgaben für die Umsetzung von verfahrensrechtlichen Prinzipien bei Online-Versteigerungen festzuschreiben.

Begründung:

Diese Regeln dienen der Rechtssicherheit. Als Beispiel kann genannt werden, dass in der Generalexécution im Sinne von Art. 256 Abs. 3 SchKG eine Sofortverkaufsoption nicht zulässig ist. Für diese Vorgaben können bereits vorhandene Bewilligungen von kantonalen Aufsichtsbehörden zu Rate gezogen werden.

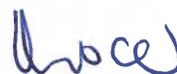
Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Zug, 25. Oktober 2022

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Martin Pfister
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- zz@bj.admin.ch (in Word- und PDF-Datei)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung (PDF)
- Obergericht (info.og@zg.ch) (PDF)
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch) (PDF)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch) (PDF)
- Amt für Wirtschaft und Arbeit (info.awa@zg.ch) (PDF)
- Handelsregister- und Konkursamt (contact.hra@zg.ch) (PDF)
- Verband der zugerischen betriebs- und Konkursbeamten (cornelia.loehri@stadzug.ch) (PDF)
- Datenschutzstelle des Kantons Zug (datenschutz.zug@zg.ch) (PDF)
- Staatskanzlei zur Veröffentlichung auf der Homepage (info.staatskanzlei@zg.ch) (PDF)



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

5. Oktober 2022 (RRB Nr. 1334/2022)

**Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs
(Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung);
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Juni 2022 haben Sie uns zur Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) eingeladen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns zu den einzelnen Teilbereichen wie folgt:

Wir begrüssen, dass auch im Konkurswesen die Digitalisierung Einzug halten soll. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die Verankerung eines Anspruchs auf elektronische Aus- und Zustellung zu einer erheblichen Änderung der Abläufe auf den Betreibungs- und Konkursämtern führen wird. Zwar können bereits heute gemäss Art. 33a Abs. 1 SchKG Eingaben in elektronischer Form erfolgen. Diese sind im Kanton Zürich aber die Ausnahme. Elektronische Verfügungen stellen die Zürcher Betreibungs- und Konkursämter bis heute nicht aus. Zur elektronischen Signierung und Versendung von digitalen Dokumenten durch die Betreibungs- und Konkursämter wird die entsprechende Infrastruktur zu beschaffen sein. Bei 44 Konkursämtern und 57 Betreibungsämtern im Kanton Zürich ist dafür mit einem nicht unerheblichen Aufwand zu rechnen. Zudem dürfte die vorgesehene Änderung zu einem Dualismus in der Verfahrensart führen. So ist in Konkursverfahren bisweilen eine Vielzahl von Gläubigerinnen und Gläubigern beteiligt. Verlangen nur einzelne Gläubigerinnen oder Gläubiger die elektronische Zustellung, sind die Verfahrensakten fortan teils physisch und teils elektronisch zu führen und zu archivieren. In Bezug auf die Prozesse auf dem Konkursamt stellt dies eine gewisse, wenn auch lösbare Herausforderung dar, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Versand eines Gläubigerzirkulars.

A. Betreuungsauskunft (Art. 8a Abs. 3^{bis} VE-SchKG)

Die Ergänzung der Betreuungsauskunft auf dem Betreuungsauszug soll der Einschränkung des Schuldner-tourismus dienen. Im Kanton Zürich ist seit dem 1. April 2020 eine entsprechende Bestimmung in Kraft, wonach das Betreibungsamt, wenn ein Betreuungsauszug über eine Person verlangt wird, abklärt, ob die Person im Betreibungskreis gemeldet ist oder während der letzten fünf Jahre gemeldet war. Zudem vermerkt das Betreibungsamt auf dem Betreuungsauszug das Zuzugs- und das Wegzugsdatum, wenn diese innert der letzten fünf Jahre liegen, bzw. dass die Person innert dieser Frist nicht im Betreibungskreis gemeldet war (§ 6a Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 26. November 2007 [EG SchKG, LS 281]). Der Zugriff auf die entsprechenden Daten erfolgt dabei zwingend über die kantonale Einwohnerdatenplattform (§ 23 Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister [LS 142.1]). Wir schliessen aus dem erläuternden Bericht (S. 16 «... wird in der Regel ein Online-Zugriff auf die Daten der Einwohnerkontrolle erfolgen müssen»), dass diese Lösung weiterhin Bestand haben kann. Dies muss unseres Erachtens bereits aus der allgemeinen Organisationsautonomie der Kantone (Art. 47 Abs. 2 Bundesverfassung [BV, SR 101]), aber auch indirekt aus Art. 122 BV folgen.

Ergänzend ist – gestützt auf unsere Erfahrungen – auf folgende Schwachstellen der vorgeschlagenen Lösung hinzuweisen:

- In den meisten Fällen bildet der Ort, an dem die Schriften der Schuldnerin oder des Schuldners bei der Einwohnerkontrolle hinterlegt sind (nachfolgend «Meldeort»), den tatsächlichen Betreuungsort. In seltenen Fällen, namentlich bei den besonderen Betreuungsorten (Art. 48 ff. SchKG), ist dieser jedoch allenfalls nicht deckungsgleich mit dem Meldeort. Im Ergebnis könnte somit ein Betreibungsregisterauszug am Meldeort der Schuldnerin oder des Schuldners leer sein und im Betreibungsregister des Spezialdomizils Einträge enthalten. Die vorliegende Änderung von Art. 8a VE-SchKG vermag daran nichts zu ändern.
- Die Auskunft gemäss Art. 8a Abs. 3^{bis} VE-SchKG beschränkt sich auf den betreffenden Betreibungskreis. Die Person, die um Auskunft ersucht, kann folglich nicht sicher sein, ob in einem anderen Betreibungskreis weitere Einträge bestehen, und sie muss, wenn die angefragte Person in den letzten Jahren umgezogen ist, beim vor dem Umzug zuständigen Betreibungsamt ebenfalls eine Auskunft anfordern.
- In der Praxis bilden Betreibungen, die am Aufenthaltsort eingeleitet werden (Art. 48 SchKG), häufig Anlass zu Unsicherheiten. Auch mit der vorliegenden Anpassung von Art. 8a Abs. 3^{bis} VE-SchKG kann die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller nicht sicher sein, ob doch in einem anderen Betreibungskreis weitere Einträge bestehen.

Diesen Umständen könnte mit der systematischen Verwendung der AHV-Nummer (AHVN13) entgegengetreten werden. Für die systematische Verwendung der AHVN13 durch die Betreibungsämter wird gemäss Art. 153c Abs. 1 Bst. a Ziff. 4 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10) eine gesetzliche Grundlage vorausgesetzt. Wir regen an, im SchKG eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen. Dabei verweisen wir darauf, dass das Bundesamt für Justiz kürzlich eine Weisung ankündigte, welche die Betreibungsämter der Schweiz anhält, die AHV-Nummer aus statistischen Gründen bei der ersten Datenerfassung zu ermitteln und im System zu hinterlegen.

Festzuhalten ist jedoch, dass für eine bestmögliche Nutzung der Digitalisierung eine schweizweite Betriebsauskunft in Betracht gezogen werden sollte, bei der die Daten aus einem elektronischen Netzwerk, dem alle Betriebsämter angeschlossen sind, bezogen und der anfragenden Person zur Verfügung gestellt werden können.

Schliesslich verweisen wir darauf, dass im Kanton Zürich bei der Inkraftsetzung von § 6a EG SchKG nicht sämtliche Einwohnerkontrollen Daten über die letzten fünf Jahre elektronisch zur Verfügung stellen konnten. Im Sinne einer Übergangslösung wurden die betroffenen Betriebsämter angewiesen, auf dem Betriebsregisterauszug einen entsprechenden Vorbehalt abzudrucken, der darauf hinwies, dass nicht geprüft werden konnte, ob die betroffene Person in den letzten fünf Jahren im Betriebskreis gemeldet war. Seit Juli 2022 verfügen nun sämtliche Betriebsämter im Kanton Zürich über die Daten der letzten fünf Jahre, sodass der Vorbehalt nicht mehr gedruckt wird. Ob die entsprechenden Daten in allen Gemeinden aller Kantone vorhanden sind, erscheint uns fraglich. Dieser Umstand müsste bei der Inkraftsetzung berücksichtigt werden.

B. Barzahlungen (Art. 12 Abs. 3 VE-SchKG)

Die Betriebsämter müssen bei der Einzahlung am Postschalter Auflagen in Bezug auf die Geldwäscherei erfüllen (Deklarationspflicht), wogegen Schuldnerinnen und Schuldner sich bei Barzahlungen über Fr. 100 000 an das Betriebsamt bezüglich der Herkunft des Geldes nicht erklären müssen. Die vorgeschlagene Änderung trägt diesem Punkt Rechnung und wird begrüsst. Zumindest in der Botschaft sollte jedoch klargestellt werden, worauf sich die Obergrenze von Fr. 100 000 bezieht (einzelne Betreuung und nicht Teilzahlung).

C. Elektronische Zustellung (Art. 34 Abs. 2 VE-SchKG)

Wie im erläuternden Bericht zutreffend ausgeführt, bestehen bei einer «neuen Nummer» (Fortsetzung einer Betreuung bei einem anderen Betriebsamt als auf dem Zahlungsbefehl angegeben) regelmässig Unsicherheiten darüber, ob die Gläubigerin oder der Gläubiger für die Fortführung der Betreuung die Originalurkunde (Zahlungsbefehl bzw. Verlustschein des «ursprünglichen» Amtes) vorzulegen hat. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung ist es den Gläubigerinnen und Gläubigern nun möglich, eine elektronische Zustellung von Mitteilungen, Verfügungen und Entscheiden zu verlangen. Besonders wichtig ist die zuverlässige Unterscheidung des Originals von einem Doppel. Dies wird mit der elektronischen Signatur gewährleistet. Damit ist die Erstellung und die Kennzeichnung des Originals geregelt und entspricht den bundesgerichtlichen Vorgaben (BGE 128 III 380 E. 1.2). Ersetzt das Betriebsamt den ursprünglich ausgestellten Verlustschein mit einem neuen, wird die «Originalurkunde» nicht mehr herausgegeben, sondern nur der neue Verlustschein. Anders verhält es sich, wenn die Schuldnerin oder der Schuldner eine Teilzahlung direkt bei der Gläubigerin oder dem Gläubiger leistet. Gemäss Art. 150 Abs. 2 SchKG bescheinigt das Betriebsamt auf dem Verlustschein, für welchen Betrag die Forderung noch zu Recht besteht. Dies setzt entweder eine manuelle Anpassung des Originals voraus, was zu einer zweiten ZertES-Unterzeichnung auf demselben Dokument führen würde, oder das Betriebsamt hätte, entgegen dem Wortlaut von Art. 150 Abs. 2 SchKG, einen neuen Verlustschein auszustellen. Gleiches gilt bei der Herabsetzung eines Konkursver-

lustscheines (Art. 265 SchKG), wobei im Kanton Zürich die Betreibungsämter nicht von der gleichen Person geführt werden wie die Konkursämter. Das Betreibungsamt hätte somit das Konkursamt mit der Erstellung eines neuen Originals zu beauftragen.

Für das Betreibungsamt stellt die Umsetzung von Art. 34 Abs. 2 VE-SchKG einen Mehraufwand in der administrativen Erledigung der Geschäfte dar. Das Amt hätte in der Datenbank die betroffenen Gläubigerinnen und Gläubiger entsprechend zu kennzeichnen, sodass diese künftig nur noch elektronische Mitteilungen erhalten. Es ist damit eine weitere Unterscheidung der Personen in der Datenbank nötig. Die Betreibungsämter haben ohnehin Schwierigkeiten damit, die Übermittlung der Akten bzw. Daten an die Gläubigerinnen und Gläubiger zuverlässig zu regeln. Neben den eSchKG-Versionen 2.1.x und 2.2.x, wonach bei letzterer beispielsweise Rechnungen elektronisch übermittelt werden können und somit dafür keine postalische Sendung mehr vorgesehen ist, haben sie nun auch zu berücksichtigen, welche (Gross-)Gläubigerinnen und Gläubiger welchen Übermittlungsweg für spezifische Mitteilungen und Verfügungen gewählt haben. Handelt es sich um Betreuungsurkunden (Zahlungsbefehle oder Konkursandrohungen), sind zudem darauf die entsprechenden (tieferen) Gebühren anzugeben. Diese weitere Unterscheidung der Kommunikation mit den Gläubigerinnen und Gläubigern (aber auch mit den Schuldnerinnen und Schuldnern, sofern ein entsprechendes Begehren um elektronische Kommunikation gestellt wird) macht die Bearbeitung fehleranfälliger.

Zu prüfen ist unseres Erachtens überdies, ob Personen, welche die elektronische Eingabe gewählt haben, tatsächlich die Zustellung in Papierform verlangen können sollen.

Aus Sicht der Gerichte ist sodann zu bedenken, dass die vorgeschlagene Regelung in Art. 34 Abs. 2 VE-SchKG – auch wenn sie zur Hauptsache auf elektronische Verlustscheine abzielt – im Zusammenspiel mit Art. 34 Abs. 1 SchKG auch für Zivilgerichte gelten wird, soweit diese als Aufsichtsbehörden nach Art. 13 SchKG tätig sind (insbesondere in Beschwerdeverfahren nach Art. 17 f. SchKG). Das gilt im Kanton Zürich (vgl. § 13 EG SchKG); wir gehen davon aus, dass es sich in anderen Kantonen, in denen Zivilgerichte als Aufsichtsbehörden amten, gleich verhält. Im Übrigen richten sich die Verfahren vor den Zivilgerichten dagegen (abgesehen von hier nicht interessierenden Ausnahmen) stets nach der Zivilprozessordnung (ZPO, SR 272). Auch diese enthält eine Bestimmung über die elektronische Zustellung (Art. 139 ZPO), die im Wesentlichen mit dem geltenden Art. 34 Abs. 2 SchKG übereinstimmt. Die beiden Bestimmungen wurden mit dem Bundesgesetz vom 18. März 2016 über die elektronische Signatur (SR 943.03) in das SchKG bzw. die ZPO eingefügt und einheitlich ausgestaltet. Es ist vor dem Hintergrund des Projektes Justitia 4.0 und der dadurch durch das Bundesamt für Justiz anhand genommenen Gesetzgebungsarbeiten darauf zu achten, dass diese Regelungen auch künftig einheitlich bleiben und keine unnötigen Unterschiede der vor den Zivilgerichten massgeblichen Verfahrensordnungen nach dem SchKG und der ZPO entstehen. Dies liegt auch im Interesse der Rechtsunterworfenen und damit im Besonderen im Verfahren der Beschwerde nach Art. 17 f. SchKG, das oft von juristischen Laiinnen und Laien in Anspruch genommen wird. Abschliessend verweisen wir darauf, dass auf Verordnungsstufe geregelt werden sollte, dass die elektronischen Eingaben in strukturierter Form über die Zustellplattform eSchKG erfolgen müssen. Eingaben in anderer Form müssten übertragen werden, was aufwendig und fehleranfällig wäre. Dazu müsste die Plattform eSchKG allerdings ausgebaut und auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Verbundteilnehmenden angepasst werden.

D. Vorgaben an Betreibungsbegehren (Art. 67 Abs. 4 VE-SchKG)

Mit BGE 144 III 355 vom 3. Mai 2018 hat das Bundesgericht die Zulassung von mehr als zehn einzelnen Forderungen in einem Betreibungsbegehren mangels einer gesetzlichen Grundlage gutgeheissen. Dies hat bei den Betreibungsämtern zu Schwierigkeiten geführt, da sie in den (seltenen) Fällen, in denen die Gläubigerin oder der Gläubiger mehr als zehn Forderungen mit einem Begehren in Betreuung setzte, nicht ohne zusätzlichen Aufwand in die Software einspeisen konnten bzw. die entsprechenden Betreuungsurkunden von Hand anpassen mussten (gegebenenfalls mit einem zusätzlichen Blatt). Mit der vorgeschlagenen Änderung wird die Bearbeitung der Geschäftsfälle vereinfacht und sorgt zugleich für eine Verbesserung der Rechtssicherheit, was wir begrüssen.

E. Versteigerung über private Online-Plattformen (Art. 129a und 256 Abs. 1 VE-SchKG)

Art. 129a VE-SCHKG: Das SchKG kennt als mögliche Verwertungsarten die öffentliche Versteigerung (Art. 125 ff. SchKG), den Freihandverkauf (Art. 130 SchKG) sowie die Forderungsabtretung (Art. 131 SchKG). Dem Bedürfnis der Online-Verwertung wurde im Kanton Zürich insofern entsprochen, als 2018 den Betreibungsämtern vom Obergericht die «eGant» bewilligt wurde. Seither können im Rahmen der öffentlichen Versteigerung bewegliche Gegenstände und Forderungen online verwertet werden. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv. Im Zuge des Bewilligungsverfahrens wurden verschiedene Vorgaben der öffentlichen Versteigerung erfüllt, die bei der Übertragung in die digitale Welt berücksichtigt werden mussten (z. B. dreimaliger Aufruf).

Die Versteigerung über eine private Online-Plattform als neue zusätzliche Verwertungsart weist zahlreiche Vorteile gegenüber der öffentlichen Versteigerung auf. Beispielsweise kann damit ein grösseres Publikum erreicht werden (damit wird dem Gebot der Erlösmaximierung Genüge getan), die Verwertungskosten halten sich in einem überschaubaren Rahmen (u. a. entstehen keine Publikationskosten) und das Betreibungsamt ist in seinem Vorgehen flexibler. Gerade die geringen Verwertungskosten und die Flexibilität führten dazu, dass sich in den letzten Jahren in der Praxis der Freihandverkauf gemäss Art. 130 SchKG immer grösserer Beliebtheit erfreute. Eine Partei kann dieses Verfahren jedoch mit einer formlosen und unbegründeten Ablehnung verhindern. Mit Art. 129a Abs. 2 in Verbindung mit Art. 132a Abs. 4 VE-SchKG muss die Beschwerdeführerin oder der Beschwerdeführer nun die Ablehnung für die vorgesehene Verwertungsart begründen, was letztlich zu grösserer Rechtssicherheit führt.

Art. 256 Abs. 1 VE-SchKG: Dass die Konkursämter zukünftig die Möglichkeit haben sollen, Konkurssubstrat grundsätzlich voraussetzungslos über private Online-Auktionsplattformen zu veräussern, wird ausdrücklich begrüsst. Im Vorentwurf ist der Verweis auf Art. 129a VE-SchKG betreffend das konkrete Vorgehen bei der Online-Auktion in Abs. 1 von Art. 256 VE-SchKG enthalten, und Art. 231 Abs. 3 Ziff. 2 SchKG, der bloss auf die Abs. 2–4 von Art. 256 SchKG verweist, soll nicht geändert werden. Wir verstehen die Vorlage deshalb so, dass in summarischen Konkursverfahren insbesondere die Vorgabe von Art. 129a Abs. 2 VE-SchKG, wonach die Beteiligten vorab durch Verfügung über die geplante Online-Versteigerung informiert werden müssen, nicht gilt.

Im erläuternden Bericht wird ausgeführt, dass bei der Verwertung von Vermögensgegenständen von bedeutendem Wert im Sinne von Art. 256 Abs. 3 SchKG sogenannte Sofort-



Kaufen-Optionen nicht zulässig seien, da damit das Recht der Gläubigerinnen und Gläubiger, höhere Angebote zu machen, eingeschränkt werde (S. 23). Dabei wurde wohl übersehen, dass das «Recht auf höheres Angebot» eine Voraussetzung der Zulässigkeit eines Freihandverkaufs ist (Art. 256 Abs. 3 SchKG), die Versteigerung über eine private Online-Plattform aber als neue, eigenständige, damit vom Freihandverkauf abgegrenzte Verwertungsart im Gesetz verankert werden soll (Art. 129a, 256 Abs. 1 VE-SchKG). Die einzige Voraussetzung dieser Verwertungsart ist diejenige der Annahme eines besseren Verwertungsergebnisses (erläuternder Bericht, S. 21 und 24). An die Voraussetzungen des Freihandverkaufs, wie auch das «Recht auf höheres Angebot», ist diese Verwertungsart nicht gebunden.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Ernst Stocker

Dr. Kathrin Arioli



Par mail : zz@bj.admin.ch

Berne, le 17 octobre 2022

Consultation : Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP)

Madame, Monsieur,

Vous nous avez invités à prendre position sur le projet de consultation susmentionné. Nous vous remercions vivement de nous avoir donné l'occasion de nous exprimer.

Contexte de départ

La révision présentée vise à adapter des dispositions légales pour mieux utiliser les possibilités offertes par la numérisation dans le domaine de la poursuite pour dettes et de la faillite. Tout d'abord, les offices devront vérifier le domicile déclaré de la personne concernée en consultant les informations du registre des habitants avant d'établir l'extrait du registre des poursuites. Par ailleurs, les règles applicables à la notification électronique seront partiellement revues dans l'objectif d'encourager notamment l'usage des actes électroniques de défauts de biens. Finalement, un cadre légal est fixé pour la vente aux enchères de biens meubles sur les plateformes en ligne.

Vérification du domicile et notification électronique

Considérant *Art. 8a, titre marginal et al. 3bis* au sujet de la vérification par les offices du domicile déclaré par une consultation des données du registre des habitants avant l'établissement de l'extrait du registre des poursuites, Le Centre salue la proposition du Conseil fédéral, mais estime qu'elle reste insuffisante. Dans son Avis du 29.06.2016 en réponse à la Motion Candinas 16.3335, le Conseil fédéral convient qu'en raison de la notion de domicile civil sujette à interprétation, l'office des poursuites ne peut que vérifier si une personne s'est annoncée dans son arrondissement. Sans compter que certains offices de poursuite n'ont pas la possibilité de contrôler si une annonce a eu lieu dans leur arrondissement. Par ailleurs, les registres des habitants tout comme les registres des poursuites ne sont pas toujours complets et actualisés après des changements de nom ou d'adresse. Une centralisation du registre des poursuites ou une mise en lien électronique des différents offices et réseaux seraient insuffisantes d'après le rapport du Conseil fédéral au postulat 12.3957 Candinas.

Au vu des considérants et afin de néanmoins répondre à ces défis, Le Centre est d'avis qu'un service d'adresses pour toute la Suisse n'est pas impératif à condition par exemple que chaque nouvelle poursuite soit saisie en lien avec le numéro AVS à partir d'un jour prédéfini. Si cela ne devait être possible, Le Centre soutiendrait au moins une mise en réseau et sinon une centralisation du registre des poursuites.

Réalisation des biens du débiteurs via des plateformes en ligne

Le Centre salue également l'extension de la notification par voie électronique ainsi que la vente aux enchères de biens mobiliers sur des plateformes en ligne. Au vu de l'évolution générale du droit et de l'évolution des outils à disposition, il nous semble pertinent d'avancer vers une plus grande digitalisation tout en offrant également un niveau élevé de sécurité dans l'utilisation de ces plateformes.

Le Centre soutient des administrations efficaces et est ainsi favorable aux réductions de charges qu'une plus grande digitalisation peut apporter dans ce cas précis. Par ailleurs, Le Centre partage l'appréciation du Conseil fédéral qu'une vérification par les offices du domicile déclaré entraînerait des conséquences positives pour l'Etat avec une plus grande pertinence du registre des poursuites et pour l'économie avec une baisse de pertes notables pour les créanciers, en particulier les bailleurs privés de logements.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleurs,

Le Centre

Sig. Gerhard Pfister
Président Le Centre Suisse

Sig. Gianna Luzio
Secrétaire générale Le Centre Suisse



Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Per Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2022

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen die folgende Stellungnahme. Wir befürworten die vorgeschlagenen Änderungen. Allerdings ist für die EVP die vorgeschlagene Obergrenze für Bargeldzahlungen mit 100 000 Franken zu hoch angesetzt. Wir beantragen, dass Zahlungen bis zu einem Betrag von 15 000 Franken in bar (statt 100'000) geleistet werden können. Höhere Zahlungen sollen über einen Finanzintermediär nach dem Geldwäschereigesetz abgewickelt werden. Bargeldzahlungen bergen ein hohes Missbrauchsrisiko für Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

Das internationale Anti-Geldwäscherei-Gremium FATF fordert deshalb in seinen Empfehlungen besondere Sorgfaltspflichten für Finanzinstitute, die den Schwellenwert von 15 000 CHF übersteigen. Finanzintermediäre haben in der Schweiz Sorgfaltspflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung bereits bei Barzahlungen ab 15 000 Franken. Die Betreibungsämter hingegen haben keine solche Pflichten und sind deshalb in Bezug auf Geldwäscherei missbrauchsgefährdet. Im Hinblick auf die Bekämpfung der Geldwäscherei gibt es keinen sachlichen Grund für die unterschiedliche Behandlung von Banken und Betreibungsämtern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vorschläge und Anliegen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Studer'.

Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Rutz'.

Roman Rutz
Generalsekretär EVP Schweiz

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 19. Oktober 2022
SchKG_Digitalisierung / MZ

Elektronischer Versand:
zz@bj.admin.ch

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsaukunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Vorlage setzt drei parlamentarische Vorstösse um. Diese fordern Anpassungen, die mit den neuen Möglichkeiten der Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen einhergehen oder bereits in der Praxis angewendet werden, aber aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen bei den rechtsanwendenden Behörden zu erheblicher Rechtsunsicherheit führt.

Von der Digitalisierung sind positive Effekte auf die Rechtssicherheit zu erwarten sowie ein unbürokratischerer Austausch mit den Ämtern. Diese punktuellen Digitalisierungsschritte senken zusätzlich die Kosten im Bereich der Aufbewahrung von Dokumenten und stärken die Interessen der Gläubiger, indem die Konkursmasse mittels Versteigerung auf Online-Plattformen vermehrt wird. Die Digitalisierung des Rechtsverkehrs bedeutet sowohl für Private als auch für Behörden und Justiz eine Effizienzsteigerung und entspricht einem zentralen liberalen Anliegen. Angesichts der genannten Gründe und unter Wahrung der Gläubigerinteressen unterstützt FDP.Die Liberalen Schweiz die Vorlage grundsätzlich, bringt jedoch punktuelle Anmerkungen an.

Elektronische Zustellungen gemäss Art. 34 Abs. 2 VE-SchKG

Mittels der Vorlage sollen die elektronische Zustellung und Korrespondenz ausgeweitet und, in Erfüllung der Motionen Fiala [19.3694](#) und [20.4035](#), insbesondere die Verwendung elektronischer Verlustscheine gefördert werden. Im Zeitalter der Digitalisierung sollten die gesetzlichen Bestimmungen angepasst werden, damit eine elektronische Version der Verlustscheine aufbewahrt werden kann und diese ihre Gültigkeit behalten. Im Sinne der Medienbruchlosigkeit sollen deshalb fortan in gesetzlich bestimmten Fällen Mitteilungen und Entscheidungen vom Betreibungsamt grundsätzlich auf dem elektronischen Weg zugestellt werden. Diese Änderung ist zeitgemäss und begrüssungswert, vereinfacht das Verfahren, senkt die Bürokratiekosten und fördert zugleich den Austausch von elektronischen Schriftstücken. Obschon die formalen Anforderungen an rechtsverbindlichen Zahlungsbefehlen hoch sind, fordert die FDP auch hier die elektronische Zustellung, denn nur so können die effektiven Betreibungskosten grossmehrheitlich gesenkt werden.

Versteigerungen über Online-Plattformen gemäss Art. 129a VE-SchKG

Schliesslich soll die Versteigerung von beweglichen Vermögensgegenständen über Online-Plattformen ausdrücklich gesetzlich geregelt werden. Während der Pandemie wurden für die Veräusserung digitale Ausnahmeregelungen vorgesehen, welche von den Ämtern begrüsst wurden und die Forderung nach einer Verlängerung bzw. Überführung ins ordentliche Recht gestellt wurde. Die Pandemie hat der Gesell-

schaft und der öffentlichen Hand modernere und digitale Möglichkeiten für die Bewältigung der Alltagsarbeit eröffnet, diese Vorzüge gilt es beizubehalten. Aufgrund der genannten Forderungen begrüsst die FDP die Gewährung der Wahlmöglichkeit bei Versteigerung und somit die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Betreibungsämter. Im Sinne der Weiterverwendung bestehender Ressourcen, gilt es nicht nur private Online-Plattformen zu ermöglichen, sondern auch jene der Betreibungsämter. So wird zusätzlich die Forderung gestellt, dass Betreibungsämter auch Versteigerungen über eigene Online-Plattform abwickeln können.

Wir danken Ihnen, für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun



Per E-Mail

Bundesamt für Justiz

Bundesrain 20

3003 Bern

zz@bj.admin.ch

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt die vorliegende Vorlage im Grundsatz: Die Wohnsitzkontrolle bei der Betreibungsregistrauskunft erhöht die Aussagekraft des Betreibungsregistrauszugs im Interesse der Beteiligten (siehe nachfolgend unter Ziff. 2.1), die Digitalisierung der Betreibungsdokumente für die Bürger:innen steigert die Kund:innenfreundlichkeit der Betreibungsämter (siehe untenstehend Ziff. 2.2) und die Limitierung der Bargeldzahlungen bei den Betreibungsämtern ist eine sinnvolle Massnahme zur Geldwäschereibekämpfung, auch wenn hier noch eine weitergehendere Verschärfung fordern (siehe unter Ziff. 2.3).

2 Kommentar zu den wichtigsten Bestimmungen

2.1. Wohnsitzprüfung bei der Betreibungsauskunft (Art. 8a Abs. 3^{bis} VE-SchKG)

Wie der Bundesrat im Erläuternden Bericht korrekt feststellt, hat der Betreibungsregistrauszug für Bürger:innen und Unternehmen in der Schweiz eine wichtige praktische Bedeutung.¹ Deshalb ist die

¹ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 6.

Aussagekraft dieser Betreuungsauskünfte zentral. Vor diesem Hintergrund unterstützt die SP Schweiz die vorgesehene Prüfung, ob die Person des betreffenden Betreibungsregisterauszugs tatsächlich Wohnsitz und somit Betreuungsort im ausstellenden Betreuungskreis hat.² Eine höhere Verlässlichkeit der Betreibungsregisterauszüge erleichtert es somit Bürger:innen und Unternehmen mittels einer staatlichen Auskunft, die Bonität ihrer Vertragspartner:innen besser beurteilen zu können. Damit kann auch der sog. «Schuldner:innentourismus» besser bekämpft werden. Dies ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil die Bürger:innen und Unternehmen somit weniger angewiesen sind auf Bonitätsauskünfte von Privatunternehmen, die oft mit datenschutzrechtlich heiklen Methoden operieren³ und damit ein wichtiger Beitrag dafür geleistet wird, dass die Bonitätsauskunft als sensibler Bereich auch weiterhin eine hoheitliche staatliche Aufgabe bleibt.

2.2. Elektronische Zustellung von Betreibungsdokumenten (Art. 34 Abs. 2 VE-SchKG)

Die SP Schweiz unterstützt die vorgeschlagene einheitliche Ermöglichung der elektronischen Zustellung von Betreibungsdokumenten. Insbesondere die Schaffung eines Anspruchs auf Verlustscheine in elektronischer Form entspricht einem praktischen Bedürfnis. Auch ganz grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass im Betreuungswesen nicht nur zwischen den Betreibungsämtern, sondern auch im Verhältnis zwischen Betreibungsämtern und Bürger:innen resp. Unternehmen die elektronische Kommunikation ausgebaut wird. Dies steigert die Benutzer:innenfreundlichkeit und spart Kosten.⁴ Wichtig ist für uns dabei die in Art. 34 Abs. 2 VE-SchKG festgeschriebene Freiwilligkeit der elektronischen Zustellung auf Seiten der Bürger:innen⁵: Im Bereich digitalisierte Verwaltung ist für uns im Sinne der Gleichbehandlung aller Bürger:innen wichtig, dass elektronisch angebotene Dienstleistungen für weniger digital-affine Nutzer:innen auch zukünftig immer noch auch in Papierform verfügbar sind.⁶

2.3. Beschränkung von Barzahlungen ans Betreibungsamt (Art. 12 Abs. 3 VE-SchKG)

Wie der Bundesrat im Erläuternden Bericht zutreffen feststellt, bergen Bargeldzahlungen in grosser Höhe eine Missbrauchsgefahr⁷, insbesondere im Bereich Geldwäscherei⁸. Vor diesem Hintergrund begrüsst die SP Schweiz die vorgesehene Senkung der Schwelle der zulässigen Bargeldzahlungen an das Betreibungsamt. Diese geht unserer Ansicht nach allerdings zu wenig weit: Heute sind digitale

² Vgl. Erläuternder Bericht, S. 19f.

³ Vgl. Postulat ehem. SP-Nationalrat Jean Christophe Schwaab 16.3682 Die Tätigkeiten von Wirtschaftsauskunfteien einschränken.

⁴ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 9.

⁵ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 16.

⁶ Vgl. Legislaturziele SP-Bundeshausfraktion 2019-2023, Februar 2019, S. 60.

⁷ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 18f.

⁸ Vgl. Motion SP-Nationalrat Fabian Molina 21.4549 Verhinderung von Geldwäscherei. Verbot von Barkäufen bei Immobilien.

Zahlungen gerade bei hohen Geldbeträgen weit verbreitet, akzeptiert und für die Zahlenden ohne Weiteres zumutbar. Deshalb fordern wir eine entsprechende weitere deutliche Senkung der Schwelle der zulässigen Bargeldzahlungen. Konsequenterweise muss diese Schwelle gleichermassen auch gleich bei Barzahlungen bei öffentlichen Steigerungen von beweglichen Sachen und Forderungen sowie von Grundstücken gesenkt werden. Die SP Schweiz beantragt deshalb, Art. 12 Abs. 3 VE-SchKG und Art. 129 Abs. 2 VE-SchKG folgendermassen anzupassen:⁹

Art. 12 SchKG

3 Zahlungen können bis zum Betrag von **15 000 Franken** in bar geleistet werden. Bei höheren Zahlungen ist die Zahlung des diesen Betrag übersteigenden Teils über einen Finanzintermediär nach dem Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997 abzuwickeln.

Art. 129 SchKG

2 Die Zahlung kann bis zum Betrag von **15 000 Franken** in bar geleistet werden. Liegt der Preis höher, so ist der Teil, der diesen Betrag übersteigt, über einen Finanzintermediär nach dem Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997 abzuwickeln. Im Übrigen bestimmt der Betriebsbeamte den Zahlungsmodus.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Claudio Marti
Politischer Fachsekretär

⁹ Vgl. Vernehmlassungsantwort Transparency International Schweiz, 21.9.2022, S. 1.

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD
3003 Bern

Elektronisch an:
zz@bj.admin.ch

Bern, 30. September 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorentwurf schlägt hauptsächlich vor:

- 1) Dass die Betreibungsämter bei der Ausstellung einer Betreibungsauskunft eine Abklärung des Meldeortes der Person, über welche die Auskunft ausgestellt wird, vornehmen müssen. Die betreffenden Angaben sind dann auf der Betreibungsauskunft zu vermerken;
- 2) Dass die Zustellungen in bestimmten Fällen standardmässig elektronisch erfolgen soll und es soll ein Anspruch des Empfängers auf elektronische Zustellung geschaffen werden. Damit sollen insbesondere die Verbreitung elektronischer Verlustscheine in der Praxis gefördert und Unsicherheiten im geltenden Recht beseitigt werden;
- 3) Dass die Versteigerungen über eine private Online-Plattform als Verwertungsart von beweglichen Vermögensstücken ausdrücklich im Gesetz geregelt werden;
- 4) Dass Barzahlungen an das Betreibungsamt in Zukunft auf 100 000 Franken beschränkt werden.

Die SVP lehnt die Vorlage vollumfänglich ab. Insbesondere die Bestimmung, wonach Barzahlungen über CHF 100'000 mittels Finanzintermediär gemäss Geldwäschereigesetz abgewickelt werden müssen, wird abgelehnt. Die Vorschläge vermögen die Möglichkeiten der Digitalisierung allesamt nicht besser nutzen.

- 1) Die Angabe der Zu- und Wegzugsdaten wird bspw. im Kanton Zürich seit 1. April 2020 praktiziert. Gemäss Auskunft funktioniert dies im Grundsatz gut. Für die Geschuchsteller bedeutet dies eine gewisse Verbesserung der Aussagekraft einer Betreibungsauskunft. Gemäss Behördenauskunft werden mit dem vorliegenden Vorschlag in der Praxis Einträge manuell «von einer Datenbank in eine andere» übertragen, dies kann elektronisch oder sogar handschriftlich erfolgen. Das ist mitnichten «Digitalisierung» im Sinne einer Effizienzsteigerung – bei jedem Auskunftsbeglehen aufs Neue und gerade mal für eine allfällige Auskunft über ein Verfahren in einem Betreibungskreis. Ist eine Person umgezogen, muss beim letzten Betreibungsort wieder eine Auskunft ersucht werden usw.

- 2) Die Vorlage läuft der weiteren Digitalisierung der Betreibungsverfahren zuwider. Mit der beabsichtigten Formulierung wird ein steter Wechsel zwischen elektronischer Zustellung und einer solchen auf Papier zugelassen. Das kann kein praktisches Bedürfnis sein. Weiter muss klargestellt werden, dass nicht jede beliebige Plattform oder unstrukturierte Eingabeart (bspw. Emails) eine elektronische Eingabe im Sinne der angestrebten Digitalisierung sein kann – diese ergeben regelmässig keinen Effizienzgewinne, sind fehleranfällig sowie technisch und datenschutzrechtlich problematisch.
- 3) Online-Plattformen geniessen heute über eine grosse Reichweite. Deshalb ist es im Sinne der Verwertung von Alltagsgegenständen wünschenswert, Online-Versteigerungen mit der Schaffung klarer rechtlicher Modalitäten zu ermöglichen. Hingegen ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb private Betreiber neu öffentliche Zwangsversteigerungen übernehmen sollen. Bei der Zwangsversteigerung handelt es sich um einen originär-staatlichen Zwangsverwertungsakt. Es besteht aus ordnungspolitischer Sicht die Notwendigkeit, die angestrebte Stossrichtung einer vertieften Prüfung zu unterziehen. Wir geben zudem zu bedenken, dass die jeweiligen Steigerungskonditionen den gesetzlichen Vorgaben widersprechen könnten.
- 4) Der erläuternde Bericht überzeugt zum Punkt «*Barzahlungen an das Betreibungsamt*» nicht. Zahlungen, die den Betrag von 100 000 Franken übersteigen, sind auch in Zukunft nicht über einen Finanzintermediär gemäss dem Geldwäschereigesetz abzuwickeln. Dem zahlungswilligen Schuldner ist auch in Zukunft die Möglichkeit zur unbegrenzten Barzahlung zu gewähren.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa
Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller
Nationalrat



**OFFICE DES POURSUITES
DU DISTRICT
DE LA BROYE-VULLY**

Rue de la Gare 45 CP 300
1530 Payerne

N/réf.
Philippe GERMANN
(à rappeler dans toute correspondance)
Ligne directe : 026 557 37 50 - E-mail : info.opbv@vd.ch

V/Réf.

Date
16 août 2022

AVANT PROJET

Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP) (Extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne)

Ouverture de la procédure de consultation du 22 juin 2022
Le délai imparti pour la consultation court jusqu'au 17 octobre 2022.

Prise de position et remarques (projet) de Ph. Germann, préposé de l'office des poursuites de la Broye-Vully, 1530 Payerne

Art. 8a al. 3 AP-LP

1.1.2. et 2.2.1. - Vérification du domicile pour l'extrait du registre

La formulation "*L'extrait concernant une poursuite*" n'est pas *heureuse*.
Le texte devrait être : L'extrait du registre des poursuites, comme s'intitule le formulaire fédéral.

L'extrait du registre de poursuites (art. 8a LP) a pour premier but de renseigner des tiers sur les éventuelles procédures de poursuite introduites contre une citoyens.

Les personnes intéressées à avoir accès à ces informations sont des futurs relations qui sont susceptible d'accepter d'entrer en relation d'affaires avec lesdits citoyens (établissement financier en vue d'accorder un prêt, propriétaire/gérance en vue de conclure un contrat de bail, fournisseurs de marchandises, la liste n'est exhaustive).

Le for de la poursuite ordinaire est au domicile du débiteur (art. 46 LP). L'Office des poursuites - en raison du for de la poursuite - est compétent pour enregistrer une réquisition de poursuite, notifier un commandement de payer, exécuter une saisie.

La notion de domicile au sens de l'art. 46 LP est celui prévu à l'art. 23 CC : "le domicile de toute personne est au lieu où elle réside avec l'intention de s'y établir, l'endroit où la personne a son centre d'intérêt, l'endroit où il rentre aussi souvent que son activité le lui permet".

Le domicile personnel se trouve à l'endroit où le débiteur se trouve en **fait**, notamment au lieu où il rentre chaque soir pour y passer la nuit (Pierre Robert Gilliéron, Poursuite pour dettes, faillite et concordat, 5^e édition, p. 93 § 377)

Le domicile administratif, fiscal ou autre peut être un indice (Commentaire Romand, Poursuite et faillite, art. 46 LP, p. 145 § 10).

La notion de domicile de l'art. 46 LP ne s'appuie pas sur l'inscription du poursuivi au contrôle des habitants, comme pour d'autres activités étatiques (par exemple : aide sociale, subside, permis de séjour).

D'autre part, l'art. 48 LP détermine que le débiteur qui n'a pas de domicile fixe peut être poursuivi au lieu où il se trouve.

Le législateur - lors de la rédaction de ces dispositions - avait déjà anticipé le fait que le débiteur ne s'inscrivait pas systématique au contrôle des habitants et a permis ainsi au créancier de poursuivre son débiteur à l'endroit où il se trouve abstraction de toute inscription dans un registre communal ou autre.

Le domicile du débiteur est communiqué à l'office par les indications contenues sur la réquisition de poursuite (ou réquisition de continuer la poursuite) déposée par le créancier. (CR art. 46 LP, p. 145 § 12).

L'Office ne vérifie l'adresse du débiteur qu'en regard de sa compétence territoriale. Il n'a pas à effectuer de contrôle supplémentaire (Commentaire Romand, Poursuite et faillite, art. 67 LP, p. 267 § 5 et p. 269 § 16).

Avec les dispositions de l'art. 8a al. 3 bis AP-LP, le législateur veut imposer à l'office des poursuites qui délivre un extrait du registre des poursuites, la mention d'une information provenant des contrôles des habitants communaux.

Les contrôles des habitants sont alimentés par la volonté des citoyens, lesquels annoncent leur départ et leur arrivée. Une partie des débiteurs ne sont pas aussi diligents avec les formalités administratives et n'annoncent ni leur départ, ni leur arrivée dans une commune. Ces renseignements sont dès lors pas probants.

L'Office des poursuites du for de la poursuite (art. 46 LP) est compétent pour délivrer un extrait du registre (art. 8a LP) des poursuites introduites sur son arrondissement à ce dit for.

Les règles qui régissent le for de la poursuite et le for de la délivrance d'un extrait sont les mêmes et comme vu ci-dessus, elles ne dépendent pas de l'inscription ou non au contrôle des habitants de la localité de domicile.

Faire figurer sur les extraits du registre des poursuites un renseignement tel que l'inscription au contrôle des habitants n'a pas de sens, puisque l'office ne s'appuie pas sur ce renseignement pour déterminer le for de la poursuite. Cette information va à l'encontre de la règle du for de la poursuite (art. 46 LP).

Ce renseignement supplémentaire aura, principalement, pour effet de cautionner un renseignement dont l'Office des poursuites ne maîtrise pas la source et qui ne fonde pas le for de la poursuite.

Le Tiers qui consulte un extrait du registre des poursuites, sur lequel figure une indication concernant l'inscription au contrôle des habitants pour une période donnée, est en droit de s'y fier et de le considérer comme probant ; alors que dans les faits, aucune certitude ne peut être attribuée à cette information et que l'office ne s'y base pas pour décider de l'introduction d'une poursuite.

L'information de la mention des dates d'arrivée et/ou de départ de la commune de domicile ne détermine pas la durée de validité d'un extrait du registre des poursuites, pas plus qu'elle prolonge (chiffre 3 p. 17 du rapport explicatif).

La LP ne fixe d'ailleurs nullement la durée de validé d'un extrait du registre des poursuites, le tiers qui le consulte ou l'examine détermine, selon ses propres critères, si son établissement est assez récent ou pas.

Avec ces nouvelles dispositions, le législateur impose des responsabilités aux offices des poursuites alors qu'elles ne lui incombent pas. Cette obligation va à l'encontre des dispositions en vigueur en matière de for de la poursuite (notamment art. 46 et 48 LP).

Pour ces motifs, même si l'idée de fond est compréhensible et défendable, à savoir protéger les futures relations d'affaires des débiteurs *volages*, sur la forme, ces nouvelles dispositions ne garantissent pas la sécurité du droit et crée une impression de protection supplémentaire d'un extrait du registre des poursuites vierges, alors qu'en définitive, les renseignements ajoutés ne garantissent pas plus sa *valeur* ou l'utilité de l'extrait délivré, ni ne le rendent plus pertinent.

A mon avis, il appartient au créancier de s'assurer des domiciles précédents de sa future relation d'affaires (voir 2^e et 3^e § ci-dessus), cas échéant il lui incombe de requérir de la part du futur cocontractant une attestation de domicile.

Comme dit, il n'appartient pas à l'office des poursuites de fournir des renseignements qui échappent à sa sphère d'influence et surtout de vérification/contrôle, et - au risque de me répéter - des informations qui ne créent pas le for de la poursuite.

Art. 34 al. 2 AP-LP

1.1.3. et 2.1.2 Notification par voie électronique

Se posera un jour futur la question de la cession de ces actes de défauts de biens transmis électroniquement entre le créancier actuel et un nouveau créancier.

Art. 125, 129a, 256 al. 1 et 257 AP-LP

1.1.4 et 2.1.3. - Enchères en ligne

Art. 125, titre marginal

2. Vente aux enchères officielle...

Proposition : 2. Vente aux enchères *publiques*

Cette terminologie est utilisée dans l'article 125 LP "La réalisation est faite aux enchères publiques...".

Le terme *officielle* laisse sous-entendre que la vente en ligne (art. 129a AP-LP) ou la vente de gré à gré (art. 130 LP) ne sont pas officielle.

Art. 129a al. 4 AP-LP :

L'art. 129a al. 4 AP-LP ne renvoie pas au 2^e alinéa de l'art. 126 LP.
Est-ce un oubli ou le législateur laisse-t-il la possibilité à l'office de procéder à une vente aux enchères publique (art. 125 LP) de l'objet qui n'aurait pas trouvé preneur en ligne ?

Art. 257, titre marginal

2. Vente aux enchères officielle...

Proposition : 2. Vente aux enchère *publiques*

Cette terminologie est utilisée dans l'article 125 LP et 256 al. 1 LP "les biens ... sont réalisés ... aux enchères publiques ...".

Le terme *officielle* laisse sous-entendre que la vente en ligne (art. 129a AP-LP) ou la vente de gré à gré (art. 130 LP) ne sont pas officielle.

Art. 67 al. AP-LP

1.1.5. et 2.1.4 - Exigences pour la réquisition de poursuite

Pas de commentaire.

Cet article ancre dans la loi les dispositions des ordonnances émises en matière de réquisitions de poursuite. Les textes des ordonnances pourront ainsi être imposées aux parties (créanciers).

Art. 275 AP-LP

1.1.6. et 2.1.5. - Précision concernant l'exécution du séquestre

Cette modification mettra un terme aux divergences entre certains cantons.

Art. 12 al. 3 AP-LP

1.1.7. et 2.1.6. - Limitation des paiements au comptant du débiteur à l'office.

Même si, à ce jour, je n'ai pas eu connaissance d'un processus de blanchiment d'argent à travers le paiement de poursuites ; il est important que toutes les législations fédérales s'accordent sur le plafond fixé par la Finma.

Après la modification du plafond autorisés pour l'encaissement lors de vente aux enchères (art. 129 al. 2 et 136 al. 2 LP), il est important que l'art. 12 LP soit modifié dans ce sens.

Une précision pourrait être apportée :

³ Les paiements peuvent être effectués au comptant jusqu'à 100'000 francs *par poursuite*.

Par exemple : une poursuite totalise Fr. 150'000. Le débiteur verse Fr. 50'000 durant trois jours successifs. Il peut ainsi contourner et rendre inefficace la disposition proposée.

Conséquences et conclusions

Art. 8a al. 3 AP-LP

La vente en ligne d'objets saisis peut réduire la charge de travail de l'office des poursuites (2 ventes en ligne en 2021 pour l'Office des poursuites de la Broye Vully : gain de temps estimé : 8 heures annuelles).

Temps à investir pour procéder aux vérifications et compléments requis par les nouvelles dispositions de l'art. 8a al. 3 AP-LP (11'600 extraits du registre des poursuites délivrés en 2021 : temps estimé pour les contrôles et modifications : 3-5 minutes par extrait = 34'800-58'000 heures annuelles pour l'OP Broye-Vully).

La conséquence pour les cantons en termes de volume de travail est énorme ; pour un résultat très faible en matière de pertinence des informations fournies.

L'argument du chiffre 4.4 du rapport explicatif n'est pas pertinent. Les bailleurs ont des alternatives pour vérifier l'adresse de leur futur locataire.

Autres modifications

Pas de remarque

Aspect juridique

Art. 8a al. 3 AP-LP

L'art. 8 al. 2 et 3 LP stipule :

- ² Les procès-verbaux et les registres font foi jusqu'à preuve du contraire.
- ³ L'office des poursuites rectifie d'office ou sur demande d'une personne concernée une inscription inexacte.

La tenue des registres de l'office des poursuites est prévue aux articles 8 à 12 OFORM. Les indications supplémentaires devant figurer dans l'extrait du registre des poursuites doivent être stipulées dans ces articles. L'avant-projet est muet à ce sujet.

S'il s'avère que les données que l'office fait figurer sur un extrait du registre des poursuites en relation avec l'inscription de l'intéressé au contrôle des habitants de la Commune sont erronées, du fait que le registre communal contient une erreur, quid de la responsabilité et de la rectification des données figurant sur le document délivré par l'office en regard de l'art. 8 al. 3 LP ?

Autres modifications

Pas de remarque

Je me tiens à la disposition des lecteurs pour cas échéant commenter ou compléter les remarques ci-dessus.

Office des poursuites de la Broye-Vully

Philippe GERMANN, préposé

Gentile Signora
Consigliera Federale
Karin Keller-Sutter
Dir. DFGP
3003 Berna

zz@bj.admin.ch

Lugano, 17 ottobre 2022

Procedura di consultazione: modifica della LEF

Gentile Signora Consigliera Federale,
Gentili Signore ed Egregi Signori,

La Camera Ticinese dell'economia fondiaria (CATEF) è l'associazione che da oltre 60 anni tutela gli interessi dei proprietari immobiliari ticinesi.

I nostri soci sono particolarmente toccati dalle modifiche in oggetto; pertanto vi ringraziamo per averci coinvolti nella procedura di consultazione.

Di seguito troverete le nostre osservazioni.

Ad art. 8a rubrica e cpv. 3 bis - Consultazione e informazione

Nell'ambito della nostra attività l'estratto dell'ufficio esecuzione e fallimenti attesta soprattutto la solvibilità piuttosto che l'esistenza di procedure esecutive o anche di atti di carenza beni a carico di inquilini o interessati alla locazione. Esso è quindi di primaria importanza perché permette al locatore, prima della stipulazione di un contratto, di immaginare se un'eventuale relazione contrattuale con l'interessato comporti rischi finanziari elevati; in costanza di contratto esso permette invece al locatore di valutare se a fronte di una determinata situazione debitoria valga la pena o meno di procedere giudizialmente per l'incasso dei crediti scoperti.

Sempre più spesso i locatori si vedono però confrontati con estratti dell'UEF falsificati (!) mediante scanner o fotocopie manomesse con dati non veritieri; altre volte gli interessati presentano estratti privi di esecuzioni, perché è appena stato modificato il domicilio, proprio con l'intenzione di procurarsi un estratto UEF positivo.

La proposta di aggiungere alle informazioni dal registro delle esecuzioni anche l'indicazione se la persona figura registrata nel registro degli abitanti del circondario d'esecuzione e in caso da quando, è una modifica assolutamente benvenuta e necessaria; essa **permette di migliorare la qualità dell'estratto rendendolo più completo e indicativo della situazione reale, limitando il rischio di pesanti ed evitabili problemi in futuro.**

Come ben illustrato nel progetto, si tratta solo di un miglioramento e non di una soluzione effettiva per tutti i casi. Si può considerare come un primo passo - indispensabile! - nella giusta direzione.

Pur comprendendo anche le difficoltà pratiche per il singolo ufficio esecuzione e fallimenti, è **però peccato che esso non debba comunicare se l'interessato sia nel contempo anche registrato altrove e in caso dove.**

Ad art. 34 cpv. 2 primo periodo

La modifica intende promuovere la notifica degli avvisi e delle decisioni degli uffici d'esecuzione e fallimenti (e delle autorità di vigilanza) per via elettronica, pur lasciando ancora ai richiedenti la possibilità di chiederne il rilascio nella versione in originale e cartacea. A prima vista non intravediamo alcuna criticità in questa proposta, ritenuto che non siamo in grado di valutare la possibilità di un eventuale uso abusivo del documento trasmesso per via elettronica al momento in cui il richiedente volesse trasmetterlo oltre; se quindi ad esempio il debitore chiedesse l'estratto da poi trasmettere a terzi... Nell'interesse dei nostri associati, siamo assolutamente favorevoli alle soluzioni che presentano meno rischi possibili di abusi.

Ad art. 129a - Incanto su piattaforma in linea privata

Già da qualche tempo in Ticino gli oggetti messi all'asta si pubblicizzano sul sito del Cantone, ciò che conferisce pubblicità agli oggetti in vendita e alle condizione d'incanto. L'incanto si tiene poi di presenza presso l'ufficio di esecuzione e fallimenti.

La possibilità di procedere secondo una procedura integralmente online può sicuramente, a dipendenza di diversi fattori e delle caratteristiche locali, anche rilevarsi utile in determinati cantoni.

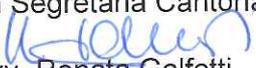
Abbiamo nondimeno delle perplessità in merito al fatto che la piattaforma in linea sia condotta da un gestore privato e non dall'ente pubblico. Riteniamo che quest'ultimo offra maggiori garanzie di ampia pubblicità (tutti gli interessati si recano su un sito del Cantone invece che su un sito privato), e i funzionari cantonali devono forzatamente offrire garanzie per un corretto svolgimento della procedura.

Nei confronti di questa nuova proposta siamo dunque perplessi... Ci "tranquillizza" il fatto che saranno comunque i singoli cantoni a determinare le modalità più adatte per il proprio territorio.

Ad art. 275 - Esecuzione del sequestro

La modifica trova il nostro pieno consenso.

Ringraziando Lei, on. Signora Consigliere Federale, e i Suoi collaboratori per l'attenzione che porterete alle nostre osservazioni, inviamo i sensi della nostra stima

La Segretaria Cantonale

Avv. Renata Galfetti

Par courrier et courriel
**Département fédéral de justice
et police**
Palais Fédéral Ouest

3003 Berne

Paudex, le 30 août 2022
FD

Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne) – réponse à la consultation

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir consultés dans le cadre du dossier susmentionné et vous faisons part, dans le délai imparti, de notre prise de position.

1. Remarques générales

Cette révision de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite a pour objectif d'adapter les dispositions légales afin de mieux utiliser encore les possibilités offertes par la numérisation dans le contexte de la poursuite pour dettes et de la faillite.

Il est prévu que les offices soient tenus de vérifier le domicile déclaré de la personne concernée en consultant les données du registre des habitants avant l'établissement de l'extrait du registre des poursuites. En outre, les règles applicables à la notification électronique sont partiellement revues afin de favoriser notamment l'usage des actes électroniques de défaut de biens. Enfin, un cadre légal est fixé pour la vente aux enchères de biens meubles sur des plateformes en ligne.

L'extrait des poursuites est un document important et souvent demandé dans le cadre de relation contractuelle, afin que le créancier puisse apprécier la solvabilité du débiteur. En matière de location de logement, ce document est systématiquement demandé. Actuellement, l'office des poursuites ne vérifie pas le domicile déclaré de la personne, ce qui permet à une personne d'obtenir un extrait vierge alors qu'elle serait criblée de dettes dans le district de son précédent domicile. La révision proposée va améliorer la fiabilité et la pertinence de l'acte, ce que nous approuvons.

Quant aux autres objets de la révision, ils vont essentiellement dans le sens d'une adaptation du cadre légal aux pratiques de certains offices, ce qui paraît souhaitable.

2. Remarques particulières

A. Article 8a al. 3bis LP – Droit de consultation et extrait

Cette nouvelle disposition prévoit que l'extrait des poursuites mentionne si la personne concernée était inscrite au registre des habitants de l'arrondissement de poursuite durant la période sur laquelle il porte et, le cas échéant, dans quel intervalle durant cette période.

Ce contrôle du domicile déclaré opéré par l'office lors de l'établissement de l'extrait des poursuites permettra d'améliorer la fiabilité et la pertinence du document ou, à tout le moins, attirera l'attention du créancier sur le fait que le débiteur a peut-être des poursuites à son précédent domicile si le domicile mentionné sur l'extrait devait être récent. Dans la mesure où ce document est passablement demandé dans le cadre de relations contractuelles, il est important qu'il puisse renseigner de manière satisfaisante la partie l'ayant demandé.

Le Centre Patronal (CP) soutient donc cette nouvelle disposition.

B. Article 12 al. 3 LP – Paiements en mains de l'office des poursuites

La révision prévoit de limiter les paiements au comptant jusqu'à CHF 100'000.- en mains de l'office. Si le paiement devait être plus élevé, le paiement du montant excédentaire devrait être effectué par l'entremise d'un intermédiaire financier au sens de la loi sur le blanchiment d'argent.

Ce plafond à CHF 100'000.- est déjà prévu dans le cadre de la vente aux enchères et de la réalisation des immeubles. Selon le rapport explicatif (p. 12), il existe au minimum un certain potentiel d'abus, de tels paiements sont extrêmement rares et ces paiements génèrent un surcroît de travail pour l'office.

Dans la mesure où une telle limitation n'alourdit pas le processus de règlement des dettes par le débiteur, nous pouvons la soutenir.

C. Article 34 al. 2 LP - Notification par écrit et par voie électronique

Cette disposition prévoit la possibilité que la personne concernée puisse demander que les communications, les mesures et les décisions lui soient notifiées par voie électronique ou qu'une telle notification se fasse automatiquement lorsque la personne concernée a transmis ses actes par voie électronique sans demander expressément une notification sur papier.

Cette disposition allégera la procédure et favorisera les actes électroniques. Nous pouvons la soutenir, étant précisé que la notification du commandement de payer continuera de se faire sur papier, elle n'est donc pas visée par cette modification.

D. Articles 125, 129a, 132a al. 4 et 256 al.1 LP – Enchères en ligne

L'article 129a de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP) crée une base légale à la vente aux enchères en ligne et en régit la procédure. Ce nouveau mode de réalisation viendra s'ajouter aux modes existants (vente aux enchères publiques, de gré à gré). Le choix de la vente en ligne présupposera qu'elle permet d'obtenir un produit plus élevé.

Actuellement, la LP ne prévoit pas expressément la vente aux enchères en ligne, mais elle ne l'exclut pas non plus. Son admissibilité est controversée alors que divers offices vendent déjà des biens meubles aux enchères. Certains utilisent des plateformes en ligne connues et d'autres exploitent leur propre plateforme.

Par ailleurs, l'ordonnance du 16 avril 2020 COVID-19 justice et droit procédural prévoit à son article 9 la vente aux enchères en ligne comme mode de réalisation possible. Cette disposition était limitée au 31 décembre 2021. Selon le rapport explicatif (p. 10), les offices qui ont fait usage de cette possibilité l'ont appréciée et souhaitent donc une prolongation de la norme.

Par conséquent, nous soutenons également ce nouveau mode de réalisation que l'office garde la liberté de choisir, afin d'obtenir un produit plus élevé, dans l'intérêt du débiteur et du créancier.

3. Conclusions

La révision proposée tend à améliorer la pertinence de l'extrait des poursuites, adapte le droit aux pratiques de certains offices et allège la procédure, de sorte que le CP soutient cette révision.



En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre position, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre considération distinguée.

Centre Patronal

Frédéric Dovat

Per Email:
zz@bj.admin.ch

St. Gallen, 29. September 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und On-line-Versteigerung)

Sehr geehrter Herr Oppliger,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns angebotene Gelegenheit, zum Vorentwurf der Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und On-line-Versteigerung) Stellung nehmen zu dürfen. Nachfolgend erhalten Sie fristgerecht unsere Überlegungen zu dieser bedeutenden Änderung des SchKG.

Seit 1888 widmet sich der Gläubigerverband Creditreform in der Form einer Genossenschaft der Aufgabe, Geschäfte ihrer Genossenschafter sicherer zu machen und sie vor unnötigen Debitorenausfällen zu bewahren. Creditreform bietet Wirtschaftsauskünfte sowie Inkassodienstleistungen aus einer Hand an. Creditreform verfügt heute über ein Netz von rund 180 Geschäftsstellen in Europa und sieben selbständige Kreisbüros in der Schweiz. Mehr als 165'000 Unternehmen in Europa sind Mitglieder bei Creditreform. Diese beziehen jedes Jahr über 22 Millionen Wirtschafts- und Bonitätsauskünfte.

Creditreform unterstützt den Vorentwurf grundsätzlich. Dennoch möchten wir nachfolgend noch präzisierende Bemerkungen wie folgt anbringen:

Zu Art. 8a Abs. 3^{bis}

Wir unterstützen die Bekanntgabe des Wohnortes bei der Erteilung einer Betreibungsregisterauskunft. Wir weisen aber darauf hin, dass die Politik der Betreibungsauskunft eine Bedeutung beimisst, die gefährlich ist. Denn Betreibungen fallen erst spät an. Vorher zeigen sich Anzeichen von Zahlungsverzug im Zahlungsverhalten von Personen und Unternehmen, die früher zu erkennen sind. Deshalb ist es zum Schutz der Schuldner und der Gläubiger wichtig, dass Private bereits vorsorgliche Instrumente wie Bonitätsauskünfte zur Verfügung stellen, die es ermöglichen, eine Betreibung überhaupt zu vermeiden, indem eine Person mit Zahlungsverzug gar nicht erst gegen Rechnung beliefert wird. Dies ist heute insbesondere für Online-Bestellungen von höchster Bedeutung. Es wäre positiv, wenn die Politik diesem vorbeugenden Ansatz Rechnung tragen würde, statt bei der Bonitätsauskunft immer neue Einschränkungen zu verordnen.

Zu Art. 12 Abs. 3

Creditreform unterstützt das Vorhaben, mit der Obergrenze von CHF 100'000.- die Geldwäscherei bekämpfen zu wollen.

Zu Art. 34 Abs. 2

Creditreform unterstützt den Vorschlag, sofern er ermöglicht, die Bürokratie zu verringern und er sich auch positiv auf die Gebühren und Kosten im Betreibungswesen auswirkt. Wir vertreten jedoch die

Auffassung, dass die Thematik der Betreibungsgebühren und -kosten vom Bundesgesetzgeber grundsätzlich an die Hand genommen werden müsste, um die Kantone in der Effizienzsteigerung dieser wichtigen Tätigkeit zu unterstützen und zu begleiten. Es kann nicht sein, dass Betreibungen aufgrund der hohen Kosten systematisch ausbleiben. Hinzu kommt, dass die Anforderungen zur Beseitigung des Rechtsvorschlages viel zu hoch sind und folglich gar nicht erst betrieben wird. Dies schadet der Gesamtwirtschaft und der Moral jener Schuldner, die ihre Schulden korrekt und fristgerecht begleichen.

Die Voraussetzungen für ein effizientes Betreibungswesen sind laufend zu verbessern. Dies liegt im Interesse der Gläubiger und so wäre es wünschenswert, wenn auch der Zahlungsbefehl elektronisch zugestellt werden könnte. Dies mit dem klaren Ziel, die Betreibungskosten zu senken.

Für Creditreform ist es aber auch wichtig darauf hinzuweisen, dass der Föderalismus ein wichtiger Pfeiler für unsere doch schlanken Strukturen der öffentlichen Hand ist. Mit der Angabe des Wohnortes kann der Aufwand des Gläubigers reduziert werden. Eine unnötige weitere Ausweitung durch Vernetzung oder gar ein zentrales Register wird abgelehnt.

Art. 67 Abs. 4

Grundsätzlich unterstützen wir die vorgeschlagene Delegation.

Sehr geehrter Herr Oppliger, wir bitten Sie um Kenntnisnahme und um Übernahme der vorstehenden Vorschläge.

Für Rückfragen und allfällige Informationen steht Ihnen Herr Raoul Egeli raoul.egeli@creditreform.ch zur Verfügung.

Freundliche Grüsse


Raoul Egeli
Präsident


Prof. Dr. Amédéo Wermelinger
Vizepräsident

Die Schweizerische Post AG
Stab CEO
Regulatory Affairs
Wankdorfallee 4
3030 Bern

Telefon +41 58 341 15 64
Fax +41 58 667 33 73
www.post.ch

Die Schweizerische Post AG, Stab CEO RA, Wankdorfallee 4, 3030 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Als PDF/Word an: zz@bj.admin.ch

Datum 17. Oktober 2022
Kontaktperson Michael Flury
E-Mail michael.flury.2@post.ch
Direktwahl +41796337874

Stellungnahme der Schweizerischen Post zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrter Herr Oppliger
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) Stellung nehmen zu können.

a) Ausgangslage für die Schweizerische Post

Die Schweizerische Post bietet sämtliche Dienstleistungen der postalischen Grundversorgung an, wobei das Postgesetz (PG) und die Postverordnung (VPG) festlegen, was zur Grundversorgung zählt. Dazu gehört insbesondere die Zustellung von Betreibungsurkunden mit Zustellbescheinigung und anschliessender physischer Übermittlung der Zustellbescheinigung an die Betreibungsämter (Art. 29 Abs. 1 lit. d VPG). Betreibungsurkunden können zudem durch Angestellte des Betreibungsamtes sowie durch die Polizei zugestellt werden (Art. 4 Abs. 2, Art. 72 Abs. 1). Es obliegt dem jeweiligen Betreibungsamt zu entscheiden, welche der gesetzlich genannten Zustellorganisationen die Betreibungsurkunden zustellt. Heute wird der Grossteil der Betreibungsurkunden durch die Post transportiert und zugestellt. Darüber hinaus stellt die Post dem Schuldner im Auftrag des Gläubigers Verlustscheine zu.

Die Post will auch künftig die Rolle als Partnerin der Betreibungs- und Konkursämter für die Zustellung von Verlustscheinen und Betreibungsurkunden übernehmen. Dies gilt sowohl für die physische Zustellung von Verlustscheinen als auch für die Zustellung und Rückleitung von Betreibungsurkunden. Die Zustellung von Verlustscheinen erfolgt heute in der Praxis als Papierurkunden, obwohl die gesetzliche Grundlage für die elektronische Zustellung gemäss Art. 34 Abs. 2 SchKG bereits vorhanden wäre (sofern das Einverständnis des Schuldners vorliegt oder der Gläubiger die entsprechende elektronische Zustellung verlangt).

b) Grundsätzliches zum Entwurf

Der Gesetzesentwurf treibt die Digitalisierung im Betreuungswesen voran und fördert insbesondere die Verwendung elektronischer Verlustscheine. Der Entwurf trägt so dem Anliegen der Betreibungsämter Rechnung, eine klare, gesetzliche Regelung für die Handhabung der elektronischen Verlustscheine zu schaffen. Seitens Post führt dies potenziell zu einem Mengenrückgang im Briefverkehr.

Aus Sicht der Post ist zentral, dass neben dem «digitalen Verlustschein» auch die Voraussetzungen für die Digitalisierung des qualifizierten Zustellprozesses von Zahlungsbefehlen (Art. 64 ff. E-SchKG) geschaffen werden sollte. Auch wenn sich der erläuternde Bericht (K.2.1.2.) kurz mit diesem Thema auseinandersetzt, findet sich im derzeitigen Gesetzesentwurf keine entsprechende Bestimmung, die die Digitalisierung des qualifizierten Zustellprozesses von Zahlungsbefehlen erfasst und somit ermöglichen würde. Im Gesetzesentwurf fehlt es somit derzeit an einer eindeutigen Rechtsgrundlage, die die elektronischen Leistungen im Betreuungswesen in ausreichendem Masse adressiert. Art. 64 ff. SchKG regeln einzig, wo und an wen eine Zustellung der Betreuungsurkunde zu erfolgen hat.

c) Künftige Revisionen im SchKG

Bei einer künftigen Revision des SchKG sollte sichergestellt werden, dass die Zustellung von Betreuungsurkunden auch in Zukunft weiterhin ausschliesslich den gesetzlich genannten Zustellorganisationen vorbehalten ist. Im Bereich der physischen Zustellung von Betreuungsurkunden besteht ein grosses Effizienzpotential sowohl aus Sicht der Betreibungsämter als auch der gesetzlich genannten Zustellorganisationen. Die momentane gesetzliche Grundlage des SchKG und die vorliegende Revision wirken ungenügend und hemmen die Entwicklung Richtung schlanker und effizientere Verarbeitung von Betreuungsurkunden.

Um dem Kundenbedürfnis nach elektronischen Prozessen Rechnung tragen zu können, wären die Möglichkeiten der Digitalisierung umfassend zu nutzen und zu optimieren. Folgende Anpassungen wären hierbei bei einer weiteren, zukünftigen Revision in Erwägung zu ziehen:

- Die Digitalisierung im Betreibungsprozess ist heute bestenfalls nur in Teilen geregelt und schafft entsprechend Unsicherheit. Dies betrifft insbesondere die physische wie die digitale Zustellung von Betreuungsurkunden. Es muss daher das Ziel sein, die Digitalisierung im Betreibungsprozess gesamtheitlich zu regeln.
- Die Post als gesetzlich genannte Zustellorganisation von Betreuungsurkunden soll ihre Rolle auch mit Hinblick auf die digitale Zustellung zwingend wahren können.
- Die physische Übergabe des Schuldner-Doppels an den Schuldner sowie die Möglichkeit zur Erhebung eines Rechtsvorschlages muss auch zukünftig gewahrt werden.
- Es sollte die Voraussetzung geschaffen werden, dass die Übergabe der Betreuungsurkunde inkl. einer allfälligen Erhebung des Rechtsvorschlages vor Ort bzw. am Postschalter mittels elektronischer Unterschrift (zum Beispiel auf dem Botenscanner) bescheinigt werden kann (analog Gerichtsurkunden).

Dazu sind folgende Artikel im SchKG relevant und müssten hinsichtlich einer digitalen Zustellungsform angepasst werden:

- Art. 34 Abs. 2 SchKG (und oder Art. 33a SchKG) sind insofern zu erweitern, dass auch die Zustellbescheinigung der gemäss Art. 72 SchKG gesetzlich genannten Zustellorganisationen auf elektronischem Weg erfolgen kann.
- Art. 64 ff. SchKG, die explizit die Zustellung der Zahlungsbefehle regeln.

Datum 17. Oktober 2022

Seite 3

Wir bedanken uns für Ihre Kenntnisnahme und die Prüfung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Die Schweizerische Post AG

Logistik-Services

Stab CEO

Stefan Regli
Leiter Brief und Paket national

Matthias Dietrich
Co-Leiter Stab CEO

OBSERVATIONS

DATE : 7 octobre 2022

A : **Madame la Conseillère fédérale Karine Keller-Sutter, Cheffe du Département fédéral de justice et police (DFJP)**, Palais fédéral, 3003 Berne (courrier Recommandé) et version PDF, accompagnée d'une version Word, transmises par courrier électronique à « zz@bj.admin.ch » et « david.oppliger@bj.admin.ch »

COPIE A : **Monsieur le Conseiller national Lukas Reimann** en version PDF transmise par courrier électronique à « teamlukasreimann@gmail.com » en regard aux observations de la let. E, pages 5 et 6, relatives au séquestre.

DE : Jean-Jacques Duc¹, Avenue de la Gare 15, 1523 Granges-près-Marnand

OBJET : **Avant-projet du Conseil fédéral du 22 juin 2022 sur les modifications de la LP sur l'extrait du registre des poursuites, la notification par voie électronique et la vente aux enchères en ligne / procédure de consultation ouverte jusqu'au 17 octobre 2022**

Préambule

Le but principal des modifications envisagées est d'autoriser les offices de poursuites (ci-après : OP) de procéder aux notifications de différents documents, tels que les

¹ Comptable avec brevet fédéral (1991) et titulaire du brevet vaudois d'aptitude aux fonctions de Préposé aux poursuites et aux faillites (1987), responsable du centre de compétence du contentieux de l'Administration cantonale des impôts du canton de Vaud (depuis 1989). Il a écrit, avec la contribution de Jean-Philippe Bujard, ancien curateur bénévole, un chapitre du livre *Endettement et surendettement en Suisse : regards croisés*, sous le titre, « *La procédure de poursuite pour dettes contre un particulier en Suisse* », édition L'Harmattan, 2021, pages 125 à 140. Il a exposé la situation des débiteurs d'actes de défaut de biens lors de la journée lausannoise de droit des poursuites du 6 septembre 2017 sous le titre « *Actes de défaut de biens et la gestion des débiteurs récalcitrants* », texte de la conférence a été publié au Journal des Tribunaux (JdT) 2018 II, p.83ss. Il s'exprime ici en son nom personnel et ne saurait ici engager l'autorité fiscale du canton de Vaud.

commandements de payer (ci-après : CDP) et les actes de défaut de biens (ci-après : ADB) par voie électronique. Nous passerons en revue chacune des propositions hétéroclites du Conseil fédéral (ci-après : CF) et lui proposerons une modification de l'article 230 LP, nécessaire à notre avis ensuite de la suppression de l'art. 43, ch. 1 et 1 bis, LP par les chambres fédérales le 18 mars 2022² (let. G).

Développement

A. De la vérification du domicile pour l'extrait du registre des poursuites (ch. 1.1.2 et 2.1.1)

Cette vérification est appropriée. Toutefois, il faudra laisser suffisamment de temps aux cantons pour sa mise en application.

B. De la notification par voie électronique (ch. 1.1.3 et 2.1.2)

Pour rendre possible la notification des ADB par voie électronique en vertu de l'art. 34, al. 2, LP, l'avant-projet du CF (ci-après : AP-LP) s'appuie sur le fait qu'un ADB n'est pas un acte de poursuite et qu'ainsi il ne doit pas être notifié conformément aux exigences des art. 64 à 68 LP (cf. p. 7 de l'AP-LP). Si pour les ADB cette argumentation peut être admise, elle ne peut pas l'être pour le double du CDP et de la commination de faillite (ci-après : ComF) à l'intention des créanciers. En effet, tant le CDP que la ComF sont des actes de poursuites qui doivent être notifiés selon les exigences des art. 64 à 68 LP (cf. art. 71, 72 et 161 LP). Aussi, l'exemplaire créancier du CDP et de la ComF dûment notifiés au débiteur dans les formes de l'art. 72, al. 2, LP, dès lors nécessairement « papier » que l'OP détient avant son expédition au créancier devra être dématérialisé par l'OP pour satisfaire à l'AP-LP, ce qui exigera du travail supplémentaire pour les OP, alors que cela n'est pas exigé ni par les créanciers qui ont adressés leur réquisition par voie électronique ni par les motions Fiala nos 19.3694 et 20.4035 (cf. ch. 1.1.3, pages 6 et 7).

Aussi, comme de toute façon le débiteur doit recevoir une copie de l'ADB (cf. art. 149, al. 1, deuxième phrase, LP) ce qui exige que l'OP l'ait établi sur « papier » et les OP détiennent l'exemplaire « papier » pour le créancier du CDP et de la ComF, comme indiqué ci-devant, il n'est pas nécessaire d'exclure les notifications aux créanciers sur « papier » et simultanément

² FF 2022 702

électronique comme le propose l'AP-LP (ch. 2.1.2, al. 1, page 14). Au demeurant, par exemple, le logiciel THEMIS utilisé par les cantons de Fribourg, Valais et Vaud pour les échanges électroniques des données, les créanciers reçoivent tant les CDP et les ADB sous forme « papier » et dématérialisés, de sorte que cela est tout à fait réalisable par le projet e-LP.

Quoi qu'il en soit, dans la mesure où le CF persisterait à vouloir dématérialiser la LP dans le sens de son AP-LP, c'est-à-dire pour les CDP, les ComF et les ADB, il devra alors, pour le moins, modifier la formule officielle no 4/*Réquisition de continuer la poursuite* pour ne pas exiger, comme actuellement, l'original du CDP ou de l'ADB, dès lors que la loi ne peut pas exiger d'un créancier qu'il utilise la transmission électronique pour ses interventions auprès des OP. Le CF devra aussi modifier l'art. 150 LP en regard d'un paiement intégral d'un ADB, comme aussi dorénavant régler la tenue du registre des ADB dans l'Oform³ et ne plus laisser cette compétence aux cantons comme c'est le cas actuellement⁴ afin qu'il y ait une uniformisation au niveau de l'ensemble des cantons. Le CF devra également donner des instructions (cf. art. 15 LP) aux Juges de mainlevée (art. 79, 80 et 82 LP), aux Juges de la faillite (166 LP) et aux Juges du séquestre (272 LP) nécessaires dès lors qu'ils ne sont pas soumis aux transmissions électroniques de l'art. 33a LP et que les créanciers restent libre de s'adresser à ces autorités judiciaires par voie postale, donc « papier » et ainsi qu'ils acceptent la reproduction (copies) « papier » des CDP, ComF et ADB notifiés électroniquement au créancier, alors qu'il semble à la lecture du ch. 1.1.3, dernier paragraphe page 7 du rapport explicatif du CF qu'une telle reproduction ne soit qu'une copie, alors que le plus souvent ces autorités judiciaires exigent l'original. Ceci d'autant plus que la plateforme de l'art. 2 de OComél⁵ n'est pas encore disponible sur l'ensemble du territoire de la Confédération. Il faudra aussi que le CF réglemente dans son futur message un processus lorsque le créancier veut réactiver envers son débiteur, par exemple, après 15 ans, une créance constatée par ADB qui lui aura été notifié électroniquement. Le CF devra également édicter la façon qu'un créancier (le cédant) doit procéder lorsqu'il cède à un tiers, par exemple aussi, au Canton en application de l'art. 64a, al. 5, LAMaL⁶ (le cessionnaire) sa créance constatée par ADB notifié électroniquement. En effet, dans la pratique le nouveau cessionnaire exige l'original de

³ Ordonnance sur les formulaires et registre à employer en matière de poursuite pour dettes et de faillite et sur la comptabilité (RS 281.31)

⁴ Par exemple, dans le canton de Vaud : Loi du 18 mai 1955 d'application dans le Canton de Vaud de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite -art. 64 (LVLP ; BLV 280.05) et Arrêté du Conseil d'Etat du 17 décembre 1956 d'exécution de la loi du 18 mai 1955 d'application dans le Canton de Vaud de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite -art. 7 à 11 (ALVLP ; BLV 280.05.1).

⁵ Ordonnance du 18 juin 2010 sur la communication électronique dans le cadre de procédures civiles et pénales et de procédures en matière de poursuite pour dettes et de faillite (RS 272.1), **voire aussi projet « Justitia 4.0 »**

⁶ LF du 18 mars 2022 sur l'assurance maladie (Exécution de l'obligation de payer les primes) in FF 2022 701.

l'ADB pour pouvoir le produire dans les futurs procédés de recouvrement à engager contre le débiteur. Dans ce contexte, on peut suggérer au CF que chaque CDP, ComF ou ADB notifiés électroniquement comporte un identifiant unique par OP afin que le créancier puisse demander automatiquement et gratuitement via le réseau e-LP un extrait du registre des poursuites ou des ADB de l'OP émetteur de cette poursuite/ADB, extrait que le créancier joindra à la reproduction « papier » du document ad'hoc notifié électroniquement et que le tout (reproduction « papier » et extrait) soit considéré comme un original par les OP et les autorités judiciaires indiquées plus haut ainsi que par les offices des faillites (ci-après OF) et les commissaires au sursis concordataire dans le cadre des productions au sens des art. 232, al. 2, ch. 2 et 300 LP.

C. Des enchères en ligne (ch. 1.1.4 et 2.1.3)

On ne voit pas les raisons que cette possibilité d'enchères en ligne soit limitée aux seuls biens meubles (cf. art. 129a, al. 1, AP-LP) alors qu'elles se prêteraient aussi aisément aux créances saisies (art. 99 LP). Aussi, on demande au CF que le futur art. 129a, al. 1, LP soit rédigé dans les termes suivants : « Le préposé aux poursuites peut réaliser des biens meubles, y compris les créances, par une vente aux enchères sur une plateforme en ligne d'un fournisseur privé accessible à tous les acheteurs potentiels. »

D. Des exigences pour la réquisition de poursuite (ch. 1.1.5 et 2.1.4)

Si l'on peut comprendre les justifications du CF pour la majorité des poursuites ordinaires par voie de saisie ou de faillite d'introduire en fait une limite à 640 caractères pour la première créance et à 80 caractères pour les créances 2 à 10⁷, ce qui ne posera pas de difficultés pour les créanciers dans la grande majorité des cas. La problématique est qu'il en résulte déjà actuellement en pratique que les OP utilisent déjà ces limites pour les réquisitions de poursuite en réalisation de gage (cf. art. 151 LP) et plus particulièrement pour les réquisitions de poursuites en validation d'un séquestre (279 LP). Aussi, ces limites obligeront à l'avenir les créanciers qui détiennent tant des ADB « papier » que ceux notifiés électroniquement, voire uniquement des uns et des autres, à valider (art. 279 LP) un séquestre obtenu pour

⁷ Cf. Ordonnance du DFJP du 24 novembre 2015 sur les réquisitions du créancier dans les procédures de poursuite pour dettes et de faillite (RS 281.311)

plusieurs ADB (271, al. 1, ch. 5, LP), comme c'est souvent le cas pour les caisses-maladie, les maisons de recouvrements ou les autorités fiscales, par autant de commandements de payer que de créances pour lesquels qu'un seul séquestre a été exécuté. Ce procédé augmenterait injustement les frais à charge du débiteur et alourdirait inutilement les procédures pour le créancier. En effet, s'il y a opposition au CDP en validation d'un séquestre, les 80 caractères pour les créances 2 à 10 sont bien insuffisants pour justifier au débiteur (et au Juge de la mainlevée) la cause de l'obligation⁸, en raison du fait aussi que l'ADB n'entraîne pas la novation de la créance impactée⁹, de sorte que la cause de l'obligation doit être dûment être désignée à côté des données de l'ADB. Aussi, il faudra aussi dans le futur message du CF que des exceptions soient définies dans la loi pour cet art. 67 LP ou, alors par l'Ordonnance du DFJP du 25 novembre 2015 sur les réquisitions du créancier dans les procédures de poursuite pour dette et de faillite (RS 281.311).

E. Des précisions concernant l'exécution du séquestre (ch. 1.1.6 et 2.1.5)

Le renvoi à l'art. 89 LP dans l'actuel art. 275 LP est approprié.

On profitera de cette ouverture de l'exécution du séquestre pour demander au CF une modification de l'Ordonnance du Tribunal fédéral du 17 janvier 1923 concernant la saisie et la réalisation de parts de communauté (OPC, RS 281.41), dès lors que la modification du CF du 29 juin 2016 entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2017 (RO 2016 2643) ne résout que partiellement l'initiative parlementaire Reimann du 11 mars 2015¹⁰. En effet, l'initiative parlementaire Reimann visait toutes les formes de communautés de biens comprenant des valeurs patrimoniales situées en Suisse. Or, le nouvel al. 2 de l'art. 2 OPC¹¹ entré en vigueur le 1^{er} janvier 2017 règle uniquement les cas d'indivisions relevant d'une succession non

⁸ A teneur des art. 69 al. 2 ch.1 et 67 al. 1 ch. 4 LP, le commandement de payer doit contenir, entre autres indications, le titre et la date de la créance, ou, à défaut, la cause de l'obligation. Ces dispositions ont pour but de renseigner le poursuivi sur la créance alléguée et doivent lui permettre de prendre position (PIERRE-ROBERT GILLIERON, Poursuite pour dettes, faillite et concordat, 5^{ème} éd., Bâle 2012, n 77 ad art. 67 LP ; CR LP ROLAND RUEDIN, art. 67 LP N 9). En d'autres termes, le poursuivi ne doit pas être obligé de faire opposition pour obtenir, dans une procédure de mainlevée subséquente, les renseignements sur la créance qui lui est réclamée.

⁹ PIERRE-ROBERT GILLIERON, Poursuite pour dettes, faillite et concordat, 5^{ème} éd., Bâle 2012, p. 196, n. 779 et TF, arrêt 5P.434/2005, consid. 2.2 et réf. cit.

¹⁰ 15.408 n, Séquestre d'une part dans la liquidation d'une communauté de biens, appartenant à un débiteur qui n'est pas domicilié en Suisse

¹¹ « *L'office du dernier domicile du défunt est compétent pour saisir une part de communauté dans une succession non partagée ou les revenus en provenant si le débiteur a son domicile à l'étranger. Si le défunt n'a pas eu son dernier domicile en Suisse et que les autorités judiciaires ou administratives suisses sont compétentes en vertu de l'art. 87 de la loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé, l'office de chaque arrondissement dans lequel sont situés des biens est compétent* ».

partagée. Aussi, les créanciers ne peuvent pas atteindre les droits suivants d'un débiteur qui a fui à l'étranger, à savoir :

- a) communauté de biens des époux (art. 221ss CC)
- b) fondation de famille (art. 335 CC)
- c) indivision de famille (art. 336 ss CC : hoirie, institution très pratiquée en Suisse romande et au Tessin)
- d) société simple (530ss CO)
- e) part dans une société en nom collectif/SNC (art. 572 al. 2 et 575 CO)

Au vu de ce qui précède, on demande au CF de modifier l'alinéa 2 de l'art. 2 OPC afin d'y inclure tous les cas de parts dans la liquidation provenant d'une communauté de biens comprenant des valeurs patrimoniales en Suisse, ou alors rédiger un nouvel art. 17 OPC qui pourrait avoir la teneur suivante :

IV Séquestre

Art. 17 Compétence

Dans la situation où le débiteur n'est pas domicilié en Suisse, l'office des poursuites compétent pour séquestrer une part de communauté ou les revenus en provenant, est l'office du lieu de situation en Suisse des biens meubles, y compris les créances, et des immeubles, ou, cas échéant, le domicile ou le siège en Suisse du tiers débiteur des droits à séquestrer.

F. De la limitation des paiements au comptant du débiteur à l'OP (ch. 1.1.7 et 2.1.6)

A lire entre les lignes le rapport explicatif du CF, les OP ont constatés des abus (soupçons de blanchiment d'argent) dans des paiements en espèces de sommes très importantes faites par des débiteurs qui ne s'étaient pas opposés à des CDP. D'ici l'entrée en vigueur de la disposition de l'art. 12, al. 3, AP-LP et pour les cas passés (≤ 10 ans), les OP peuvent, pour le moins, signaler ces situations à l'autorité fiscale sur la base des articles 112, al. 1, 2^e phrase, LIFD¹² (note marginale : *Collaboration d'autres autorités*) et 39, al. 3, 2^e phrase, LHID¹³ (note marginale : *Obligations des autorités*) dont la teneur identique est la suivante : « *Elle peuvent spontanément signaler à celles-ci les cas qui pourraient avoir fait l'objet d'une*

¹² Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (RS 642.11)

¹³ Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (RS 642.14)

imposition incomplète. » afin que l'autorité fiscale instruisse si tout ou partie de ces sommes doivent être imposées au revenu (cf. art. 16 LIFD et 7 LHID).

G. De l'atténuation des conséquences de la LF du 18 mars 2022 sur la lutte contre l'usage abusif de la faillite (FF 2022 702)

Avec l'abrogation de l'article 43, ch. 1 et 1 bis, LP, le Parlement fédéral fera supporter dès son entrée en vigueur, aux caisses de la Confédération suisse (dans le cadre de la perception de la TVA, droits de douanes, créances de cotisations AVS, etc.), des cantons et des communes (dans le cadre de la perception des taxes, émoluments et impôts directs, etc.) les frais d'une procédure de faillite et ceci dans la majorité des situations en pure perte, dès lors que, le plus souvent, il sera en définitive prononcé la suspension de la faillite faute d'actif (art. 230 LP)¹⁴. Jusqu'à maintenant le Tribunal fédéral a refusé d'appliquer la disposition de l'art. 230, al. 4, LP (cf. CR LP, Vouilloz, art. 230 LP N 12, page 1013) à la poursuite qui a abouti au prononcé de la faillite, lequel par la suite a été suspendu (230 LP). Il est nécessaire de corriger cela en modifiant en conséquence l'art. 230, al. 4, LP afin de suivre, d'une part, la doctrine favorable à cela, et, d'autre part, les autorités de poursuites des cantons de Zürich et de Berne qui vont déjà actuellement dans ce sens (cf. CR LP, Vouilloz, art. 230 LP N 12 et les réf. cit.). Aussi, on propose au CF le texte suivant de la première phrase de l'art. 230, al. 4, LP : « Les poursuites engagées avant l'ouverture de la faillite renaissent après la suspension de celle-ci, y compris la poursuite qui a mené au prononcé de faillite ».

Conclusion

La notification par voie électronique est la principale modification de LP de cet avant-projet du CF. Pour cet partie (ch. 1.1.3 et 2.1.2), il ne semble pas que toutes les conséquences, qu'elles soient de l'ordre de la loi (LP) ou des questions de mise en œuvre de ce changement

¹⁴ Cf. ch. 1.1.3, page 3980 du Message du Conseil fédéral du 26 juin 2019 concernant la loi fédérale sur la lutte contre l'usage abusif de la faillite FF 2019 4977 : 41,4 % en 2009 mais pour 2020 ce pourcentage passe à **56,2 % et pour 2021 à 56.5 %** selon l'Office fédéral de la statistique : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/industrie-services/entreprises-emplois/demographie-entreprises/faillites.assetdetail.22064027.html>, consulté le 08.09.2022 à 13h.10.

fondamental des transmissions entre les créanciers et les OP, voire les débiteurs, ainsi qu'avec les autorités judiciaires, n'aient été toutes identifiées. On nous dira qu'un avant-projet a pour but de récolter des informations que le Gouvernement n'aurait pas identifiées. Aussi, on espère alors que le CF sera bien à l'écoute des observations qu'il recevra pendant la période de consultation pour la rédaction de son futur message.

Récapitulation des propositions

- let. B : 1.** On propose la rédaction d'un nouvel alinéa (no 3) à l'art. 34, avec la teneur suivante : **Les communications, les mesures et les décisions des offices notifiées par voie électronique sont munies d'un identifiant unique au moyen duquel le débiteur et le créancier peuvent demander gratuitement par le réseau e-LP (Ordonnance du DFJP du 9 février 2011 concernant la communication électronique dans le domaine des poursuites/RS 281.112.1) un extrait valant acte original.**
- let. C : 2.** On propose la rédaction suivante du 1^{er} aliéna du nouvel art. 129a : **Le préposé aux poursuites peut réaliser des biens meubles, y compris les créances, par une vente aux enchères sur la plateforme en ligne d'un fournisseur privé accessible à tous les acheteurs potentiels.**
- let. D : 3.** On propose la rédaction suivante de l'art. 3, al. 2 de l'Ordonnance du DFJP du 24 novembre 2015 sur les réquisitions du créancier dans les procédures de poursuite pour dettes et de faillite/RS 281.311 : **A l'exception des réquisitions de poursuite pour les commandements de payer en réalisation d'un gage et de celles de l'art. 279, al. 1, LP, le créancier dispose de 80 caractères pour indiquer le titre ou la cause de chacune des créances suivantes (art. 67, al. 1, ch. 4, LP).**
- let. E : 4.** On propose un nouveau chapitre (**IV. Séquestre**) relatif au séquestre et la rédaction d'un nouvel article **17/Compétence** à l'Ordonnance du Conseil fédéral suisse du 17 janvier 1923 concernant la saisie et la réalisation de parts de communautés/OPC/RS 281.41 : **Dans la situation où le débiteur n'est pas domicilié en Suisse, l'office des poursuites compétent pour séquestrer une part de communauté ou les revenus en provenant, est l'office du lieu de situation en Suisse des biens**

meubles, y compris les créances, et des immeubles, ou, cas échéant, le domicile ou le siège en Suisse du tiers débiteur des droits à séquestrer.

let. G : 5. On propose la rédaction suivante de l'art. 230, al. 4, 1^{ère} phrase LP : **Les poursuites engagées avant l'ouverture de la faillite renaissent après la suspension de celle-ci, y compris la poursuite qui a mené au prononcé de faillite.**

Granges-près-Marnand, le 7 octobre 2022

A handwritten signature in blue ink, consisting of several fluid, overlapping strokes that form a stylized, illegible name.



FÉDÉRATION ROMANDE
IMMOBILIÈRE
ASSOCIATION ROMANDE
DES PROPRIÉTAIRES



rue du Midi 15
case postale 5607
1002 Lausanne

téléphone 021 341 41 42
téléfax 021 341 41 46

site internet <http://www.fri.ch>
E-mail mail@fri.ch

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Lausanne, le 8 septembre 2022 OF/cd

Consultation relative à la modification de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite (extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique, vente aux enchères en ligne)

Madame la Conseillère fédérale,

Vous avez consulté la Fédération romande immobilière (FRI) concernant l'objet cité en titre, ce dont nous vous remercions vivement. Nous vous prions de trouver ci-dessous notre appréciation du dossier.

1. En général

Cette révision a pour objectif d'adapter les dispositions légales afin de mieux utiliser encore les possibilités offertes par la numérisation dans le contexte de la poursuite pour dettes et de la faillite. Les règles applicables à la notification électronique sont partiellement revues afin de favoriser l'usage des actes électroniques de défaut de biens. Par ailleurs, un cadre légal est fixé pour la vente aux enchères de biens mobiliers sur des plateformes en ligne.

La FRI soutient les objectifs généraux de la révision.

2. Contenu de l'extrait en lien avec le domicile de la personne concernée (article 8a, alinéa 3 bis)

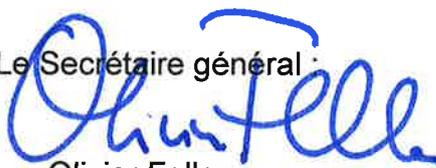
Cette nouvelle disposition oblige les offices des poursuites à vérifier et à communiquer le domicile déclaré de la personne pour laquelle l'extrait du registre des poursuites est demandé. Elle constitue également la base légale nécessaire pour cette atteinte à la sphère privée de la personne privée.

En clair, l'office doit indiquer si la personne concernée était inscrite au registre des habitants de l'arrondissement de poursuite durant le laps de temps sur lequel porte l'extrait. Les dates d'emménagement et de déménagement doivent le cas échéant également être précisées.

La FRI salue l'insertion de cette nouvelle disposition et soutient fortement cet aspect du projet qui concerne directement les bailleurs.

L'extrait des poursuites est un document important et systématiquement demandé dans le cadre du processus de conclusion d'un contrat de bail. Actuellement, l'office des poursuites ne vérifie pas le domicile déclaré de la personne, ce qui permet à une personne d'obtenir un extrait vierge alors qu'elle serait criblée de dettes dans l'arrondissement de poursuite de son précédent domicile. La révision va améliorer la fiabilité et la pertinence de l'acte, ce que nous saluons particulièrement.

Tout en vous remerciant de l'attention que vous porterez aux commentaires qui précèdent, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

Le Secrétaire général :

Olivier Feller

Envoi également par courriel à :

zz@bj.admin.ch (en word et pdf)



Auf elektronischem Weg an:

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin K. Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

unser Zeichen EG/St

Zürich, 22. September 2022

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsaukunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter,
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Hauseigentümerversand Schweiz (HEV Schweiz) ist mit seinen rund 340'000 Mitgliedern der grösste Vertreter der Interessen der Haus-, Grund- und Stockwerkeigentümer in der Schweiz. In dieser Funktion beteiligt er sich regelmässig an Vernehmlassungsverfahren und Anhörungen. Der HEV Schweiz erlaubt sich, zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsaukunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) Stellung zu nehmen, wobei sich die Position des HEV Schweiz ausschliesslich auf die neue Pflicht zur Wohnsitzüberprüfung gemäss Art. 8a Abs. 3bis SchKG bezieht. Aufgrund der fehlenden spezifischen Betroffenheit der Immobilieneigentümer hinsichtlich der weiteren vorgeschlagenen Anpassungen des SchKG verzichtet der HEV Schweiz darauf, diese Änderungen zu werten.

Ausgangslage:

Der HEV Schweiz setzt sich schon seit geraumer Zeit dafür ein, dass die Aussagekraft der Betriebsregisterauszüge gestärkt wird. Unter dem heutigen Recht gibt ein Betriebsregisterauszug war Auskunft über Betreibungen, aber nur bezogen auf einen Betreibungskreis. Zieht eine Person um und wechselt dabei den Betreibungskreis, werden die bestehenden Betreibungen nicht übertragen. Stattdessen wird im neuen Betreibungskreis ein blütenreiner Betriebsregisterauszug ausgestellt, der die mangelhafte Bonität verschleiert. Diese Tatsache ist vielen Personen gar nicht bekannt, stattdessen vertrauen sie dem amtlichen Auszug und wähen sich in Sicherheit. Der HEV Schweiz unterstützt daher sämtliche Bemühungen, dieses Problemn zu lösen, z.B. durch einen schweizweiten Bereibungsregisterauszug (analog zum Waffenregister).

Gerade für Immobilieneigentümer und erst recht für Vermieter ist ein Betriebsregisterauszug in der Regel die einzige Möglichkeit, relativ einfach Auskunft über die Bonität eines

potenziellen Vertragspartners zu erhalten. Zu denken ist beispielsweise an Aufträge an Handwerker, Lieferantenverträge, aber auch bei Bewerbungen für Arbeitsplätze und natürlich beim Abschluss von Mietverträgen. Vor allem für Vermieter kann eine sorgfältige Bonitätsprüfung Risiken minimieren, denn ihnen droht im Fall der Zahlungsunfähigkeit oftmals ein aufwendiges Kündigungs- und allenfalls Ausweisungsverfahren, häufig bleiben sie auch auf Ihren Kosten sitzen.

Doch aufgrund der vorerwähnten Problematik kann man sich auf diese Auskunft eben nicht verlassen, sondern wird angehalten, zusätzlichen Aufwand zu betreiben und weitere Abklärungen zu machen (z.B. Einholung einer Wohnsitzbestätigung, Nachweis eines Betreibungsregisterauszugs aus den früheren Betreibungskreisen, Einholung von Referenzen). Die sorgt für einen erhebliche Aufwand.

Wertung der Vorlage

Aufgrund der vorgängigen Ausführungen begrüsst der HEV Schweiz die Umsetzung der Motion Candinas durch Einführung des neuen Art. 8a Abs. 3bis SchKG ausdrücklich. Eine Überprüfung des Wohnsitzes ist grundsätzlich eine Möglichkeit, die Aussagekraft der betreibungsregisterauskunft zu verbessern. Langfristig wäre allerdings ein Betreibungsregister, das Auskunft gibt über alle Betreibungen einer Person in der Schweiz unabhängig vom Wohnsitz/Betreibungskreis, die beste Lösung.

Der HEV Schweiz beantragt hinsichtlich der nun geplanten Änderung jedoch, das Wort „gegebenenfalls“ zu streichen. Gerade für Vermieter ist es wichtig, „Vielzügler“ zu erkennen. Es sollte daher auf einem Betreibungsregisterauszug erkennbar sein, ob eine Person sich mehrfach in einem Betreibungskreis an- und abgemeldet hat. Eine solche Überprüfung dürfte keinen zusätzlichen administrativen Aufwand mit sich bringen.

Art. 8a Abs. 3bis SchKG (neu):

3^{bis} Die Auskunft über Betreibungen gegen eine Person umfasst die Angabe, ob die betreffende Person im von der Auskunft erfassten Zeitraum im Einwohnerregister des Betreibungskreises erfasst war, und ~~gegebenenfalls~~ in welchem Teil dieses Zeitraums.

Schlussfolgerung / Position HEV Schweiz

Der HEV Schweiz bitten Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter, um die Überarbeitung von Art. 8a Abs. 3bis SchKG und dankt Ihnen für die Berücksichtigung unserer Position.

Freundliche Grüsse

Hauseigentümerverband Schweiz



aNR Hans Egloff
Präsident



Katja Stieghorst, MLaw
Juristin

Versand per Email
Bundesamt für Justiz
Herr David Oppliger
Bundesrain 20
3003 Bern

Dr. Patrizia Holenstein, LL.M.
Lic. iur. Thomas P. Zemp
Lic. iur. Damiano Brusa, LL.M.
Prof. Dr. Franco Lorandi, LL.M.
Lic. iur. Marc R. Büttler, LL.M.
Dr. Jurij Benn, dipl. Steuerexperte
Dr. Alexander M. Glutz von Blotzheim
Lic. iur. Mauro Nicoli, LL.M.
Lic. iur. Regina Lehner-Höhener
MLaw Doriana Mazzei
MLaw Dusan Knezevic
Eingetragen im Anwaltsregister

Zürich, 26. September 2022

Vernehmlassung zu Onlineversteigerungen im SchKG

Sehr geehrter Herr Oppliger
Sehr geehrte Damen und Herren

Bezugnehmend auf den Erläuternden Bericht vom 22. Juni 2022 und die Vernehmlassungsentwurf erstatte ich zur Frage von Onlineversteigerungen im SchKG (Art. 129a VE-SchKG) folgende Stellungnahme:

Grundsätzliches

Die Praxis lehrt, dass mit den im Gesetz vorgesehenen Verwertungsarten (Zwangsversteigerung und Freihandverkauf) häufig keine befriedigenden Bruttoerlöse erzielt werden können. Für Aktiven mit einem geringen Wert, sind auch die Kosten der gesetzlichen Verwertungsarten zu hoch, sodass der Nettoerlös nicht zu befriedigen vermag. Insofern spricht fast alles dafür, dem *Zeitgeist* entsprechend Veräusserungen über Online-Plattformen zuzulassen (womit noch nichts über die Art der Veräusserung gesagt sein soll).

Dabei ist zwischen zwei grundverschiedenen Arten der Veräusserung zu unterscheiden: Die Veräusserung über *private* (kommerzielle) *Plattformen*, wie sie in Art. 129a VE-SchKG vorgesehen ist, geschieht auf der Grundlage des Privatrechts; es liegt eine Veräusserung und keine Verwertung vor. Demgegenüber qualifiziert die Veräusserung über die heute schon existierenden *eGanten* gewisser Ämter und Kantone als Zwangsverwertung i.S. des SchKG.

Je mehr Aktiven über eine Plattform online veräussert werden können, desto höher dürften die Erlöse sein. Insofern spricht Einiges dafür, eine Verwertung über *private* (kommerzielle) Plattformen zuzulassen. Demgegenüber könnte wohl auch ein grösseres Volumen generiert werden, wenn die heute schon existierenden eGant-Plattformen zu *einer* Plattform zusammengeführt und für alle

Ämter zugänglich gemacht werden könnten. Ob es in einem solchen Fall Sinn macht, auch die Verwertung über private Plattformen zuzulassen, ist nicht evident.

Gemäss dem erläuternden Bericht (S. 12) besteht über die grundsätzliche Zulässigkeit von Veräusserungen über private Online-Plattformen «erhebliche Unsicherheit». M.E. ist ein solches Vorgehen *de lege lata* unzulässig. Schon diesem Grund ist eine *gesetzliche Grundlage unabdingbar*, wenn man diesen Weg öffnen und Rechtssicherheit schaffen will.

Geltungsbereich

Während die Regelung von Art. 129a VE-SchKG in *verfahrensmässiger Hinsicht* für die Pfändung qua Verweis in Art. 156 Abs. 1 SchKG und Art. 256 Abs. 1 VE-SchKG auch in der Betreuung auf Pfandverwertung und im Konkurs gilt, fehlt eine Verweisungsnorm für den Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung. Ich rege an, eine solche Verweisungsnorm (sinnvollerweise in Art. 323 SchKG) zu erlassen.

Für das (in der Praxis nicht zur Anwendung gelangende) ordentliche Konkursverfahren enthält Art. 256 Abs. 1 VE-SchKG einen Verweis auf Art. 129a VE-SchKG. Im *summarischen Konkursverfahren* verweist Art. 231 Abs. 3 Ziff. 2 SchKG jedoch nur auf Art. 256 Abs. 2-4 SchKG – nicht auf dessen Abs. 1. Es scheint angezeigt, Klarheit zu schaffen, dass Art. 129a VE-SchKG auch im summarischen Konkursverfahren gilt, zumal Rechtssicherheit geschaffen werden soll.

Die vorgeschlagene Regelung gilt in *sachlicher Hinsicht* nur für «bewegliche Vermögensstücke» (Art. 129a Abs. 1 VE-SchKG). Dies ist zu eng, was auch ein Blick auf die Vermögenswerte zeigt, welche die Betreibungs- und Konkursämter aktuell auf ricardo.ch veräussern (wie z.B. Marken oder andere Immaterialgüterrecht, aber auch Forderungen). Ich rege deshalb an, den sachlichen Anwendungsbereich auf sämtliche Vermögenswerte ausser Grundstücke zu erweitern (der Ausschluss für paulianische Anfechtungsansprüche ergibt sich schon aus Art. 256 Abs. 4 SchKG).

Die in der Sache wünschbare Möglichkeit, auch Forderungen (und andere Rechte) über Online-Plattformen verwerten zu können, verlangt jedoch nach einer *Koordination bzw. Abgrenzung* einer solchen Verwertung zur Vorgehensweise nach *Art. 131 SchKG* (in der Spezial-) bzw. *Art. 260 SchKG* in der Generalexekution.

Der VE enthält keine Einschränkung zur Art der Online-Plattform (ausser, dass sie allgemein zugänglich sein muss; Art. 129a Abs. 1 VE-SchKG). Damit muss man sich bewusst sein, dass in *territorialer Hinsicht* auch Plattformen eines *ausländischen Plattformbetreibers* benützt werden können – mit allen Folgen wie etwa, dass (auf das Verhältnis des Amtes zum Provider sowie auf dessen Verhältnis zum Erwerber) ausländisches (Zivil-)Recht zur Anwendung gelangt.

Modalitäten

Das Hauptproblem einer Veräusserung auf dem Privatweg ist, dass der *gesetzliche Gewährleistungsausschluss* bei der Zwangsverwertung (gemäss Art. 234 Abs. 1 OR) nicht gilt. Es ist wesensmässig ein Unding, wenn Veräusserungen in einem SchKG-Verfahren zu Gewährleistungsansprüchen des Erwerbers führen könnten (bzw. darüber Unsicherheit besteht). Insofern müsste m.E. zwingend

eine Anpassung erfolgen, dass bei Zulassung der Veräusserung auf den (privatrechtlichen) Weg über Online-Plattformen der gesetzliche Gewährleistungsausschluss auch dann gilt, wenn der Einlieferer ein Betreibungs- oder Konkursamt bzw. der Liquidator bei einem Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung ist.

Soweit die Veräusserung über die Plattform eines ausländischen Plattformbetreibers erfolgt (vgl. vorstehend), greifen Haftungsausschlüsse des schweizerischen Rechts allerdings nicht.

Ansonsten scheinen mir die Modalitäten, wie sie im VE vorgeschlagen werden, sinnvoll.

Freundliche Grüsse



Franco Lorandi



Betreibungs- und Konkursamt, Engelbergstrasse 34, 6371 Stans

Per Mail
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
zz@bj.admin.ch

6371 Stans, 17. Oktober 2022

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbeitreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit, uns zur oben erwähnten Vorlage vernehmen zu lassen, danken wir Ihnen bestens.

1. Zur Vorlage im Allgemeinen

Wie der Erläuternde Bericht zutreffend festhält, ist das Betreibungswesen in der Schweiz im Rahmen des bestehenden eSchKG-Verbundes bereits stark digitalisiert. **Kern dieser Digitalisierung ist der Austausch strukturierter Daten über definierte Protokolle und Schnittstellen**, womit die unmittelbare Weiterverarbeitung der ausgetauschten Daten ermöglicht wird. Dagegen ist festzustellen, dass **das Ziel, «die Möglichkeiten der Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen noch besser nutzen zu können», mit dem vorliegenden Entwurf weit verfehlt wird:**

- Die Stärkung der Aussagekraft von Betreibungsauskünften durch die Angabe der Wohnsitzdauer ist zwar insoweit, als dies nicht ohnehin schon der Praxis entspricht, löblich und überfällig. Angesichts des Umstands, dass sämtliche Betreibungsämter der Schweiz längst via eSchKG-Verbund miteinander verbunden sind, können wir aber nicht nachvollziehen, weshalb es nicht möglich sein soll, die vorhandenen Betreibungsdaten zusammenzuziehen, in einem Dokument zu vereinigen und dem Konsumenten aufgrund einer einzigen Anfrage zur Verfügung zu stellen.
- Der elektronische Austausch von unstrukturierten, digital signierten Dokumenten als PDF über eine gesicherte Plattform ergibt keinen Sinn, weil sie keinen Effizienzgewinn bringt und dafür auch keinerlei Nachfrage feststellbar ist. Diese vermeintliche «Digitalisierung» bleibt um Jahrzehnte hinter den Möglichkeiten zurück. Stattdessen fordern wir, dass die Plattform eSchKG entsprechend den Bedürfnissen und Anforderungen der aktuellen Verbundteilnehmer wie auch eines breiteren Publikums ausgebaut wird.

2. Wohnsitzüberprüfung bei der Betreibungsauskunft

Die Angabe der Zu- und Wegzugsdaten entspricht bereits der Praxis vieler Kantone und hat insofern auch bewährt. Die vorgeschlagene Bestimmung ist insofern zu begrüssen, als jene Kantone bzw. Gemeinden, die den Betreibungsämtern aktuell noch keinen Zugriff auf die Einwohnerdaten gewähren, dies in Zukunft werden tun müssen. Allerdings kann es nicht die Lösung sein, dass die Betreibungsregisterauszüge manuell mit den Zu- und Wegzugsdaten ergänzt werden müssen. Wir sind daher der Meinung, dass **zusätzlich eine gesetzliche Grundlage für eine systematische Nutzung der AHVN13 im Betreibungsverfahren zu schaffen ist**, da nur auf diesem Weg eine eindeutige Identifikation des Schuldners und die automatisierte Abfrage der Zu- und Wegzugsdaten möglich ist.

Darüber hinaus stellen wir fest, dass der Nutzen einer schweizweiten Betreibungsauskunft weit über die Vermeidung von Missbräuchen durch Angabe einer falschen Adresse hinaus geht. Zudem bleibt mit der vorgeschlagenen Regelung die Notwendigkeit bestehen, bei Wohnortwechseln innerhalb der letzten 5 Jahre mehrere Betreibungsämtern für eine aussagekräftige Auskunft anfragen zu müssen. Zum anderen werden Betreibungen an besonderen Betreibungsorten (Art. 48 ff.) auf diesem Weg kaum je eruiert.

Es ist darauf hinzuweisen, dass in der Schweiz nach brancheninternen Schätzungen jährlich ca. 1,6 bis 2,2 Mio. Betreibungsankünfte angefragt werden. Für diese Dienstleistung besteht somit eine hohe Nachfrage, und es davon auszugehen, dass eine gesteigerte Qualität und Verfügbarkeit einen entsprechend hohen Nutzen für die Öffentlichkeit mit sich bringen. Dieser Nutzen ist einzig mit einer schweizweiten Betreibungsauskunft zu erzielen, die unseres Erachtens angesichts der vorhandenen Infrastruktur (Verbund eSchKG) und unter der Voraussetzung, dass die Nutzung der AHVN13 als Personenidentifikator im Betreibungswesen eingeführt wird, mit überschaubarem Aufwand einzuführen sein sollte.

3. Elektronische Zustellungen

a) Grundsätzliche Vorbehalte

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Austausch von signierten PDF-Dokumenten via Zustellplattformen keine zukunftsgerichtete Form der Digitalisierung darstellt. Da die übermittelten Dokumente unstrukturiert sind, muss ihr Inhalt von Hand in die Systeme der Verfahrensbeteiligten übertragen werden, was fehlerträchtig und ineffizient ist.

Wie eine sichere und effiziente Digitalisierung auch in heiklen Bereichen mit hohen Sicherheitsanforderungen erfolgen muss, zeigt der Bankensektor. Es käme im Jahr 2022 wohl niemand auf die Idee, den Zahlungsauftrag an eine Bank in der Form zu «digitalisieren», dass der Kunde seinen Auftrag als PDF generiert oder scannt, dieses elektronisch signiert und per E-Mail über eine gesicherte Zustellplattform an die Bank sendet. Der bestehende eSchKG-Verbund zeigt, wie Digitalisierung im Betreibungswesen stattfinden kann und muss.

Dagegen besteht für einen ausserhalb von eSchKG erfolgenden Austausch von signierten PDF-Dokumenten per gesicherter Zustellplattform kaum ein Bedarf in der Praxis. Die Erfahrung zeigt, dass bei den Betreibungs- und Konkursämtern nur äusserst selten, wenn überhaupt jemals, Betreibungsbegehren, Konkursforderungseingaben etc. auf diesem Weg eingehen, obwohl die Möglichkeit seit Jahren besteht. Im internationalen Verkehr wird der Austausch signierter PDF-Dokumente ausserdem durch das Fehlen einer gegenseitigen internationalen Anerkennung von Zertifikaten und Zustellplattformen faktisch verunmöglicht.

Wir fordern daher, dass stattdessen der eSchKG-Verbund zu einer öffentlichen Plattform ausgebaut wird, auf der sämtliche Verfahrensbeteiligten in strukturierter Form Transaktionen auslösen können.

b) Elektronische Verlustscheine

Verlustscheine werden heute ausschliesslich als Papierurkunden ausgestellt, weil in den «Technischen und organisatorischen Vorschriften für den elektronischen Datenaustausch im Betreibungswesen», welche einen Bestandteil des rechtsverbindlichen eSchKG-Standards bilden, festgehalten ist, dass der elektronische Verlustschein nur als Kopie gesendet werden darf.

Die Ausstellung von Verlustscheinen in elektronischer Form entspricht einem Bedürfnis und wird von uns befürwortet.

c) Anspruch auf Zustellung in elektronischer Form

Der Entwurf sieht vor, dass Verfahrensbeteiligte jederzeit die Zustellung in elektronischer Form verlangen können. Es ist absehbar, dass solche Begehren oftmals aus Unkenntnis der technischen Voraussetzungen, aber auch mit dem Ziel der Verfahrensobstruktion, von Personen gestellt werden, die gar nicht einer gesicherten Zustellplattform, auf der ihnen auch «Einschreiben» gültig zugestellt werden können, angeschlossen sind und die Zustellung in der Folge regelmässig scheitern wird. Wir fordern daher, dass nur Personen ein Anspruch auf Zustellung in elektronischer Form gewährt wird, die ihr Begehren selber gültig auf elektronischem Weg gestellt haben.

d) Zustellung von Zahlungsbefehlen

Während der Corona-Pandemie bzw. "ausserordentlichen Lage" war eine Zustellung von Betreibungsurkunden – nach vorangegangenem einmaligem Zustellversuch – per A-Post Plus oder via eine anerkannte Zustellplattform möglich (Art. 7 Abs. 1 Verordnung über Massnahmen in der Justiz und im Verfahrensrecht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht vom 25. September 2020)). Diese Zustellform erwies sich als durchgehend kundenfreundlich und möglicherweise zukunftsorientiert. Es wäre deshalb prüfenswert, ob die Notfallmassnahme in gleicher oder ähnlicher Form auch als dauernde Lösung im Bundesgesetz über Schuldbetreibung verankert werden könnte. Einige unserer Mitgliedskantone würden dies befürworten.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns jedoch insbesondere auf die fehlende Gesetzesgrundlage hinzuweisen, welche den Zustellungsorganen im Betreibungs- und Konkurswesen die Vornahme einer digitalen qualifizierten Zustellung ermöglicht. Betreibungsurkunden (namentlich Zahlungsbefehle und Konkursandrohungen) sind grundsätzlich unter Beachtung der Formvorschriften von Art. 64 ff. SchKG zuzustellen. Art. 72 SchKG regelt explizit die qualifizierte Form der Zustellung von Zahlungsbefehlen. Bei der Zustellung von Konkursandrohungen (Art. 161 SchKG) wird ebenfalls auf Art. 72 SchKG verwiesen. Eine qualifizierte Zustellung von Betreibungsurkunden in elektronischer Form an die Schuldnerschaft ist deshalb nicht möglich - dies im Gegensatz zur Zustellung von Mitteilungen gemäss Art. 34 Abs. 2 SchKG.

Wir sind deshalb der Meinung, dass die heutige Gesetzgebung bezüglich qualifizierter Zustellung von Betreibungsurkunden in diesem Punkt nicht mehr zeitgemäss ist. Es soll deshalb geprüft werden, wie eine digitale Vornahme der qualifizierten Zustellung im Gesetz Eingang finden kann, ohne das bewährte System der persönlichen Kontaktaufnahme (gänzlich) aufzugeben. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass eine digitale qualifizierte Zustellung immer auf freiwilliger Basis und unter Berücksichtigung der besonderen Zustellform von Art. 72 SchKG erfolgen sollte.

4. Online-Versteigerung

Die Möglichkeit, öffentliche Versteigerungen online vorzunehmen, ist zu begrüßen. Auf Online-Plattformen kann ein grösseres Publikum erreicht werden als bei traditionellen Ganten, was dem Verwertungsergebnis zugute kommt.

Problematisch und daher abzulehnen ist jedoch, dass die Online-Verwertung nach dem Entwurf eine Domäne privater Anbieter sein soll. Bei der Zwangsversteigerung handelt es sich um einen hoheitlichen Akt. Es ist ordnungspolitisch und rechtsstaatlich bedenklich, diesen Grundsatz in Frage zu stellen. So fehlt bei privaten Anbietern die Transparenz; es droht ein unübersichtliches Durcheinander verschiedenster Konditionen (AGB), die den gesetzlichen Bedingungen auch noch zuwiderlaufen können. Wir sind der Meinung, dass **der Betrieb einer allgemein zugänglichen, einheitlichen Online-Plattform für die Betreibungs- und Konkursämter eine Bundesaufgabe darstellt**, die vom Bund oder ggf. von einer von der öffentlichen Hand getragenen Gesellschaft, wie z. B. der eOperations Schweiz AG, zu erfüllen ist.

In diesem Sinne **lehnen wir die vorgeschlagene Regelung ab**.

In Frage zu stellen ist sodann der Anknüpfungspunkt für die vorgeschlagene Regelung: Sie geht davon aus, dass der Bedarf für eine besondere Regelung darauf gründet, dass Versteigerungen auf einer von Privaten betriebenen Online-Plattform kein dem SchKG unterstehendes, sondern ein privatrechtliches Rechtsgeschäft begründen. Dies trifft allerdings nicht zu, wenn – was in Zukunft durchaus denkbar ist – ein privater Betreiber von den Ämtern mit dem Betrieb einer speziellen Verwertungsplattform beauftragt würde. Andererseits besteht das Bedürfnis, in besonderen Fällen Private mit der Durchführung einer traditionellen («offline») Auktion beauftragen zu können, beispielsweise bei Kunstobjekten. Auf solche Auktionen ist aber die vorgeschlagene Bestimmung nicht anwendbar. Wir schlagen darum vor, **nicht an die Merkmale «privater Betreiber» und «online» anzuknüpfen, sondern an das auf die Versteigerung anwendbare Recht (Privatrecht oder SchKG)**.

Weiter sollten auch Forderungen und Rechte online versteigert werden können, sofern entsprechende Plattformen vorhanden sind.

In diesem Sinn schlagen wir (eventualiter) folgende Fassung von **Art. 129a Abs. 1** vor:

1 Die Verwertung von beweglichen Vermögensstücken, Forderungen und Rechten kann durch eine Versteigerung durch ein privates Auktionshaus nach den Regeln des Privatrechts erfolgen.

Im **Konkurs** macht es sodann keinen Sinn, dass die Online-Versteigerung den Gläubigern und dem Schuldner zu eröffnen ist, zumal Konkursverfahren mit wenigen Ausnahmen als summarische Verfahren durchgeführt werden, in denen eine rasche und einfache Abwicklung der Verwertung im Vordergrund steht. Wir beantragen daher, in **Art. 256 Abs. 1** nur auf die Bestimmungen von Art. 125-129a Abs. 1 zu verweisen.

5. Vorgaben an Betreibungsbegehren

Diese Änderung wird von uns vorbehaltlos unterstützt.

6. Präzisierung betreffend Arrestvollzug

Auch diese Änderung begrüßen wir.

7. Begrenzung der Barzahlungen des Schuldners an das Betreibungsamt

Im Sinn der Bekämpfung der Geldwäscherei ist die Bestimmung zu begrüßen, allerdings scheint der Betrag von CHF 100'000.-- immer noch sehr hoch. Zahlungen in dieser Höhe kommen praktisch nicht vor; nach Erhebungen im Kanton Bern liegen über 99% aller Barzahlungen unter CHF 15'000.--.

Da die Betreibungs- und Konkursämter nicht dem GwG unterstellt sind, keine Identifikation vorzunehmen haben und in Verdachtsfällen zu einer Meldung weder berechtigt noch verpflichtet

sind, würde es nahe liegen, in Bezug auf Bareinzahlungen des Schuldners dieselbe Limite anzuwenden wie bei Kassageschäften von Finanzintermediären nach Art. 51 Abs. 1 lit. b GwV-FINMA. Weiter lässt die Bestimmung offen, worauf sich die Limite bezieht (pro Betreuung/Teilzahlung/Tag?). Dies muss präzisiert werden.

Mit freundlichen Grüssen

Konferenz der Betreibungs- und
Konkursbeamten der Schweiz



Armin Budliger, Präsident



Dr. Matthias Häuptli, Sekretär

KONFERENZ DER STADTAMMÄNNER VON ZÜRICH

Präsident: de Mestral Yves, Stadtmann, Stadtmannamt Zürich 3, Sihlfeldstrasse 10, 8036 Zürich, 044 412 01 80
Vizepräsidentin: Sigg Marion, Stadtmann, Stadtmannamt Zürich 2, Ulmbergstrasse 1, 8027 Zürich, 044 412 03 55
Kassier: Müller Christian, Stadtmann, Stadtmannamt Zürich 7, Witikonstrasse 15, 8032 Zürich, 044 412 04 51
Protokollführer: Crestani Remo, Stadtmann, Stadtmannamt Zürich 1, Gessnerallee 50, 8021 Zürich, 044 412 03 92

Bundesamt für Justiz
Herr Philipp Weber, Leiter
Zivil- & Zivilprozessrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

8003 Zürich, 7. September 2022 (**sim/dey**)

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Herr Weber
Sehr geehrter Herr Oppliger

Wir danken für die Möglichkeit zu den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen Stellung zu nehmen und bringen folgendes an:

Art. 8a Abs. 3^{bis}

Die Angabe der Zu- und Wegzugsdaten wird im Kanton Zürich seit 1. April 2020 (§ 6a EG SchKG) praktiziert, funktioniert soweit gut und stellt für die Anfragenden sicherlich eine gewisse Verbesserung der Aussagekraft einer Betreibungsauskunft dar. Sie kann jedoch höchstens eine behelfsmässige Notlösung auf dem Weg zu einer schweizweiten Betreibungsauskunft sein.

Das erklärte Ziel dieser Vorlage ist es, die Möglichkeiten der Digitalisierung besser zu nutzen, welches mit diesen Vorschlägen aber *nicht* erreicht wird.

Mit der vorgeschlagenen Regelung werden in der Praxis Daten aus einer Datenbank, von Hand, ggf. mit elektronischer Unterstützung, in eine andere Datenbank übertragen - bei jeder einzelnen Auskunft aufs Neue! Dies kann, mit Verlaut, nicht als "Digitalisierung" bezeichnet werden. Als Ergebnis dieses Medienbruchs, sprich Murks, hat der Konsument dann jedoch lediglich eine Betreibungsauskunft, welche gerade mal Auskunft über allfällige Verfahren in *einem* Betreibungskreis gibt. Im Idealfall hat es damit sein Bewenden, ist die angefragte Person jedoch in den letzten fünf Jahren umgezogen, muss beim vorgängigen Betreibungsamt erneut eine Auskunft angefordert werden. Stellt man daraufhin fest, dass sie auch dort erst in den letzten fünf Jahren zugezogen ist, muss wieder eine neue Auskunft angefordert werden etc. etc. Darüber hinaus werden Betreibungen an besonderen Betreibungsorten (Art. 48 ff.)

2/4

auf diesem Weg kaum je eruiert. Dies obwohl sämtliche Betriebsämter der Schweiz längst via eSchKG-Verbund miteinander verbunden sind.

Die einzige Möglichkeit die Mittel der Digitalisierung und den Nutzen für den Konsumenten optimal zu verbinden, liegt in einer schweizweiten Betriebsauskunft. Wenn es nicht möglich sein soll, Daten aus einem elektronischen Netzwerk, dem zwingend schweizweit alle Betriebsämter angeschlossen sind, zusammen zu ziehen, in einem Dokument zu vereinigen und dem Konsumenten aufgrund einer einzigen Anfrage zur Verfügung zu stellen, befindet sich die Digitalisierungsstrategie des Bundes auf dem Holzweg. Nota bene dies hinsichtlich einer Dienstleistung, welche pro Jahr, nach übereinstimmender Schätzung von mehreren Berufskollegen, schweizweit rund 1.6 bis 2.2 Mio. Mal nachgefragt wird.

Um nicht unnötige Ressourcen für den Aufbau einer nicht zielführenden und insbesondere wenig zukunftssträchtigen Lösung zu verschwenden, ist der vorgeschlagene Art. 8a Abs. 3^{bis} daher zu verwerfen und durch eine Lösung für eine schweizweite Betriebsauskunft zu ersetzen.

Art. 12 Abs. 3

Die Bestimmung unterstützt die Bemühungen zur Missbrauchsbekämpfung, ist jedoch sehr offen formuliert. Die konkrete Umsetzung müsste in einer entsprechenden Verordnung geregelt werden. Völlig unklar ist beim vorliegenden Entwurf, ob sich die Obergrenze auf Einzelzahlungen bis zum Betrag von 100'000 Franken pro Betreuung? Pro Vorsprache? Pro Tag? Pro Teilzahlung? etc. bezieht.

Art. 34 Abs. 2

Die Vorlage strebt die weitere Digitalisierung der Betriebsverfahren an. Leider ist die vorgeschlagene Ausgestaltung von Art. 34 Abs. 2 kontraproduktiv.

Die Formulierung lässt einen steten Wechsel zwischen elektronischer Zustellung und einer solchen auf Papier zu. Dies läuft den Bemühungen zur und dem Grundgedanken der Digitalisierung, dem digitalen Wandel, zuwider. Es besteht denn auch kein praktisches Bedürfnis für einen Medienwechsel, da die betriebsamtlichen Urkunden in elektronischer und Papier-Form gleichwertig sind. Ist die Zustellungsart durch die Eingabe in einer Form gewählt, ist sie beizubehalten.

Zudem muss klargestellt werden, dass es sich bei elektronischen Eingaben nur um solche in *strukturierter* Form über eSchKG und nicht eine beliebige Plattform oder (unstrukturierter) Eingabeart (E-Mails, unstrukturierte Eingaben über eGovernment EasyGov bspw. via SN-Nachricht etc.) handeln kann. Eingaben in anderer als strukturierter Form ergeben keinerlei Effizienzgewinn, sind durch die händische Übertragung in ein anderes Medium aufwändig

3/4

und fehleranfällig, technisch und datenschutzrechtlich problematisch und ergeben im Rahmen der Digitalisierung keinen Sinn. Die Plattform eSchKG muss den Bedürfnissen und Anforderungen aller Verbundteilnehmenden entsprechend ausgebaut werden. Es geht nicht an, dass unter dem Deckmantel der Digitalisierung das Betreuungswesen einseitig nur zu Gunsten von Grossgläubigern resp. Gläubigervertretern ausgerichtet wird, während die Träger der Betreibungsämter, d.h. die Kantone und Gemeinden und somit die Allgemeinheit, den Mehraufwand (für Personalaufwand, EDV etc.) ohne einen valablen Mehrwert zu tragen haben.

Art. 34 Abs. 2 erster Satz ist daher wie folgt zu formulieren: "Mitteilungen, Verfügungen und Entscheide werden elektronisch zugestellt, sofern die betreffende Person ihre Eingaben elektronisch in strukturierter Form über eSchKG eingereicht hat."

Art. 67 Abs. 4

Art. 125

Art. 129a

Die gesetzliche Regelung von Online-Versteigerungen entspricht einem praktischen Bedürfnis und unterstützt das Ziel der Zwangsverwertung ein optimales Verwertungsergebnis zu erzielen und die anfallenden Kosten niedrig zu halten.

Es ist aber nicht einzusehen, weshalb private Betreiber nunmehr die Federführung für eine öffentliche Zwangsversteigerung übernehmen sollen. Bei der Zwangsversteigerung handelt es sich um einen originär-staatlichen Zwangsverwertungsakt. Es besteht aus ordnungspolitischer Hinsicht keinerlei Anlass, diesen Grundsatz in Frage zu stellen. Auch aus praktischen Überlegungen kann nur eine staatlich kontrollierte öffentliche Zwangsverwertung die gesetzeskonformen näheren Bedingungen einer solchen definieren. Bei der Zulassung von privaten Zwangsverwertern droht ein unübersichtliches Wirrwarr an Steigerungskonditionen, welche unter Umständen höchstens teilweise mit den gesetzlichen Vorgaben übereinstimmen – was der Gesetzmässigkeit eines Versteigerungsaktes widerspricht.

Unbestritten dürfte überdies wohl sein, dass nur wenn auf einer *einzigsten, gebündelten digitalen Plattform* zwangsversteigert wird, der *höchste Erlös für die Gläubiger* erzielt werden kann. Die Aufsplitterung in diverse, private Plattformen führt für den Gläubiger*innen (und dementsprechend auch für die schuldnerischen Personen) fast zwangsläufig zu weniger ertragreichen Erlösen.

KONFERENZ DER STADTAMMÄNNER VON ZÜRICH

4/4

Art. 132a Abs. 4

Art. 256 Abs. 1

Art. 257

Art. 275

Der Gesetzes-Entwurf übernimmt die bundesgerichtliche Rechtsprechung und ist zu begrüßen.

Für Ihre Kenntnisnahme danken wir bestens.

Freundliche Grüsse

Konferenz der Stadtammänner von Zürich

A handwritten signature in blue ink, enclosed in a thin red rectangular border. The signature appears to read 'Y. de Mestral'.

Yves de Mestral, RA lic.iur.
Präsident

Für Sie zuständig:
Cécile Kessler
cecile.kessler@raiffeisen.ch

Vernehmlassung betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG), Möglichkeiten der Digitalisierung im Betreuungswesen besser nutzen

7.10.2022

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der Eröffnung der Vernehmlassung vom 22. Juni 2022 laden Sie interessierte Kreise ein, Stellung zu nehmen zu den geplanten Änderungen des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG). Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns gerne wie folgt zur Vorlage:

Allgemeine Bemerkungen

Um die Digitalisierung im Betreuungswesen voranzutreiben, will der Bundesrat unter anderem die Verwendung elektronischer Verlustscheine fördern und die Versteigerung von beweglichen Vermögensgegenständen über Online-Plattformen ausdrücklich im Gesetz regeln. Betreibungsämter sollen zudem auf der Betreuungsauskunft künftig vermerken müssen, ob die Person im Einwohnerregister des Betreibungskreises bereits erfasst ist. Die Betreibungsämter sollen dafür auf die erforderlichen Daten der Einwohnerregister zugreifen können. Mit dieser Änderung will der Bundesrat die Aussagekraft der Betreuungsauskunft für die Gläubiger verbessern und den Missbrauch von Betreibungsregistrauskünften erschweren.

Wir begrüssen diese generellen Massnahmen sehr. Sie tragen dazu bei, die bestehenden Unsicherheiten in Bezug auf die Handhabung von Verlustscheinen zu beseitigen und unnötige Kosten zu vermeiden. Wir haben lediglich eine kritische Anmerkung zur Vorlage:

Begrenzung der Barzahlungen des Schuldners an das Betreibungsamt

Die Regelung zu den Zahlungen an das Betreibungsamt soll unabhängig von den oben erwähnten Massnahmen um einen neuen Art. 12 Absatz 3 SchKG ergänzt werden

Damit sollen in Zukunft generell Zahlungen an das Betreibungsamt in bar auf einen Maximalbetrag von 100 000 Franken begrenzt werden. Diese Regelung entspricht inhaltlich den bestehenden Bestimmungen von Artikel 129 Absatz 2 und Artikel 136 Absatz 2 SchKG, welche seit 2016 Barzahlungen an das Betreibungsamt bei der Versteigerung von beweglichen Sachen und Grundstücken auf Beträge von 100 000 Franken beschränken. Liegt der Preis höher, so ist der Teil, der diesen Betrag übersteigt, über einen Finanzintermediär nach dem Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997 abzuwickeln.

Das Ziel der jetzigen Neuregelung ist es, potenzielle Missbrauchsgefahren im Zusammenhang mit Barzahlungen zu vermeiden.

Bekanntlich qualifiziert das entgegennehmende Betreibungs- oder Konkursamt gemäss heutiger Regelung nicht als Finanzintermediär im Sinne des Geldwäschereigesetzes und unterliegt daher nicht den diesbezüglichen Sorgfalts- und Abklärungspflichten bei der Entgegennahme von Bargeld.

Unseres Erachtens sollten die Betreibungs- und Konkursämter die Vorgaben des Geldwäschereigesetzes selbst wahrnehmen müssen und in diesem Zusammenhang dem Geldwäschereigesetz unterstellt werden, um potenzielle Missbrauchsgefahren zu vermeiden. Denkbar wäre dabei auch eine analoge Umsetzung der geltenden Sorgfaltspflichten für Händlerinnen und Händler dahingehend, dass Betreibungs- und Konkursämter bei der Entgegennahme von Barbeträgen von mehr als 100'000 Franken entsprechende Abklärungspflichten wahrzunehmen hätten. Da die Bekämpfung der Geldwäscherei primär eine staatliche Aufgabe ist erscheint es opportun, auch für behördliche Stellen entsprechende Sorgfalts- und Abklärungspflichten vorzusehen bei der Entgegennahme von Bargeld.

Mit der nun vorgesehenen gesetzlichen Anpassung ist davon auszugehen, dass Schuldner, die bis anhin direkt eine Barzahlung an das Betreibungsamt geleistet haben (wobei die Gelder möglicherweise im Einzelfall einen verbrecherischen Hintergrund haben), künftig den gesamten Betrag oder den Teil der Zahlung, der den Betrag von 100'000 Franken übersteigt, in bar bei einem Finanzintermediär einzahlen. Dies kann nicht im Sinne der Bekämpfung der im Rahmen von Betreibungsverfahren mit Barzahlungen verbundenen Missbrauchsgefahren sein. Die gemäss Botschaft mit dieser gesetzlichen Anpassung beabsichtigte Erleichterung der Arbeiten der Betreibungsämter bei der Abwicklung führt dann je nach Höhe des Barbetrages bei Finanzintermediären zu einem erhöhten Abklärungsaufwand.

Wenn staatliche Behörden Bargeld annehmen, sollten für diese zusammenfassend die gleichen Pflichten gelten wie für Finanzintermediäre oder mindestens wie für Händlerinnen und Händler. Damit könnte dem Ziel der geplanten Gesetzesänderung, potenzielle Missbrauchsgefahren bei Barzahlungen an Betreibungsämter zu minimieren, unseres Erachtens besser und sachgerechter Rechnung getragen werden.

Wir bedanken uns abschliessend für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Dr. Christian Hofer
Leiter Nachhaltigkeit, Politik & Genossenschaft
Raiffeisen Schweiz Genossenschaft

Christian Bopp
Leiter Regulatory Affairs
Raiffeisen Schweiz Genossenschaft

Änderung SchKG – Betreuungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung

santésuisse
Römerstrasse 20
Postfach 1561
CH-4502 Solothurn
Tel. +41 32 625 41 41
Fax +41 32 625 41 51
mail@santesuisse.ch
www.santesuisse.ch



santésuisse

Die Schweizer Krankenversicherer

Les assureurs-maladie suisses

Für Rückfragen:
Axel Reichlmeier
Direktwahl: +41 32 625 4252
Axel.Reichlmeier@santesuisse.ch

Solothurn, 13. Oktober 2022

Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) «Betrebungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung»; Stellungnahme santésuisse

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den vorgesehenen Änderungen des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) betreffend Betreuungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung Stellung nehmen zu können.

Da die vorgeschlagenen Änderungen für die Krankenversicherer nicht alle die gleiche Relevanz haben, verzichten wir auf Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln und äussern uns nur summarisch zu den Änderungen, bei welchen die Krankenversicherer besonders betroffen sind – namentlich die elektronische Zustellung von Verlustscheinen.

Änderung SchKG – Betriebsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung

Unterstützung der elektronischen Zustellungen von Verlustscheinen

Aus Sicht der Krankenversicherer ist die Digitalisierung und die elektronische Zustellung von Verlustscheinen ein Fortschritt, weshalb santésuisse die Anpassung unterstützt.

Die Vorteile liegen darin, dass ein reibungsloser Datenaustausch effizienter ist als der bisherige Austausch in Papierform und somit freiwerdende Ressourcen in anderen Aufgaben eingesetzt werden können. Dies geht auch deutlich aus den Erfahrungen mit eSchKG hervor. Aktuell schreibt eSchKG noch die Papierform in bestimmten Urkunden (wie z.B. bei Zahlungsbefehl-Doppel, Verlustschein) vor.

Es ist davon auszugehen, dass mit weiteren Regelungen im SchKG zu Digitalisierungen, auch die Prozesse im eSchKG angepasst werden und die Anerkennung der digitalen Dokumente inkl. der digitalen Signatur auch schweizweit durch die Gerichte gewährleistet ist. Desweiteren halten wir fest, dass im Konkursbereich aktuell keine Digitalisierung vorliegt. Daher ist auch hier die Erwartung einer vollen Integration in eSchKG.

Wir sehen mit der Digitalisierung von Verlustscheinen weitere operative Vorteile:

- Schnellere Auslieferung als auf dem Postweg, der Postversand fällt weg
- Kosteneinsparungen, da kein Stauraum für die Archivierung und Aufbewahrung mehr zur Verfügung gestellt werden muss
- Einsparungen (Portokosten), da kein Postversand von bezahlten Verlustscheinen die gelöscht werden müssen
- Effizienzsteigerungen in der Zusammenarbeit mit Betriebsämtern und kantonalen Durchführungsstellen (gemäss Art. 64a KVG)
- Höhere Transparenz gegenüber Ämtern und Kunden. Dies äussert sich bei Anfragen im geringeren Suchaufwand als bei physischen Exemplaren, zudem gibt es keine Verluste von Dokumenten mehr

Gemäss erläuterndem Bericht sehen die vorgeschlagenen Änderungen vor, dass die betroffene Person eine elektronische Zustellung verlangen kann und dass immer dann eine elektronische Zustellung durch das Amt erfolgt, wenn die betroffene Person ihre Eingaben elektronisch eingereicht hat und nicht ausdrücklich die Zustellung von Papierurkunden verlangt (Art. 34 Abs. 2 erster Satz VE-SchKG). Es steht somit in diesen Fällen nicht im Belieben der Ämter, ob die Zustellung elektronisch erfolgt, und eine gleichzeitige Zustellung von Papierurkunden ist nicht vorgesehen.

Für die Gläubiger könnte dies ein Vorteil bei der Suche nach Schuldnern sein, wenn diese bald über einen gültigen elektronischen «Briefkasten» verfügen. Gerade bei Schuldnern wo keine aktuell gültige (Wohn-)Adresse bekannt ist, erschliesst dies eventuell neue Möglichkeiten für die Zustellung von Dokumenten.

Bestehende Verlustscheine müssen nachträglich digitalisiert werden können

Für die Krankenversicherer wäre es zudem von Vorteil, nicht nur die zukünftigen Verlustscheine in digitaler Form zu erhalten, sondern dass auch die Möglichkeit bestünde, bestehende Verlustscheine zu digitalisieren. Damit könnten die Versicherer bereits in naher Zukunft im vollen Umfang von den oben genannten Vorteilen profitieren, ohne abwarten zu müssen, bis die letzten Verlustscheine auf Papier Ihre Gültigkeit verlieren.

Änderung SchKG – Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung

Auf Seite der Versicherer muss hingegen sichergestellt werden, dass die elektronischen Archive für die «Endzeit» ausgelegt werden (Ausstellung Verlustschein plus 20 Jahre). Die digital archivierte Dokumente müssen somit auch bei späteren Systemablösungen von Nachfolgeapplikation übernommen werden können.

Die Krankenversicherer gehen davon aus, dass sie den Betreibungsämtern mit den neuen Vorgaben - beispielsweise für die Löschung im Betreibungsregister - die Verlustscheine elektronisch zustellen können.

Digitale Verlustscheinübernahme der Kantone muss geregelt werden

Ein offener Punkt bezüglich dem neuen Art. 64a KVG zur Verlustscheinübernahme durch die Kantone bleibt: Die Abtretung (Übertragung) von Verlustscheinen an Dritte (z.B. Kantone) muss ebenfalls geklärt respektive im SchKG sichergestellt sein.

Im erläuternden Bericht zur Vorlage wird im Kapitel 1.1.3 auf die elektronische Übertragung beim Thema Motion 20.4035 Fiala «Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs – Elektronische Übertragung der Verlustscheine» zumindest eingegangen. Die Motion verlangt eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen, damit die Verlustscheine elektronisch übertragen werden können. Der Bundesrat hatte mit Stellungnahme vom 18. November 2020 die Annahme der Motion beantragt. In der Folge haben der Nationalrat am 18. Dezember 2020 und der Ständerat am 31. Mai 2021 die Motion angenommen. Bei den Erläuterungen zum Artikel 34 Abs. 2 erster Satz SchKG wird die elektronische Übertragung hingegen nicht mehr erwähnt.

Art. 34 Abs. 2, dritter Satz SchKG müsste somit folgendermassen ergänzt werden:

Der Bundesrat regelt:

- a. die zu verwendende Signatur;
- b. das Format der Mitteilungen, Verfügungen und Entscheide sowie ihrer Beilagen;
- c. die Art und Weise der Übermittlung;
- d. den Zeitpunkt, zu dem die Mitteilung, die Verfügung oder der Entscheid als zugestellt gilt;
- e. die Vorgaben zur elektronischen Abtretung an Dritte.

Änderung SchKG – Betreuungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen. Für allfällige Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

santésuisse
Direktion



Verena Nold
Direktorin santésuisse

Abteilung Grundlagen



Dr. Christoph Kilchenmann
Leiter Abteilung Grundlagen

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

Eingereicht per Mail an: zz@bj.admin.ch

Basel, 5. Oktober 2022

Vernehmlassung 2021/33
Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)
(Betreibungsaukunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen von Schuldenberatung Schweiz (SBS) danke ich Ihnen für die Möglichkeit zu den genannten Änderungen Stellung beziehen zu können. SBS ist der Dachverband von 43 gemeinnützigen und öffentlichen Fachstellen für Schuldenberatung und -sanierung in der ganzen Schweiz.

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Anpassungen an die technischen Entwicklungen.

Unsere Bemerkungen beschränken sich auf die elektronische Zustellung (Art. 34 Abs. 2 erster Satz VE-SchKG). Wir begrüssen es, dass die Möglichkeit, die Unterlagen weiterhin postalisch zu erhalten, weiterhin bestehen soll. Es gibt insbesondere bei überschuldeten Personen einige, welche nicht elektronisch kommunizieren können oder davon überfordert sind. Ein Verlustschein per Mail ginge in solchen Fällen schnell verloren, was für ein physisches, postalisch zugestelltes Dokument weniger der Fall ist.

Freundliche Grüsse

Schuldenberatung Schweiz



Pascal Pfister, Geschäftsleiter



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern
zz@bj.admin.ch

Bern, 3. Oktober 2022 sgv-KI/ye

Vernehmlassungsantwort: Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 22. Juni lädt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein, sich zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) zu äussern. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen noch besser genutzt werden. Betreibungsämter werden verpflichtet, vor Erstellung der Betreibungsauskunft eine Abklärung des Meldeortes vorzunehmen, indem sie auf die Daten der Einwohnerregister zugreifen. Zweitens wird die Verwendung elektronischer Verlustscheine geregelt. Drittens soll die Versteigerung von beweglichen Vermögensgegenständen über Online-Plattformen gesetzlich geregelt werden.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt die Vorlage, mit welcher die Möglichkeiten der Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen noch besser genutzt werden können.

Bereits heute wird ein grosser Teil der Betreibungsverfahren auf elektronischem Weg abgewickelt. Die vorliegende Revision schafft die gesetzlichen Grundlagen, um die Möglichkeiten der Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen noch besser nutzen zu können. Im Einzelnen nimmt der sgv wie folgt Stellung:

Zu Art. 8a Abs. 3^{bis}: Betreibungsregisterauskunft

Der sgv unterstützt die Bekanntgabe des Wohnortes bei der Erteilung einer Betreibungsregisterauskunft, weist aber darauf hin, dass Betreibungen erst in einem späteren Zeitpunkt anfallen. Vorher zeigen sich Anzeichen von Zahlungsverzug im Zahlungsverhalten von Personen und Unternehmen, die früher zu erkennen sind. Zum Schutz der Schuldner und Gläubiger ist es wichtig, dass Privatfirmen bereits vorsorg-

liche Instrumente wie Bonitätsauskünfte zur Verfügung stellen, die es ermöglichen, eine Betreuung überhaupt zu vermeiden indem eine Person mit Zahlungsverzug erst gar nicht gegen Rechnung beliefert wird. Dies ist heute im Rahmen von e-Commerce von wachsender Bedeutung.

Zu Art. 12 Abs. 3 – Obergrenze für Barzahlungen

Der sgv unterstützt das Vorhaben, mit der Obergrenze von CHF 100'000.- nicht. Der sgv fordert die freie Wahl der Zahlungsmittel. Es gibt alltägliche Transaktionen, welche leicht die 100'000 übersteigen. Die Überprüfung der Daten, die für solche Transaktionen notwendig sind, ist extrem aufwändig, zeit- und kostenintensiv.

Zu Art. 34 Abs. 2

Der sgv unterstützt den Vorschlag, Mitteilungen, Verfügungen und Entscheide elektronisch zuzustellen, sofern die betreffende Person dies ausdrücklich verlangt oder sofern sie ihre Eingaben elektronisch eingereicht und nicht ausdrücklich eine Zustellung auf Papier verlangt hat. Dies ermöglicht, die Bürokratie zu verringern, was sich auch positiv auf die Gebühren und Kosten im Betreuungswesen auswirken sollte. Der sgv fordert, dass die Thematik der Betreibungsgebühren und -kosten vom Bundesgesetzgeber überprüft werden. Es kann nicht sein, dass Betreibungen aufgrund der hohen Kosten systematisch ausbleiben. Hinzu kommt, dass die Anforderungen zur Beseitigung des Rechtsvorschlages viel zu hoch sind und folglich gar nicht erst betrieben wird. Dies schadet der Gesamtwirtschaft und der Moral jener Schuldner, die ihre Schulden korrekt und fristgerecht begleichen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor



Dieter Kläy
Ressortleiter



Stadt Zürich
Stadtmannamt und Betreibungsamt Zürich 5

Stadt Zürich
Stadtmannamt und Betreibungsamt Zürich 5
Fabrikstrasse 3
Postfach, 8031 Zürich

Telefon +41 44 412 04 10
Fax +41 44 412 04 29
IBAN CH42 0900 0000 8000 3560 2
BIC POFICHBEXXX
www.bazuerich5.ch

Ihre Kontaktperson:
Thomas Zeller
lic. iur. Stadtmann
Executive MBA UZH
Direktwahl +41 44 412 04 20
thomas.zeller@zuerich.ch

Per E-Mail

Bundesamt für Justiz BJ

Dienststelle Oberaufsicht Schuldbetreibung und Konkurs
zz@bj.admin.ch

zK

Herr Markus Zopfi, Betreibungsinspektor Kanton Zürich
Herr Thomas Winkler, Präsident VGBZ
Herr Yves de Mestral, Präsident KdSZ

Zürich, 5. Oktober 2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG): Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerungen Vernehmlassungsantwort Betreibungsamt Zürich 5

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehme ich als langjähriger Chef des Betreibungsamtes Zürich 5 und als erfahrener rechtsanwendender und kritischer Jurist zur vorgeschlagenen Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs wie folgt Stellung:

Art. 8a Abs. 3^{bis}

Die Angabe der Zu- und Wegzugsdaten wird im Kanton Zürich seit 1. April 2020 (§ 6a EG SchKG) praktiziert, funktioniert soweit gut und stellt für die Anfragenden sicherlich eine gewisse Verbesserung der Aussagekraft einer Betreibungsauskunft dar.

Der neue vorgeschlagene Gesetzestext ist da sehr hilfreich. Allerdings wurde die gesetzliche Lösung nicht zu Ende gedacht.

Der Betreibungsbeamte muss, wenn er feststellt, dass die Person, über die eine Auskunft aus dem Betreibungsregister verlangt wird, im Betreibungskreis des zuständigen Betreibungsamtes Zürich 5 nie gewohnt hat, das Gesuch um Auskunft aus dem Betreibungsregister abweisen können. So wird kein falscher Schein erweckt und damit zweckmässig im Sinne der Motion Candinas "Missbrauch von Betreibungsregisterauszügen stoppen" gehandelt.

Wird die Regelung – wie vorgeschlagen – umgesetzt, so wird jedes Betreibungsamt der Schweiz nichtsdestotrotz eine Auskunft aus dem Betreibungsregister erteilen müssen.

In einer solchen besagten Auskunft aus dem Betreibungsregister würde oben auf der Seite des BJ-Formulars der Vermerk stehen "keine Beteiligungen oder Verlustscheine registriert".

95 % der Gläubiger würden erfahrungsgemäss – ich bin nun schon 35 Jahre Vorsteher des Beteiligungsamtes Zürich 5 und kenne die Gläubiger leider nur zu gut - nur bis zu dieser Zeile lesen und nicht bis ans Ende der Seite, wo der Vermerk "Zuzug und Wegzug" steht. Diese Gläubiger würden die Kreditwürdigkeit als positiv einstufen und dem Schuldner einen Kredit gewähren, obwohl dieses Papier ja gerade gar nichts über die Kreditwürdigkeit aussagt.

Die Beteiligungsämter der Schweiz würden so einen falschen Schein erwecken, würden sich als staatliche Behörden zum Gehilfen von jedem Kreditbetrüger machen und würden gleichzeitig so gegen die Bundesverfassung 5 III gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstossen.

Antrag.

Der Gesetzestext ist wie folgt zu ergänzen: "Hat die betreffende Person im von der Auskunft erfassten Zeitraum keinen Wohnsitz im Beteiligungskreis, muss das Gesuch um Auskunft aus dem Beteiligungsregister zurückgewiesen werden."

Art. 12 Abs. 3

Die Bestimmung unterstützt die Bemühungen zur Missbrauchsbekämpfung und ist im Prinzip zu begrüssen.

Unbegreiflich ist aber die Formulierung "Bei höheren Zahlungen ist die Zahlung ... über einen Finanzintermediär ... abzuwickeln".

Sinn und Zweck der Schuldbeteiligung ist die Eintreibung von Geld im Sinne von SchKG 12 I: "Das Beteiligungsamt hat Zahlungen für Rechnung des beteiligenden Gläubigers entgegenzunehmen". Die Schuldbeteiligung darf nicht durch irgendwelche eventuell sogar nichtstaatliche Finanzintermediäre gehindert werden!

Die Beteiligungsämter sind sehr wohl in der Lage das Geldwäschereigesetz gesetzestreu umzusetzen. Wir sind uns die Gesetzesumsetzung gewohnt!

Die Beteiligungsämter müssen nicht bevormundet werden, und sicher nicht u. U. durch Banken, die sich über Jahre unter dem Schutz des Bankgeheimnisses im Ausland wie Piraten als "Steuerhinterziehungsmotivatoren" betätigt haben!

Antrag.

Der Gesetzestext ist wie folgt zu ändern: "Bei höheren Zahlungen ist die Zahlung des diesen Betrag übersteigenden Teils durch das Beteiligungsamt gemäss Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997 zu prüfen und abzuwickeln".

Art. 34 Abs. 2

Die Vorlage strebt die weitere Digitalisierung der Beteiligungsverfahren an. Leider ist die vorgeschlagene Ausgestaltung von Art. 34 Abs. 2 kontraproduktiv.

Die Formulierung lässt einen steten Wechsel zwischen elektronischer Zustellung und einer solchen auf Papier zu. Dies läuft den Bemühungen zur und dem Grundgedanken der Digitalisierung, dem digitalen Wandel, zuwider. Es besteht denn auch kein praktisches Bedürfnis für einen Medienwechsel, da die betriebsamtlichen Urkunden in elektronischer und Papier-Form gleichwertig sind. Ist die Zustellungsart durch die Eingabe in einer Form gewählt, ist sie beizubehalten.

Zudem muss klargestellt werden, dass es sich bei elektronischen Eingaben nur um solche in *strukturierter* Form über eSchKG und nicht eine beliebige Plattform oder (unstrukturierter) Eingabeart (E-Mails, unstrukturierte Eingaben über eGovernment EasyGov bspw. via SN-Nachricht etc.) handeln kann. Eingaben in anderer als strukturierter Form ergeben keinerlei Effizienzgewinn, sind durch die händische Übertragung in ein anderes Medium aufwändig und fehleranfällig, technisch und datenschutzrechtlich problematisch und ergeben im Rahmen der Digitalisierung keinen Sinn. Die Plattform eSchKG muss den Bedürfnissen und Anforderungen aller Verbundteilnehmenden entsprechend ausgebaut werden. Es geht nicht an, dass unter dem Deckmantel der Digitalisierung das Betreibungswesen einseitig nur zu Gunsten von Grossgläubigern resp. Gläubigervertretern ausgerichtet wird, während die Träger der Betreibungsämter, d.h. die Kantone und Gemeinden und somit die Allgemeinheit, den Mehraufwand (für Personalaufwand, EDV etc.) ohne einen valablen Mehrwert zu tragen haben.

Antrag:

Art. 34 Abs. 2 erster Satz ist daher wie folgt zu formulieren: "Mitteilungen, Verfügungen und Entscheide werden elektronisch zugestellt, sofern die betreffende Person ihre Eingaben elektronisch in strukturierter Form über eSchKG eingereicht hat und die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden."

Art. 67 Abs. 4

Diese Bestimmung ist zu streichen.

Als Vorsteher des Betreibungsamtes Zürich 5 habe ich seit der Zuständigkeit des Bundesrates und insbesondere des Bundesamtes für Justiz wenig sinnvolle Änderungen an Inhalt und Form der Angaben im Betreibungsbegehren erlebt. Sämtliche Änderungen bis heute bevorzugten die Grossgläubiger und erschwerten es den Schuldnern die Übersicht zu behalten und ihren legalen und legitimen Anspruch auf rechtliches Gehör wahrzunehmen (z. B. Anzahl der einzugebenden Forderungen).

Art. 125

Art. 129a

Die gesetzliche Regelung von Online-Versteigerungen entspricht einem praktischen Bedürfnis und unterstützt das Ziel der Zwangsverwertung ein optimales Verwertungsergebnis zu erzielen und die anfallenden Kosten niedrig zu halten.

Es ist aber nicht einzusehen, weshalb private Betreiber nunmehr die Federführung für eine öffentliche Zwangsversteigerung übernehmen sollen. Bei der Zwangsversteigerung handelt es sich um einen originär-staatlichen Zwangsverwertungsakt. Es besteht aus ordnungspolitischer Hinsicht keinerlei Anlass, diesen Grundsatz in Frage zu stellen. Auch aus praktischen Überlegungen kann nur eine staatlich kontrollierte öffentliche Zwangsverwertung die gesetzeskonformen näheren Bedingungen einer solchen definieren. Bei der Zulassung von privaten Zwangsverwertern droht ein unübersichtlicher Wirrwarr an Steigerungskonditionen, welche unter Umständen höchstens teilweise mit den gesetzlichen Vorgaben übereinstimmen – was der Gesetzmässigkeit eines Versteigerungsaktes widerspricht.

Unbestritten dürfte überdies wohl sein, dass nur, wenn auf einer *einzigsten, gebündelten digitalen Plattform* zwangsversteigert wird, der *höchste Erlös für die Gläubiger* erzielt werden kann. Die Aufsplitterung in diverse, private Plattformen führt für den Gläubiger*innen (und dementsprechend auch für die schuldnerischen Personen) fast zwangsläufig zu weniger ertragreichen Erlösen.

Antrag:

SchKG 129a I soll lauten:

" Die Verwertung von beweglichen Vermögensstücken kann durch eine Versteigerung über eine allgemein zugängliche Online-Plattform einer SchKG-Behörde erfolgen."

SchKG 129a II soll lauten:

"Der Betreibungsbeamte teilt die Art der Versteigerung (online oder physisch) dem Schuldner, dem Gläubiger sowie den beteiligten Dritten in der Steigerungsanzeige (Art. 125 Abs. 3) mit."

Bemerkung:

Das Medium – Computer, Papier, Marmor oder Wachstafel, etc. – ist nicht wesentlich. Das Gesetz (SchKG 122 - 129) muss eingehalten werden und dies wird durch die SchKG-Behörden garantiert!

Art. 132a Abs. 4

Diese Bestimmung ist zu streichen.

Bemerkung:

Das Medium – Computer, Papier, Marmor oder Wachstafel, etc. – ist nicht wesentlich. Das Gesetz (SchKG 122 - 129) muss eingehalten werden und dies wird durch die SchKG-Behörden garantiert!

Art. 256 Abs. 1

Art. 257

Art. 275

Für Ihre Kenntnisnahme danken wir bestens.

Freundliche Grüsse

Stadtammannamt und Betriebsamt Zürich 5

Thomas Zeller, lic. iur. Stadtammann

Zürich, 13. Oktober 2022

Vernehmlassung «Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)»

Vorbemerkungen

Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 das EJPD beauftragt, zur «Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)» ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Der SVIT Schweiz (nachfolgend: SVIT) wurde zur Vernehmlassung eingeladen.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen noch besser genutzt werden können. Einerseits sollen die Betreibungsämter verpflichtet werden, vor der Erstellung der Betreibungsauskunft eine Abklärung des Meldeortes vorzunehmen, indem sie auf die Daten der Einwohnerregister zugreifen. Sodann soll die Verwendung elektronischer Verlustscheine geregelt und gefördert werden. Schliesslich soll die Versteigerung von beweglichen Vermögensgegenständen über Online-Plattformen gesetzlich geregelt werden. Damit werden verschiedene parlamentarische Vorstösse erfüllt.

Beurteilung der Vorlagen

1. Wohnsitzüberprüfung bei der Betreibungsauskunft

Der SVIT unterstützt die Verpflichtung der Betreibungsämter zur Wohnsitzüberprüfung bei der Einwohnerkontrolle und fordert gleichzeitig weiterreichende Schritte.

Der erläuternde Bericht weist in den Kapiteln 1.1.2 und 2.1.1 zu Recht auf die beschränkte Eignung der Auskunft aus dem Betreibungsregister hin, die finanzielle Situation und das Zahlungsverhalten einer Person darzustellen. In der Praxis der professionellen Immobilienwirtschaft, namentlich bei der Vereinbarung von Dauerschuldverhältnissen wie dem Mietvertrag, haben darum private Register und Datenbanken eine grosse Bedeutung erlangt. Für private Vermieter spielen aber Betreibungsregistrauszüge nach wie vor eine wichtige Rolle für die Mietersélection.

Jede Verbesserung der Aussagekraft des Auszugs wird vom SVIT begrüsst. Darum unterstützt der Verband die verschiedenen parlamentarischen Vorstösse mit entsprechendem Ansinnen. Die nun im Entwurf vorgeschlagene Wohnsitzüberprüfung stellt einen ersten Schritt dar, die Praxistauglichkeit und Aussagekraft des Auszugs zu verbessern. Der Verband stellt aber auch klar, dass es dabei nicht bleiben kann. Die Vernetzung sämtlicher Betreibungsregister, wie sie in der gleichnamigen, leider nicht weiterverfolgten parlamentarischen Initiative 16.405 von Nationalrat Erich Hess gefordert wurde, stellt weiterhin das Ziel der Entwicklung dar. Aus der Debatte im Ständerat (AB 2020 S 592) zum betreffenden Geschäft geht klar hervor, dass auch der Ständerat den Bundesrat in der Pflicht sieht, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, die der Komplexität der Materie Rechnung trägt. Es wurde darauf hingewiesen, dass dem Bundesrat und der

Bundesverwaltung der Wille fehlt, eine unbefriedigende Situation zu ändern und dass sie am antiquierten Betreuungswesen festhalten wollen. Dies kommt auch im Antrag des Bundesrats auf Ablehnung der Motion «Einführung eines schweizweit vollständigen Betreibungsregisterauszuges» (19.4438, Candinas) zum Ausdruck.

Zusammenfassend bringt der SVIT trotz seiner Unterstützung für die nun vorliegende Änderung sein Bedauern zum Ausdruck, dass es bei dieser kleinen Verbesserung der Aussagekraft des Auszugs bleiben soll. Im Zeitalter der Digitalisierung wäre eine Datenübertragung von einem Betreibungsamt zum andern oder die Vernetzung sämtlicher Betreibungsämter technisch und finanziell durchaus machbar. In den Worten von Ständerat Hannes Germann zu seinem Einzelantrag zur parlamentarischen Initiative 16.405: «In diesem Bereich einer überfälligen Vernetzung der Daten von Betreibungsregistern befinden wir uns auf Bundesebene immer noch in der Steinzeit.» (AB 2020 S 592)

Elektronische Zustellungen

Zustimmung, keine Anmerkungen

2. Online-Versteigerung

Zustimmung, keine Anmerkungen

3. Vorgaben an Betreibungsbegehren

Zustimmung, keine Anmerkungen

4. Präzisierung betreffend Arrestvollzug

Zustimmung, keine Anmerkungen

5. Barzahlung an das Betreibungsamt

Zustimmung, keine Anmerkungen

Zum SVIT Schweiz

Als Berufs- und Fachverband der Immobilienwirtschaft vertritt der SVIT Schweiz rund 2'500 Unternehmen, die Dienstleistungen unter anderem für institutionelle, gewerbliche, öffentliche und private Immobilieneigentümer, Bauherren, Betreiber und Stockwerkeigentümergeinschaften erbringen. Zusammen vertreten wir rund 30'000 Berufsleute der Immobilienwirtschaft. Der Schweizerische Verband der Immobilienwirtschaft SVIT Schweiz ist in allen Landesregionen der Schweiz präsent und ist die nationale Vertretung des Immobiliendienstleistungssektors in politischen Belangen.

Kontakt

SVIT Schweiz
Dr. Ivo Cathomen
Stv. Geschäftsführer
Greencity, Maneggstrasse 17
8041 Zürich

Tel. +41 44 434 78 88

ic@svit.ch

Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
zz@bj.admin.ch

Bern, 21.09.2022

Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung) – Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Transparency International Schweiz («Transparency Schweiz») nutzt gerne die Gelegenheit, sich an der Vernehmlassung zum titelerwähnten Vorentwurf zu beteiligen. Wir nehmen wie folgt fristgerecht Stellung:

Die Vorlage sieht eine Begrenzung der Barzahlungen von Schuldnern an die Betreibungsämter vor. Dies ist im Grundsatz zu begrüßen. Die vorgeschlagene Obergrenze für Bargeldzahlungen ist mit 100 000 Franken jedoch deutlich zu hoch angesetzt. Wir beschränken uns in unserer Stellungnahme auf diesen Punkt. Nachfolgend finden Sie unsere entsprechenden Anträge mit Begründung.

Anträge

Wir beantragen folgende Änderung gegenüber dem Vorentwurf:

Art. 12 Abs. 3

³ Zahlungen können bis zum Betrag von ~~400 000~~ **15 000** Franken in bar geleistet werden. Bei höheren Zahlungen ist die Zahlung des diesen Betrag übersteigenden Teils über einen Finanzintermediär nach dem Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997 abzuwickeln.

Zugleich beantragen wir, entsprechende Anpassungen der Regelungen für Barzahlungen bei öffentlichen Steigerungen von beweglichen Sachen und Forderungen sowie von Grundstücken in die vorgeschlagene Gesetzesrevision aufzunehmen:

Art. 129 Abs. 2

² Die Zahlung kann bis zum Betrag von 15 000 Franken in bar geleistet werden. Liegt der Preis höher, so ist der Teil, der diesen Betrag übersteigt, über einen Finanzintermediär nach dem Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997 abzuwickeln. Im Übrigen bestimmt der Betreibungsbeamte den Zahlungsmodus.

Art. 136 Abs. 2

² Die Zahlung kann bis zum Betrag von 15 000 Franken in bar geleistet werden. Liegt der Preis höher, so ist der Teil, der diesen Betrag übersteigt, über einen Finanzintermediär nach dem Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997 abzuwickeln.

Begründung

- Bargeldzahlungen bergen ein hohes Missbrauchsrisiko für Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Das internationale Anti-Geldwäscherei-Gremium FATF verlangt in seinen Empfehlungen deshalb besondere Sorgfaltspflichten für Finanzinstitute (Empfehlung 10) sowie für Edelmetall- und Edelstein-Händler/innen (Empfehlungen 22 und 23) bei Bargeldtransaktionen, die den Schwellenwert von 15 000 USD/Euro übersteigen.¹ Die meisten EU-Staaten haben den Bargeldverkehr angesichts seines hohen Risikos für Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sogar grundsätzlich begrenzt. In Belgien zum Beispiel liegt bei Waren und Dienstleistungen die Höchstgrenze für Bargeldzahlungen (ausser im Verkehr zwischen Verbrauchern) bei 3.000 Euro. In Italien wurde sie am 1. Januar 2022 auf 999.99 Euro gesenkt, und in Griechenland liegt sie (ausser beim Autokauf) bei 500 Euro.² Ein Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission sieht vor, Bargeldzahlungen in allen EU-Staaten auf maximal 10 000 Euro zu beschränken.³
- Die interdepartementale Koordinationsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (KGGT) stellt Risiken im Zusammenhang mit Bargeldzahlungen auch mit Blick auf die Schweiz fest. Sie hält fest, Bargeldverwendung sei nicht zuletzt «bei Geldwäscherei von Erlösen aus Drogenhandel und Betrug» zu beobachten und könne auch «bei anderen Geldwäschereimustern zum Einsatz kommen, etwa im Zusammenhang mit Bestechung, kriminellen Organisationen oder qualifizierten Steuervergehen.» Zudem sei Bargeld öfters in Fällen eines Verdachts auf Terrorismusfinanzierung im Spiel.⁴
- Finanzintermediäre haben in der Schweiz Sorgfaltspflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung bereits bei Barzahlungen ab 15 000 Franken (Art. 51 Abs. 1 Bst. b, Art. 56 Abs. 5 und Art. 61, Abs. 1 GwV-FINMA). Dies steht im Einklang mit der entsprechenden FATF-Empfehlung (Empfehlung 10). Die Betreibungsämter hingegen haben keine solche Pflichten und sind deshalb in Bezug auf Geldwäscherei stark missbrauchsgefährdet. Aus Sicht Geldwäschereibekämpfung gibt es keinen sachlichen Grund für die unterschiedliche Behandlung von Banken und Betreibungsämtern. Bei

¹ Financial Action Task Force, [International Standards on Combating Money Laundering and the Financing of Terrorism & Proliferation: The FATF Recommendations, Updated March 2022](#). In bestimmten Fällen und für einzelne ausgewiesene Unternehmen und Berufe ausserhalb des Finanzbereichs (DNFBP: Designated Non-Financial Businesses and Professions), insbesondere für Casinos und Immobilienmakler/innen, werden auch bei Bargeldtransaktionen unter dem Wert von 15 000 USD/Euro besondere Sorgfaltspflichten verlangt (FATF-Empfehlungen 10, 22 und 23).

² Europäisches Verbraucherzentrum Deutschland, [Bargeldzahlung: Gibt es eine Bargeld-Obergrenze im EU-Ausland?](#) 14. September 2021.

³ Europäische Kommission, [Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung](#), 20. Juli 2021. Für Zahlungen oder Einlagen, die in den Räumlichkeiten von Kreditinstituten vorgenommen werden, ist keine Bargeldbeschränkung vorgesehen, doch muss in solchen Fällen das Kreditinstitut die über die Grenze von 10 000 Euro hinausgehende Zahlung oder Einlage in bar der zentralen Meldestelle melden (Art. 59 Abs. 4 Bst. b).

⁴ Interdepartementale Koordinationsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (KGGT), [National Risk Assessment \(NRA\): Bericht über die Bargeldverwendung und deren Missbrauchsrisiken für die Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung in der Schweiz](#), S. 3.

Betreibungsämtern spitzt sich im Vergleich mit den Banken die Geldwäschereiproblematik sogar noch zu: Kriminelle, die den illegalen Ursprung von Bargeldvermögen verschleiern und dabei Überprüfungen durch die Finanzintermediäre vermeiden wollen, müssen dafür nur einem Verbündeten diese Gelder in bar übergeben, damit der Verbündete die Gelder dann in bar über das Betreibungsamt dem Kriminellen wieder zurücküberweist. Damit sind die Gelder gewaschen, notabene sogar «officialisiert», unter Einbezug des Betreibungsamts. Aussagen von Betreibungsbeamten/innen lassen darauf schliessen, dass diese Missbrauchsmöglichkeit tatsächlich genutzt wird. So berichtet eine ehemalige Betreibungsbeamtin gegenüber Radio SRF, es seien regelmässig Barzahlungen eingetroffen und zum Beispiel habe ein Geschäftsmann aus der Immobilienbranche mit Verbindungen nach Russland jeweils mehrere 10 000 Franken in bar mitgebracht. Umso bedenklicher ist, dass gemäss Radio SRF letztes Jahr allein im Kanton Genf über 24 Millionen Franken in bar über Betreibungsämter geflossen sein sollen.⁵

- Die vorgeschlagene Obergrenze von 100 000 Franken für Bargeldzahlungen an die Betreibungsämter ist deshalb deutlich zu hoch angesetzt. Sie steht quer zum internationalen Trend, Bargeldtransaktionen im Rahmen der Prävention von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung auf 15 000 USD/Euro oder weniger zu begrenzen, sowie zur Schwelle von 15 000 Franken, ab welcher die Schweizer Finanzintermediäre bei Bargeldtransaktionen Sorgfalts- und Meldepflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung wahrzunehmen haben. Zur Schliessung des Schlupflochs für Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sollte die Obergrenze deshalb 15 000 Franken nicht übersteigen. Ausserdem wird mit dieser Schwelle Kohärenz mit den nationalen Bestimmungen, die für Finanzintermediäre gelten, sowie mit den internationalen Entwicklungen bei Bargeldtransaktionen hergestellt.
- Die gleichen Schlupflöcher für Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung bestehen auch bei Bargeldzahlungen bei öffentlichen Steigerungen von beweglichen Sachen und Forderungen sowie von Grundstücken. Wie der Bundesrat bereits in der Botschaft zur Umsetzung der 2012 revidierten FATF-Empfehlungen dargelegt hat, besteht bei solchen Steigerungen die Gefahr, dass grössere Summen Bargeld ohne geldwäschereigesetzliche Kontrolle in den Finanzkreislauf eingeschleust werden.⁶ Die aktuell bestehende Obergrenze von 100 000 Franken für Bargeldzahlungen bei öffentlichen Steigerungen (Art. 129 Abs. 2 und Art. 136 Abs. 2 SchKG) sollte deshalb ebenso auf 15 000 Franken gesenkt werden.
- Die negativen gesellschaftlichen Folgen der Geldwäscherei und ihrer Vortaten wiegen unseres Erachtens deutlich schwerer als die möglichen Unannehmlichkeiten, die eine tiefere Obergrenze für Bargeldzahlungen an Betreibungsämter jenen Bürgerinnen und Bürgern bereiten könnte, die noch keinen Zugang zum Bankensystem oder zu elektronischen Zahlungsmitteln haben. Kommt hinzu, dass die Schweizerinnen und Schweizer gemäss einer Schätzung der KGGT im Durchschnitt einen Bargeldbestand von nur gerade 8 550 Franken halten.⁷ Dieser Bestand liegt deutlich tiefer als die in der vorliegenden Stellungnahme beantragte Obergrenze von 15 000 Franken für Barzahlungen an die Betreibungsämter.

⁵ Radio SRF, [Störende Gesetzeslücke: Geldwäsche via Betreibungsamt – weil sicher niemand Fragen stellt](#), 22. Juni 2022.

⁶ Der Bundesrat, [Botschaft zur Umsetzung der 2012 revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière \(GAFI\)](#), 13. Dezember 2013, S. 629 f.

⁷ KGGT, op. cit., S 42.

Eventualantrag

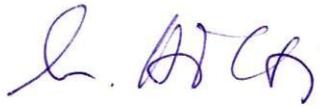
Sollte dennoch eine unbürokratische und einfache Barzahlungsmöglichkeit bis zum ursprünglich vorgesehenen Betrag von 100 000 Franken bevorzugt werden, dürfte dies nicht um den Preis einer wirksamen Geldwäscherei-prävention geschehen. In diesem Fall sollten deshalb die Betreibungsämter bei Bargeldzahlungen über 15 000 Franken geldwäschereirechtlichen Sorgfalts- und Meldepflichten analog zu jenen der Finanzintermediäre unterstellt werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Prof. Dr. iur. Markus Schefer
Präsident



Dr. iur. Martin Hilti, Rechtsanwalt
Geschäftsführer



UNIL | Université de Lausanne
Faculté de droit, des sciences criminelles et
et d'administration publique
bâtiment Internef
1015 Lausanne

DÉTERMINATION

DE LA FACULTÉ DE DROIT, DES SCIENCES CRIMINELLES
ET D'ADMINISTRATION PUBLIQUE DE L'UNIVERSITÉ DE LAUSANNE

à propos

DU PROJET DE REVISION DE LA LOI FEDERALE SUR LA POURSUITE POUR
DETTES ET LA FAILLITE, CONCERNANT L' EXTRAIT DU REGISTRE DES
POURSUITES, LA NOTIFICATION PAR VOIE ELECTRONIQUE ET
LA VENTE AUX ENCHERES EN LIGNE



À propos des différents articles proposés

Art. 8a al. 3 bis

Le projet va dans la bonne direction. Il est important d'attirer l'attention sur le point de savoir si la personne concernée par l'extrait du registre des poursuites a effectivement habité dans l'arrondissement de poursuite. En vertu de l'art. 46 LP, le domicile (ou le siège) est le for ordinaire de poursuite. Les autres fors sont des fors spéciaux. Les poursuites au for ordinaire du débiteur sont, en principe, plus fréquentes que les poursuites à un for spécial. On peut cependant se demander si c'est le travail de l'office des poursuites d'indiquer lui-même les périodes pendant lesquelles la personne concernée a habité dans son arrondissement, ou si un simple avertissement suffit : l'attention étant attirée sur l'opportunité de se renseigner à propos du domicile.

Art. 12, al. 3

La proposition contrevient gravement au droit des obligations. Il convient de ne pas la suivre.

En vertu de l'art. 12 LP, le débiteur poursuivi peut payer à l'office des poursuites avec effet libératoire. Le paiement à l'office éteint la poursuite, sans qu'un juge doive intervenir (ATF 32 I 717). Si le débiteur paie directement en mains du créancier et que celui-ci ne retire pas la poursuite, le débiteur devrait, pour faire cesser celle-ci, ouvrir action selon l'art. 85 ou 85a LP. L'art. 12 LP permet précisément au débiteur d'éviter ces ennuis.

L'art. 12 LP précise le Code des obligations. L'art. 72 CO détermine le lieu de l'exécution de l'obligation, les art. 84 ss CO en précisent les modalités. L'art. 12 LP l'emporte sur le Code des obligations : l'office des poursuites vaut lieu de libération valable. Le débiteur poursuivi doit ainsi pouvoir payer toute sa dette à l'office des poursuites. Limiter le montant d'un paiement au comptant contrevient à ce principe. Même si les cas sont peu fréquents, il faut maintenir cette possibilité. Fermer au débiteur la voie du paiement à l'office des poursuites serait un déni de justice : le débiteur ne pourrait plus faire ce que, selon la loi, il doit pouvoir faire.

Art. 34 al. 2 1^{ère} phrase

Les auteurs du texte proposé souhaitent tenir compte de l'évolution de la technique. Ceci est compréhensible, et, dans une certaine mesure, bienvenu. Toutefois, le texte proposé est problématique.

Le texte français est certes intitulé art. 34, al. 2, 1^{re} phrase, mais le texte proposé commence par 2 bis. Le titre précédant le texte allemand dit art. 34, al. 2 1^{re} phrase, et le chiffre 2 précède le texte. Qu'est-ce qui vaut : 2 (texte allemand), ou 2 bis (texte français) ?

Selon le texte français, les « communications, les mesures et les décisions sont notifiées par voie électronique... » Ce texte crée la confusion dans la terminologie française. Dans la terminologie française du droit des poursuites et des faillites, on distingue communication et notification : la communication est la voie ordinaire, en principe par courrier recommandé (art. 34 LP) ; la notification est la voie qualifiée s'opérant selon

les art. 64 s. LP et menant à un titre public au sens de l'art. 9 CC, réservée au commandement de payer (art. 72 LP) et à la commination de faillite (art. 161 LP). Il s'impose de clarifier la terminologie souhaitée ici.

La notion de « la personne concernée » n'est pas claire. En droit des poursuites et des faillites, il y a les parties à la procédure de poursuite – le créancier poursuivant et le débiteur poursuivi – ainsi que les tiers qui font, le cas échéant, valoir leurs droits.

Toujours dans la même proposition de texte, on lit que « la personne concernée a ... transmis ses actes ». L'expression acte n'est pas claire. Au texte allemand apparaît le terme *Eingabe*. *Eingabe* signifie en français mémoire, requête, acte procédural, écrit. Le terme acte tout seul prête à confusion parce qu'il peut signifier ou bien un acte procédural ou bien un agissement quelconque.

Enfin, toujours le même texte proposé présume que celui qui a saisi par voie électronique l'office ou une autorité sans demander expressément une « notification » sur papier, doit s'attendre à une communication par voie électronique. Cette présomption va trop loin. Il convient de s'assurer auparavant que l'auteur de la démarche est effectivement conscient de ce qu'il fait et de ce qu'il souhaite.

Art. 67 al. 4

Selon le nouveau texte proposé, le Conseil fédéral peut définir le contenu et la forme des indications ainsi que le nombre maximal de créances par réquisition de poursuite. Ce texte est contraire à la séparation des pouvoirs. Il convient de ne pas le suivre.

La poursuite pour dettes est l'exécution forcée. L'exécution forcée met en œuvre le droit matériel. Elle met en œuvre la créance découlant, notamment, de l'art. 97 CO, éventuellement constatée par un tribunal. Le tribunal, sur la base de la loi, dit quel est le droit ; le droit des poursuites et des faillites transforme en réalité ce que le tribunal a constaté ou ordonné. Il n'incombe pas au pouvoir exécutif d'intervenir dans ce qui relève du pouvoir judiciaire.

L'art. 67 LP détermine les indications que doit comporter la réquisition de poursuite. Il convient d'indiquer le créancier (art. 67 al. 1 ch. 1 LP), le débiteur (ch. 2), le montant (ch. 3), le titre et sa date ou la cause de l'obligation (ch. 4). La cause de l'obligation réside dans la loi qui fonde cette obligation, notamment le Code des obligations, mais aussi toutes les autres lois qui peuvent fonder des créances. Il en est de même du titre qui est précisé, le cas échéant, par un tribunal. Toutes ces indications peuvent être plus ou moins longues, plus ou moins compliquées. Il est inadmissible que le pouvoir exécutif (le premier pouvoir) intervienne ici. Il convient de laisser le citoyen s'exprimer librement, comme il peut, et ne pas intervenir dans l'application du droit qui est réservée au troisième pouvoir. Il est inadmissible de forcer le citoyen à utiliser des formulaires ou se servir d'une voie de communication électronique. Selon l'art. 67 al. 1 LP, la réquisition de poursuite est adressée à l'office par écrit ou verbalement. Ces précisions suffisent.

Il n'appartient pas non plus au Conseil fédéral de limiter le nombre maximal de créances par réquisition de poursuite. De jurisprudence constante, le créancier poursuivant peut réunir dans une seule et même poursuite autant de créances qu'il souhaite, pourvu que celles-ci concernent la même personne – le même débiteur – et n'exigent pas des modes de poursuite différents. Le créancier qui agit ainsi limite les frais et les démarches. Une éventuelle procédure de mainlevée ou d'autres procédures ultérieures interviennent par poursuite, et non par créance. Si le Conseil fédéral limite le nombre de créances par réquisition de poursuite – pour des raisons informatiques notamment –, il contraint certains créanciers à multiplier les procédures, ce qui augmente les frais à la charge du débiteur. Le but doit être de simplifier les procédures, de simplifier les démarches et d'alléger les charges pour le créancier et pour le débiteur. La disposition proposée va manifestement dans le sens contraire.

Art. 125 note marginale

Selon l'art. 125 al. 3 LP, les intéressés sont informés au moins trois jours à l'avance de la vente aux enchères. Si la note marginale de l'art. 125 est modifiée dans ce sens, ce délai ne s'applique pas à l'art. 129a proposé, ce qu'il convient d'éviter. Un délai minimal est indispensable.

Art. 129a

Les auteurs du projet souhaitent faciliter la vente aux enchères mobilière sur internet. Ceci mérite du soutien, mais aussi des précautions.

Est-ce qu'il convient vraiment de vendre sur des plateformes privées des biens objets d'une procédure de droit des poursuites et des faillites ? Le message cite essentiellement un auteur. Il pourrait faire plus. Pourquoi les offices des poursuites et des faillites ne peuvent-ils pas créer leur propre plateforme, respectivement pourquoi les cantons ne peuvent-ils pas assumer cette tâche ? On pourrait aussi penser à la Conférence des préposés aux poursuites et faillites de Suisse.

Est-ce qu'on s'est interrogé sur la nature juridique de la vente sur une soi-disant plateforme privée ? Une telle vente reste une partie de la réalisation, et donc un acte de droit public. La propriété passe au moment où l'office des poursuites accepte le prix proposé et transfère la possession du bien. L'acheteur n'a pas les moyens du droit des obligations.

Art. 129a al. 1

Comment le préposé peut-il s'assurer que la plateforme choisie est effectivement « accessible à tous les acheteurs potentiels » ? Ceci paraît impossible. Il y a, par ailleurs, toujours des personnes sans accès internet. Il conviendrait de prévoir que ces personnes puissent venir à l'office des poursuites et se servir de l'infrastructure de celui-ci pour participer à l'enchère, le cas échéant avec l'assistance d'un employé de l'office.

Art. 129a al. 2

Dans le texte proposé apparaît le verbe notifier. Est-ce vraiment une notification ? Cf. la remarque à propos de l'art. 34 al. 2 ou al. 2 bis ci-dessus.

Art. 129a al. 3

Le texte proposé reprend l'art. 126 al. 1 LP. Il manque l'art. 126 al. 2 LP. Ceci crée une inégalité de traitement grave. Si le prix proposé n'est pas supérieur à la somme des créances garanties par gage préférables à celle du poursuivant, la poursuite tombe quant à cet objet. C'est ce que dit l'art. 126 al. 2 LP. Ceci doit valoir aussi lors de la vente aux enchères électronique. La poursuite confère au créancier poursuivant le pouvoir d'exiger une seule réalisation. Ceci signifie une seule tentative de vente. Si cette tentative n'amène pas le prix nécessaire en vertu des droits réels – supérieur au montant des créances garanties par gage préférables –, la vente et la poursuite tombent. Il ne peut pas être différent dans la réalisation électronique. Sans cette précision, les tentatives de réalisation pourraient continuer sans fin.

Art. 129a al. 4

Le texte proposé renvoie aux art. 127, 128 et 129 al. 2. Il ne renvoie pas à l'art. 126. Il conviendrait cependant de renvoyer également à cet article (cf. la remarque à propos de l'art. 129a al. 3 ci-avant). L'art. 129a al. 3 proposé pourrait tomber si l'al. 4 proposé mentionnait l'art. 126. Ce dernier alinéa deviendrait alors l'al. 3.

Art. 132 al. 4

Selon la première phrase proposée, dans le cas d'une réalisation par une vente aux enchères en ligne, seule la décision concernant le choix et les modalités de ce mode de réalisation peut faire l'objet d'une plainte. Ceci est insatisfaisant. Qu'en est-il si la vente se déroule de façon irrégulière, de façon contraire aux règles de la bonne foi ? Qu'en est-il si le débiteur doit constater que son bien est bradé à vil prix ? Qu'en est-il si le créancier doit constater qu'on ne se soucie pas du principe de l'offre suffisante (art. 126 LP) ? Ne pas permettre la plainte dans ces circonstances revient à un déni de justice. La responsabilité du canton, selon l'art. 5 LP, serait engagée.

Art. 256 al. 1

Le texte proposé a la teneur suivante : « Les biens appartenant à la masse sont réalisés, par les soins de l'administration de la faillite, aux enchères conformément aux art. 125 à 129a ou de gré à gré si l'assemblée des créanciers le décide. »

Ce texte est hautement problématique. Il est contraire à d'autres dispositions et contrevient aux principes de la faillite.

L'art. 259 LP renvoie déjà aux dispositions applicables à la réalisation. Il renvoie aux art. 128 et 129 et à des articles ultérieurs. Il ne renvoie notamment pas aux art. 126 et 127. Et ceci à juste titre.

La faillite est l'exécution générale. Tout doit être réalisé. Plus rien ne doit rester. Dès lors, le principe de l'offre suffisante – l'art. 126 – ne peut pas s'appliquer. Et on ne peut pas non plus renoncer à la réalisation et émettre un acte de défaut de biens comme le permet l'art. 127 LP dans la saisie. Le projet qui nous est soumis renvoie pourtant aussi aux art. 126 et 127 – en contradiction avec l'art. 259.

Il convient de s'en tenir au texte actuel de l'art. 256 al. 1. On peut envisager de mentionner l'art. 129a à l'art. 259 LP.

Art. 275

Actuellement, l'art. 275 LP sur l'exécution du séquestre renvoie aux art. 91 ss LP sur la saisie. Le projet de modification propose d'ajouter l'art. 89 LP, et donc un renvoi de l'art. 275 LP aussi à l'art. 89 LP. L'art. 89 LP permet notamment à l'office des poursuites compétent pour la saisie de demander l'entraide d'autres offices. Selon la lettre de la loi, cette entraide n'est pas possible dans le séquestre, malgré un arrêt récent et contraire du Tribunal fédéral. Si des biens qui devraient être séquestrés se trouvent dans différents arrondissements de poursuite, il conviendrait de requérir le séquestre auprès du juge du séquestre compétent dans ces différents arrondissements de poursuite. C'est ce que le projet souhaite changer, une seule ordonnance de séquestre d'un seul juge devant suffire. Ceci est inadéquat.

La saisie n'est possible qu'une fois la poursuite préalable achevée. Ceci signifie que le débiteur a pu faire valoir ses droits, il a pu former opposition au commandement de payer, une procédure de mainlevée a pu se dérouler, éventuellement que des procédures ordinaires, au fond, ont eu lieu en vertu d'une action en reconnaissance de dette ou en libération de dette. Dès lors, il va de soi que l'exécution du jugement doit avoir lieu sans hésitation, et l'office des poursuites compétent pour la saisie doit pouvoir demander l'entraide à d'autres offices des poursuites dans l'arrondissement desquels se trouveraient des biens saisissables.

Il n'en est pas de même dans le séquestre. Le séquestre est une mesure conservatoire urgente. Le juge du séquestre l'accorde sans examen complet de la cause. Souvent, le créancier séquestrant n'a pas de titre bien fondé. Le débiteur séquestré ne peut pas se défendre. Il n'est pas entendu. Dès lors, la prudence s'impose. Et c'est ainsi pour de bonnes raisons que l'art. 275 LP ne renvoie pas à l'art. 89 LP. D'autre part, un tel renvoi amènerait de nouvelles questions. À qui incombe la responsabilité, à l'office requérant ou à l'office requis ? Quelles sont les compétences des différentes autorités de surveillance ? De jurisprudence constante, l'office des poursuites peut considérer comme nulle une ordonnance de séquestre. Qu'en est-il en présence d'un office requérant et d'un ou plusieurs offices requis ? Il convient de ne pas modifier l'art. 275.

Lausanne, le 22 août 2022

Par courrier et courriel
**Département fédéral de justice
et police (DFJP)**
Palais Fédéral Ouest

3003 BERNE

Paudex, le 15 septembre 2022
FD/mc

Modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (extrait du registre des poursuites, notification par voie électronique et vente aux enchères en ligne) – réponse à la consultation

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir consultés dans le cadre du dossier susmentionné et vous faisons part, dans le délai imparti, de notre prise de position.

A titre de rappel, l'USPI Suisse est l'organisation faîtière romande des professionnels de l'immobilier. Elle se compose des associations cantonales de l'économie immobilière implantées dans les six cantons romands. A ce titre, elle est le porte-parole de quelque 400 entreprises et de plusieurs milliers de professionnels de l'immobilier actifs dans les domaines du courtage, de la gérance, du développement et de l'expertise immobilière. Dès lors, les membres de notre organisation gèrent environ 80 % des immeubles sous gestion dans toute la Suisse romande pour des milliers de propriétaires et avec une incidence directe sur le logement de centaines de milliers de locataires.

Notre prise de position ne portera que sur l'extrait des poursuites qui concerne directement les professionnels de l'immobilier.

1. Remarques générales

Cette révision de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite a pour objectif d'adapter les dispositions légales, afin de mieux utiliser encore les possibilités offertes par la numérisation dans le contexte de la poursuite pour dettes et de la faillite.

Il est prévu en particulier que les offices soient tenus de vérifier le domicile déclaré de la personne concernée en consultant les données du registre des habitants avant l'établissement de l'extrait du registre des poursuites.

L'extrait des poursuites est un document important et souvent demandé dans le cadre de relation contractuelle, afin que le créancier puisse apprécier la solvabilité du débiteur. En matière de location de logement, ce document est systématiquement demandé. Actuellement, l'office des poursuites ne vérifie pas le domicile déclaré de la personne, ce qui permet à une personne d'obtenir un extrait vierge alors qu'elle serait criblée de dettes dans le district de son précédent domicile. La révision proposée va améliorer la fiabilité et la pertinence de l'acte, ce que nous approuvons.

2. Remarques particulières

Article 8a al. 3bis LP – Droit de consultation et extrait

Cette nouvelle disposition prévoit que l'extrait des poursuites mentionne si la personne concernée était inscrite au registre des habitants de l'arrondissement de poursuite durant la période sur laquelle il porte et, le cas échéant, dans quel intervalle durant cette période.

Ce contrôle du domicile déclaré opéré par l'office lors de l'établissement de l'extrait des poursuites permettra d'améliorer la fiabilité et la pertinence du document ou, à tout le moins, attirera l'attention du créancier sur le fait que le débiteur a peut-être des poursuites à son précédent domicile si le domicile mentionné sur l'extrait devait être récent. Dans la mesure où ce document est quasiment systématiquement requis dans le cadre d'une demande de location d'un logement, il est important qu'il puisse renseigner de manière satisfaisante la partie l'ayant demandé.

L'USPI Suisse soutient donc cette nouvelle disposition.

3. Conclusions

La révision proposée tend en particulier à améliorer la pertinence de l'extrait des poursuites, de sorte que l'USPI Suisse soutient cette révision sur ce point. Pour les autres dispositions prévues par cette révision, nous renonçons à nous prononcer dès lors qu'elles ne concernent pas directement les professionnels de l'immobilier.



En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre position, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre considération distinguée.

**UNION SUISSE DES PROFESSIONNELS
DE L'IMMOBILIER**

Le secrétaire

Frédéric Dovat